

Problembeschreibung

Antisemitismus in Brandenburg

Redaktion: Dorina Feldmann, Benjamin Steinitz

Mitarbeit: Pia Lamberty, Daniel Poensgen, Dora Streibl

Berlin, den 15. August 2019

in Kooperation mit



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben und
den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Impressum

Herausgeber

Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und
Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus e.V.,
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 / 817 98 58 18,
presse@report-antisemitism.de

Berlin, 1. Auflage 2019

V.i.S.d.P. Benjamin Steinitz

Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus e.V.

Lektorat Lars Breuer

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2019 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin – Bundesweite Koordination. Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht-kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgeber_innen behalten sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung der Herausgeber_innen gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt die_der Herausgeber_in keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten ist stets die_der jeweilige Anbieter_in oder Betreiber_in der Seiten verantwortlich.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt die Herausgeberin bzw. tragen die Herausgeber die Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

2 Impressum

4 1. Einleitung

7 2. Zusammenfassung

- 7 2.1. Antisemitismus und Umgangsstrategien aus der Perspektive der jüdischen Akteur_innen in Brandenburg
- 8 2.2. Antisemitismus in Brandenburg in den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Statistiken
- 9 2.3. Zusammenfassung Exkurse

12 3. Brandenburg auf einen Blick

- 13 3.1 Antisemitische Einstellungen in Brandenburg

16 4. Antisemitismus und Umgangsstrategien aus der Perspektive der jüdischen Akteur_innen in Brandenburg

- 16 4.1. Fragestellung, Methodik und Sample der Befragung
- 17 4.2. Jüdische Akteur_innen in der Stadt- und Zivilgesellschaft Brandenburgs
- 19 4.3. Antisemitismus in Brandenburg aus der Perspektive von Betroffenen
- 22 4.3.1. Antisemitische Akteur_innen in Brandenburg
- 23 4.3.2. Erscheinungsformen von Antisemitismus in Brandenburg
- 23 4.3.3. Spezifische Tatorte antisemitischer Vorfälle
- 24 4.4. Einflussfaktoren für die Wahrnehmung von Antisemitismus
- 24 4.4.1. Migrationsgeschichte
- 25 4.4.2. Mediale Ereignisse und deren Rezeption
- 27 4.4.3. Regionale Spezifik
- 28 4.5. Umgangsweisen mit Antisemitismus durch Betroffene in Brandenburg
- 28 4.5.1. Anzeige- und Meldeverhalten
- 29 4.5.2. Individuelle Umgangsweisen
- 31 4.5.3. Institutionelle Handlungsstrategien
- 32 4.5.4. Wahrnehmung von Unterstützungsangeboten
- 33 4.6. Bedarfe
- 33 4.7. Zusammenfassung

36 5. Antisemitismus in Brandenburg aus staatlicher und zivilgesellschaftlicher Perspektive

- 37 5.1. Lesehilfe für die polizeiliche Statistik
- 38 5.2. Hohe Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle
- 39 5.3. Erkennen des antisemitischen Motivs von angezeigten Straftaten
- 41 5.4. Antisemitische und antiisraelische Straftaten
- 42 5.5. Verzerrung durch die Zuordnung antisemitischer Straftaten zu „Phänomenbereichen“
- 44 5.6. Auswertung antisemitischer Straftaten und Vorfälle in Brandenburg 2014–2018
- 44 5.6.1. Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik 2014–2018
- 46 5.6.2. Antisemitische Straftaten und Vorfälle nach Raumtypen
- 49 5.6.4. Ermittlung von Tatverdächtigen in Brandenburg
- 49 5.7. Analyse der polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Statistiken in Brandenburg
- 50 5.7.1. Antisemitische Vorfalltypen
- 52 5.7.2. Erscheinungsformen bzw. inhaltliche Ausprägungen von Antisemitismus
- 53 5.7.3. Spezifische Tatorte
- 55 5.8. Die Relevanz zivilgesellschaftlicher Erfassung und der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“

57 6. Exkurse

- 57 6.1. Rechtsextremes und rechtspopulistisches Milieu in Brandenburg
- 64 6.2. Reichsbürger_innen in Brandenburg
- 66 6.3. Rechte und antisemitische Siedler_innen in Brandenburg

69 7. Quellen

- 69 7.1. Einzelpublikationen
- 69 7.2. Artikel
- 70 7.3. Parlamentarische Drucksachen
- 70 7.4. Internetressourcen

73 8. Abkürzungsverzeichnis

1. Einleitung

Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) beim Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. hat seit Januar 2015 in enger Zusammenarbeit mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen ein dichtes Melde-Netzwerk für antisemitische Vorfälle in Berlin aufgebaut. Das Projekt hat mit www.report-antisemitism.de bundesweit die erste internetbasierte mehrsprachige Meldemöglichkeit für antisemitische Vorfälle in Deutschland geschaffen.

Ausgangspunkt für das Projekt war eine Befragung aller Berliner Synagogen durch den VDK e.V. in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung (AAS) im Jahr 2014.¹ Relevant für die Gründung von RIAS Berlin waren neben vielen beschriebenen konkreten Erfahrungen mit Antisemitismus vor allem jene Ergebnisse, die Aufschluss über das Meldeverhalten sowie den Umgang der persönlich Betroffenen, aber auch der jüdischen Gemeinschaften gaben. Zentrale Wünsche der Befragten – etwa eine enge Abstimmung mit jüdischen Organisationen oder die Schaffung mehrsprachiger und niedrigschwelliger Meldeangebote – wurden bei der Konzeption von RIAS Berlin berücksichtigt.

Die Befragung jüdischer Akteur_innen war auch wichtig, um die Perspektive von Jüdinnen_Juden auf gegenwärtige Ausprägungen von Antisemitismus sichtbar machen zu können. Im Verhältnis zur öffentlichen Wahrnehmung aktuellen Antisemitismus in der deutschen, nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft wird diesbezüglich von einer „Wahrnehmungsdiskrepanz“² ausgegangen: So waren im Jahre 2013 in einer Bertelsmann-Studie 77 % der befragten Deutschen der Auffassung, kaum jemand in Deutschland sei negativ gegenüber Jüdinnen_Juden eingestellt.³ Bei einer Befragung unter Jüdinnen_Juden in Deutschland hielten nahezu ebenso viele Befragte, nämlich 76 %, Antisemitismus für ein großes oder sehr großes Problem in Deutschland.⁴ Diese Diskrepanz schlägt sich auch in den polizeilichen Statistiken zu antisemitischen Straftaten nieder: Viele antisemitische Vorfälle, die Betroffene alltäglich erleben, erfüllen keinen Straftatbestand und werden daher nicht polizeilich erfasst. Zudem werden aus verschiedenen Gründen bei weitem nicht alle strafrechtlich relevanten Vorfälle angezeigt. Eine zivilgesellschaftliche Meldestelle kann – neben unterschiedlichen Formen der Unterstützung für Betroffene – dazu beitragen, die alltäglichen Erfahrungen von Betroffenen stärker sichtbar zu machen, und zwar unabhängig von deren strafrechtlicher Relevanz oder der Bewertung durch die Polizei. RIAS hat somit auch die Aufgabe, in der Öffentlichkeit die Perspektive von Betroffenen zu stärken. Diese werden allzu häufig in die Situation gebracht, sich für die Benennung des von ihnen erlebten Antisemitismus rechtfertigen zu müssen.

1 Vgl. Benjamin Steinitz: „Wahrnehmungen und Erfahrungen Berliner Jüdinnen und Juden – Eine Befragung“. In: VDK e.V. / RIAS Berlin (Hrsg.): „Wir stehen alleine da.“ #EveryDayAntisemitism sichtbar machen und Solidarität stärken. Neue Wege der Erfassung antisemitischer Vorfälle – Unterstützungsangebote für die Betroffenen. Berlin 2015, S. 16–30.

2 Vgl. Drucksache des Deutschen Bundestags 18/11970 vom 7.4.2017: Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (UEA). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf> (Zugriff am 26.9.17), S. 13.

3 Steffen Hagemann/ Roby Natanson: Deutsche und Israelis heute. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2015. Hier S. 38.

4 Ebd. S. 117.

Aufgrund des niedrighschwelligem Angebots und der zielgruppenspezifischen Ansprache von RIAS Berlin haben sich seit der Gründung des Projekts viele Mitglieder jüdischer Gemeinschaften, aber auch Menschen ohne jüdischen Hintergrund mit ihren Erfahrungen und Beobachtungen an RIAS Berlin gewandt. Seit dem Bestehen sind dort 3.978 antisemitische Vorfälle (mit und ohne strafrechtliche Relevanz) bekannt geworden (Stand 1. Juni 2019). Davon ereigneten sich 2.978 in Berlin und 1.000 in anderen Bundesländern. Bereits nach einem Jahr Projektstätigkeit offenbarte sich in Berlin eine erhebliche Diskrepanz zwischen den polizeilichen Statistiken und den antisemitischen Vorfällen, die RIAS Berlin bekannt wurden. Viele Betroffene stellten erst gar keine Anzeige, da sie in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht hatten, dass der ihnen widerfahrene Antisemitismus entweder von der Polizei oder später von der Staatsanwaltschaft nicht als solcher erkannt wurde. Vielfach blieben Ermittlungen ohne Ergebnis, da keine Tatverdächtigen identifiziert werden konnten. Positiv hervorzuheben ist das Interesse seitens des polizeilichen Staatsschutzes in Berlin und Brandenburg an den Perspektiven der Betroffenen sowie an möglichen Zugängen zu ihnen. So übermittelt die Berliner Polizei dem Projekt RIAS in regelmäßigen Abständen in anonymisierter Form die polizeilich erfassten antisemitischen Straftaten. Auch die Brandenburger Polizei hat den Autor_innen dieser Studie ihre Zahlen zur Verfügung gestellt und sich sehr interessiert an deren Auswertung gezeigt. Ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung der polizeilichen Erfassung antisemitischer Straftaten ist die Einführung der so genannten „Arbeitsdefinition Antisemitismus“, die seit Februar 2018 im Rahmen der Aus- und Weiterbildung, aber auch bei der Bewertung antisemitischer Motivlagen in Berlin eingesetzt wird. Die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ bietet eine Grundlage für die Bewertung antisemitischer Vorfälle, die über die juristische Definition einer antisemitischen Volksverhetzung nach § 130 StGB hinausgeht. Die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ wurde am 20. September 2017 vom Bundeskabinett zur Kenntnis genommen. Ihre Berücksichtigung bei Justiz, Polizei und Bildungseinrichtungen wurde dekretiert. Die Kurzform der Definition lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“⁵ Die ausführliche Fassung der Definition benennt darüber hinaus eine Reihe unterschiedlicher inhaltlicher Ausprägungen von Antisemitismus, die den aktuellen Stand der Antisemitismus-Forschung berücksichtigt. Der inhaltlichen Referenzrahmen für die vorliegende Problembeschreibung bilden die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ sowie die „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“⁶ der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (IHRA), einer transnationalen Organisation mit über 40 Mitgliedsstaaten.

Seit März 2017 war der VDK e.V. als Träger von RIAS Berlin mit der bundesweiten Koordinierung einer Weiterentwicklung des erfolgreichen Berliner Ansatzes sowie mit der Prüfung einer möglichen Übertragung auf weitere Bundesländer betraut. Gemeinsam mit der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) führte der VDK e.V. seitdem in Bayern und Hessen mehrere länderspezifische Bestandsaufnahmen und Bedarfsermittlungen durch. Gefördert wurden diese Maßnahmen bis Ende 2018 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

5 Vgl. Bundesregierung: Regierungspressekonferenz vom 20. September. <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/09/2017-09-20-regpk.html> (Zugriff am 28.8.2018).

6 Vgl. International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust. <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/122> (Zugriff am 1.8.2019).

Aufgrund konkreter Nachfragen aus mehreren Bundesländern, die Implementierung zivilgesellschaftlicher Meldernetzwerke auf Länderebene zu begleiten und mit dem Ziel einer bundesweit einheitlichen Dokumentation zu koordinieren, wurde im Oktober 2018 der „Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.“ (Bundesverband RIAS) mit Sitz in Berlin gegründet. Der Bundesverband RIAS ist ein zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss jüdischer und nicht-jüdischer Expert_innen. Er fungiert als Plattform für die Qualifizierung neuer Meldestellen sowie für eine kontinuierliche Qualitätssicherung. Im Rahmen des vom Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus geförderten Projekts „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – Bundesweite Koordination“ (RIAS – BK) fand im Juni 2019 die erste Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands RIAS in Berlin statt. Daran waren Projekte und Träger_innen aus Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Thüringen beteiligt. Zweck der Bundesarbeitsgemeinschaft ist der länderübergreifende Austausch über die Entwicklung verbindlicher und einheitlicher Qualitätsstandards bei der zivilgesellschaftlichen Erfassung antisemitischer Vorfälle.

Seit 2017 wird die Arbeit von RIAS Berlin und RIAS – BK wissenschaftlich und strategisch beraten durch die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien (MMZ) der Universität Potsdam sowie durch das Internationale Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA). Zudem pflegen RIAS Berlin und RIAS – BK einen engen fachlichen Austausch mit dem Community Security Trust (CST) in Großbritannien, einer der weltweit erfahrensten Organisationen in der Beobachtung und Erfassung antisemitischer Vorfälle.⁷ Das Kategoriensystem des CST zur Erfassung antisemitischer Vorfälle diente als grundlegende Vorlage für die Erfassungssystematik von RIAS Berlin. Demnach unterscheidet RIAS Berlin bei antisemitischen Vorfällen zwischen den Kategorien „extreme Gewalt“, „Angriff“, „gezielte Sachbeschädigung“, „Bedrohung“, „verletzendes Verhalten“ und „antisemitische Massenzuschriften“.⁸

Die vorliegende Problembeschreibung soll einen fundierten Ausgangspunkt für die Brandenburger Staatskanzlei, das Landesprogramm „Tolerantes Brandenburg“ und die Brandenburger Zivilgesellschaft bieten, insbesondere für die seit Mai 2019 tätige „Fachstelle Antisemitismus“ am MMZ. Sie soll Anregungen die Erfassung und Prävention antisemitischer Vorfälle geben.

Nach einer Zusammenfassung der Ergebnisse in Kapitel 2 und einer Darstellung wichtiger demographischer und geographischer Daten zu Brandenburg in Kapitel 3 werden in Kapitel 4 die Ergebnisse einer Befragung jüdischer Akteur_innen aus Brandenburg zu ihrer Wahrnehmung antisemitischer Vorfälle sowie zu ihrem Umgang mit diesen vorgestellt. Darauf folgt in Kapitel 5 eine Gegenüberstellung der Erfassung von Antisemitismus in staatlichen und zivilgesellschaftlichen Statistiken in Brandenburg. Kapitel 6 zeichnet in mehreren Exkursen spezifische antisemitische Ausprägungen im Kontext des Rechtsextremismus, der sogenannten Reichsbürger_innenbewegung und der Siedler_innen-Bewegung in Brandenburg nach.

7 Vgl. Michael Whine: Grußwort. In: VDK e.V. / RIAS Berlin (Hrsg.): „Wir stehen alleine da.“ #EveryDayAntisemitism sichtbar machen und Solidarität stärken, S. 2 f.

8 Eine ausführliche Erläuterung der Kategorien findet sich in Kapitel 5.7.1

2. Zusammenfassung

2.1.

Antisemitismus und Umgangsstrategien aus der Perspektive der jüdischen Akteur_innen in Brandenburg

Im Herbst 2018 befragte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – Bundesweite Koordination (RIAS – BK) in zwölf Interviews jüdische Akteur_innen aus Brandenburg und eine_n Vertreter_in einer Kirchengemeinde zu ihren Wahrnehmungen von Antisemitismus, zu ihrer Vernetzung in die Stadt- und Zivilgesellschaft, zu ihren Umgangsstrategien mit antisemitischen Vorfällen, zu ihrem Anzeige- und Meldeverhalten sowie zu ihren Wünschen und Bedürfnissen bezüglich der Bekämpfung von Antisemitismus. Aus diesen Interviews ergibt sich, dass die Mehrheit der Interviewpartner_innen zwar keine körperlichen Vorfälle gegen sich selbst oder gegen Mitglieder ihrer Gemeinde zu vermelden haben. Dennoch sind die Befragten in ihrem Alltag unmittelbar direkt und latent von Antisemitismus betroffen. Antisemitismus lässt sich daher auch in Brandenburg als ein alltagsprägendes Phänomen beschreiben.

Der Großteil der Befragten nehmen weniger offenen Antisemitismus wahr, sondern in subtileren Formen. Mehrere Interviewpartner_innen schildern Vorkommnisse wie Sachbeschädigungen, verletzendes Verhalten oder Bedrohungen bzw. Beleidigungen, die ihnen in ihrer Gemeindegemeindearbeit oder privat begegnen. Ein_e Interviewpartner_in nannte jedoch auch drei Angriffe die ihr bekannt seien. Antisemitische Vorfälle ereignen sich, so die Interviewpartner_innen, weniger auf offener Straße, eher vereinzelt in Geschäften und in der Gastronomie, aber hauptsächlich im Umfeld jüdischer Gemeinden und Institutionen, an Friedhöfen und Gedenkstätten – also an Orten, an denen jüdisches Leben und die Erinnerung daran sichtbar ist.

Insgesamt schätzen jüdische Akteur_innen und Vertreter_innen von jüdischen Gemeinden die Situation in ihrem lokalen Umfeld im Vergleich zu ihrer Wahrnehmung der Situation in anderen Ländern, Regionen und Städten recht positiv ein. Gleichzeitig beschreiben die Befragten in vielen Interviews jedoch eine antisemitische Grundstimmung bzw. einen Alltagsantisemitismus, mit dem sie konfrontiert seien. Als besonders gefährlich beschreiben viele Befragte institutionellen Antisemitismus: Diese spezifische Wahrnehmung ist stark durch die Erfahrungen vieler Befragter in ihren Herkunftsländern der ehemaligen Sowjetunion geprägt. Die Mehrheit der Befragten, aber auch der Gemeinden besteht aus sogenannten Kontingentflüchtlingen aus der ehemaligen Sowjetunion. Obwohl es die Befragten mehrheitlich ablehnen, jegliche Handlungen staatlicher Stellen als antisemitisch zu bewerten, stoßen sie in ihrem Alltag nicht selten auf Ereignisse und Entscheidungen, deren Handlungslogik sie sich nicht losgelöst von ihrem Jüdisch-Sein erklären können. Vor dem Hintergrund dieser Sensibilität für staatliches Handeln, die auch mit ökonomischer und politischer Benachteiligung bzw. Sanktionierung einhergeht, werden andere Formen strafbarer wie nicht-strafrechtlich relevanter antisemitischer Vorfälle teilweise trivialisiert und

entpolitisiert. Im Verhältnis zu den Formen von Antisemitismus, welche die Befragten in ihren Herkunftsländern erlebt haben, erscheinen ihnen antisemitische Vorfälle in Brandenburg außerhalb der Amtsstuben als weniger gravierend.

Die befragten jüdischen Akteur_innen in Brandenburg bewerten insbesondere ihr Verhältnis zu Politik, Behörden und Polizei als ausgesprochen positiv. Die Gesprächspartner_innen machen häufig positive Erfahrungen mit der Polizei, die sie bei Vorfällen als erste Ansprechpartnerin betrachten. Allerdings nannten die Gesprächspartner_innen nicht viele Vorfälle, bei denen sie sich an die Polizei hätten wenden können.

Das Verhalten beim Melden von Vorfällen an zivilgesellschaftliche Akteur_innen nehmen die Befragten als eher zurückhaltend wahr. Hier kommt das eher distanzierte Verhältnis zur Zivilgesellschaft zum Tragen: Die Angebote zivilgesellschaftlicher Beratungs- und Unterstützungsangebote sind den Befragten in der Regel eher unbekannt und werden nicht in Anspruch genommen, auch wenn deren generelle Sinnhaftigkeit durchweg unterstrichen wird. Die Gemeinden vertrauen auf eigene Strukturen und wenden sich in Krisensituationen eher an jüdische Institutionen.

Neben Anzeigen antisemitischer Vorfälle bei der Polizei verfolgen Jüdinnen_Juden in Brandenburg noch andere Strategien im Umgang mit Antisemitismus: Sie umgehen es, als jüdisch erkennbar zu sein. Teilweise ziehen sich – so die Befragten – auch die Gemeinden aus Öffentlichkeit und Politik zurück.

Neben einer besseren Bildungs- und Begegnungsarbeit an Schulen und einer Sensibilisierung der Verwaltung wird als Bedarf ein Monitoring von Antisemitismus in Brandenburg durch eine Meldestelle begrüßt. Zentral für diese Meldestelle sei ein vertrauensvolles Verhältnis zur jüdischen Community und ein mehrsprachiges Angebot.

2.2. **Antisemitismus in Brandenburg in den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Statistiken**

Ergänzend zu den Perspektiven jüdischer Betroffener wurden die Einschätzungen polizeilicher und zivilgesellschaftlicher Akteur_innen in Brandenburg systematisch abgefragt und ausgewertet. Quellen hierfür waren die Statistik zu politisch motivierter Kriminalität (PMK) des Brandenburger Landeskriminalamtes (LKA), die den Themenfeldern „Antisemitismus“ und „Israel-Palästina-Konflikt“ zugeordnet wurden sowie die Chroniken der Amadeu Antonio Stiftung, der Opferperspektive e.V., Medienberichterstattungen und Fälle, die RIAS – BK über das Meldeportal report-antisemitism.de oder im Zuge des projekteigenen Monitorings bekannt wurden.

Insgesamt wurden in Brandenburg zwischen 2014 und 2018 433 antisemitische Straftaten polizeilich erfasst. Die Zählung durch zivilgesellschaftliche Projekte ergab für den gleichen Zeitraum 97 antisemitische Vorfälle, von denen 50 einen Straftatbestand erfüllten. Mindestens 38 dieser Straftaten wurden auch in

der PMK erwähnt. Eine Gegenüberstellung der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Zählung zeigt, dass knapp 80 % der bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle und Straftaten nur der Polizei mitgeteilt wurden. Eine Analyse nach den Raumtypen „kreisfreie Städte“, „Berliner Umland“ und „Kleinstädte/ländliche Regionen“ zeigt, dass mit knapp 228 mehr als die Hälfte der antisemitischen Vorfälle und Straftaten in den Kleinstädten bzw. in ländlichen Regionen angezeigt wurden. Bei den Vorfällen, die sich gegen Personen richten, zeigt sich ein ähnliches Bild: 37 von 63 dieser Straftaten ereigneten sich in Kleinstädten bzw. ländlichen Regionen. Die Gewaltvorfälle sind in etwa gleich auf die Raumtypen verteilt.⁹ Die meisten Straftaten wurden in den Landkreisen Oberhavel (46) und Uckermark (32), angezeigt sowie in der Landeshauptstadt Potsdam (33) und der kreisfreien Stadt Cottbus (38).

110 Vorfälle oder 30 % der durch Polizei und Zivilgesellschaft registrierten Vorfälle fanden im öffentlichen Raum statt. 30 Vorfälle richteten sich explizit gegen Gedenkstätten und jeweils elf gegen Synagogen und Friedhöfe als jüdische bzw. als jüdisch wahrgenommene Orte (14 %). Ein häufiger Tatort waren Bildungseinrichtungen (45 Vorfälle bzw. 12 %). So ereigneten sich 38 Vorfälle an Schulen, zwei Vorfälle in Kitas und fünf Vorfälle an Hochschulen in Brandenburg.

Anders als im Bundesgebiet kam es in Brandenburg während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der islamistischen Terrororganisation Hamas im Sommer 2014, aber auch während anderer Ereignisse in Israel nicht zu einem Anstieg antisemitischer Straftaten in den PMK-Statistiken. Statistisch scheint der Nahost-Konflikt in der PMK-Statistik in Brandenburg keinen Niederschlag zu finden. Der Kriminalpolizeiliche Meldedienst des LKA ordnetet 96 % oder 417 der 433 der Straftaten dem Phänomenbereich „PMK-rechts“ zu. Im Gegensatz dazu wurde keine einzige Straftat dem Phänomenbereich „PMK-links“ zugeordnet.

2.3. Zusammenfassung Exkurse

Ergänzend zur Befragung der Vertreter_innen jüdischer Gemeinden und Institutionen in Brandenburg und zur Auswertung der PMK-Statistik sowie der zivilgesellschaftlichen Dokumentationen der Jahre 2014–2018 wurden in mehreren Exkursen die Ausprägungen von Antisemitismus in spezifischen Milieus analysiert. Aus dem empirischen Material ergibt sich, dass Antisemitismus in Brandenburg ein Phänomen zu sein scheint, das sich vor allem in rechtsextremen Milieus artikuliert. Die Exkurse widmen sich den rechtsextremen und rechtspopulistischen Milieus in Brandenburg sowie den Milieus der Reichsbürger_innen, der Selbstverwalter_innen und der Siedler_innen als Spielarten des rechtsextremen Spektrums.

Laut Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg für 2018 liegt das rechtsextreme Potenzial in Brandenburg bei 1.675 Personen. Es ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Nach Einschätzung der Behörde gewinnen weniger rechtsextreme Parteien wie die NPD oder „Der dritte Weg“ an Zulauf, als vielmehr „weitestgehend unstrukturierte“ Zusammenhänge. Dazu gehören auch zahlreiche lose Vereinigungen, etwa rassistische Kampagnen gegen Geflüchtetenunterkünfte („Nein zum Heim“) oder PEGIDA-ähnliche Ableger. In diesem Milieu werde Antisemitismus teilweise offen artikuliert. So kam es

⁹ In den Kleinstädten/ländlichen Regionen gab es vier, in den kreisfreien Städten fünf und im Berliner Umland drei Gewaltstraftaten gegen Personen.

beispielsweise bei Versammlungen des „Bürgerbündnis Havelland e.V.“ in Rathenow zu antisemitischen, verschwörungsideologischen und Schoa-relativierenden Aussagen seitens der Redner_innen sowie zu Solidaritätsbekundungen mit verurteilten Schoaleugner_innen. Insbesondere zum sogenannten „Tag des politischen Gefangenen“ um den 18. März veranstalten unterschiedliche rechtsextreme Gruppierungen regelmäßig Versammlungen, bei denen u.a. die Freilassung der verurteilten Schoaleugner_innen Horst Mahler und Ursula Haverbeck gefordert werden.

Auch bei anderen rechtsextremen und rechtspopulistischen Versammlungen in Brandenburg kam es zu latent antisemitischen Äußerungen. So wurde auf Versammlungen des Vereins „Zukunft Heimat“ in Cottbus regelmäßig die Erzählung vom „großen Austausch“ bekundet, wonach „die Elite“ sich gegen „das Volk“ verschworen habe, um durch eine planvolle, massenhafte Einwanderung die sogenannte „Umvolkung“ zu vollziehen. Die „Eliten“, die auf den Demonstrationen in Cottbus für diese angebliche „Umvolkung“ verantwortlich gemacht werden, bleiben meist völlig diffus. Als einer der wenigen konkreten Personen wurde häufiger der jüdische Milliardär und Philanthrop George Soros genannt. Bei den Versammlungen von „Zukunft Heimat“ verbinden sich große Teile des rechtsextremen und rechtspopulistischen Milieus: dort demonstrieren „PEGIDA Dresden“, das neu-rechte Netzwerk „Ein Prozent“, die sogenannte „Identitäre Bewegung“, rechtsextreme Hooligans und Neonazi-Gruppierungen, vor allem aber Anhänger_innen und Politiker_innen der AfD. Gerade die Zusammenarbeit zwischen „Zukunft Heimat“ und AfD macht es möglich, dass antisemitische Ideologie in breite Schichten der Gesellschaft getragen werden kann.

Auch räumlich gesehen ist die Region um die südbrandenburgische Stadt Cottbus der Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten in Brandenburg. Cottbus verfügt über eine gut vernetzte rechtsextreme Szene, in der sich ein gewaltaffines Milieu von Freien Kameradschaften, Fußball-Hooligans, Kampfsportler_innen, Rechtsrocker_innen und Türsteher_innen miteinander vermischt. Der Antisemitismus dieser rechtsextremen Szene tritt am deutlichsten im Fußballkontext zutage. Rund um den ehemaligen Bundesliga-Verein „Fussballclub Energie Cottbus e.V.“ (FCE) existiert eine rechtsextreme Fußballszene, die immer wieder durch offen neonazistische und antisemitische Aktionen und Gewalttaten auffiel.

Ein weiteres Feld, in dem Rechtsextreme ihren Antisemitismus verbal und in Bildern offen transportieren, ist die rechtsextreme Rock-Musik, auch Rechtsrock genannt. Zwar hat die Zahl der Rechtsrock-Konzerte in Brandenburg aufgrund des repressiveren Vorgehens der Strafverfolgungsbehörden seit einiger Zeit stark abgenommen. Dennoch gibt es in Brandenburg noch immer 23 aktive Rechtsrock-Bands und 14 rechtsextreme Liedermacher_innen, die außerhalb von Brandenburg u.a. auf großen Szeneveranstaltungen auftreten. In Liedtexten und Booklets werden durch Musik implizit antisemitische Stereotype und Ressentiments transportiert, meist in Form von Codes und Chiffren.

Weitere Milieus, in dem Antisemitismus verschwörungsideologisch artikuliert wird, sind die Milieus der Reichsbürger_innen und der Selbstverwalter_innen. Reichsbürger_innen sind der Überzeugung, dass die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat sei und dass Deutschland sich noch immer im

Kriegszustand mit den Alliierten befinde. Neben seinem Geschichtsrevisionismus ist das Milieu der Reichsbürger_innen ideologisch verbunden durch allerlei Verschwörungsmythen, die mitunter an die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung anknüpfen. Für das Jahr 2018 zählt der Verfassungsschutz etwa 650 Reichsbürger_innen, die sich vor allem im Süden und Osten Brandenburgs finden. Hinzu kommen Aktivitäten sogenannter Selbstverwalter_innen und weiterer Einzelpersonen, die nicht einer konkreten Szene zugeordnet werden können, aber der Bundesrepublik Deutschland die Legitimität absprechen. Die Szene der Reichsbürger_innen ist in den letzten Jahren in Brandenburg insgesamt aktiver und gewaltbereiter geworden. 2017 wurden in Brandenburg insgesamt 70 Straftaten von Reichsbürger_innen aktenkundig, darunter 10 Gewaltdelikte. 2014 waren es laut Innenministerium insgesamt nur 10 Straftaten. Zusätzlich fallen Reichsbürger_innen immer wieder durch unrechtmäßigen Waffenbesitz auf.

Schließlich siedeln sich seit einigen Jahren vermehrt rechtsextreme und völkische Gruppierungen im ländlichen Raum an. Die Siedler_innen eint eine völkische Blut- und Boden-Ideologie sowie der Glaube an die Überlegenheit des „deutschen Volkes“. Deutschlandweit gab es 2017 nach Schätzungen etwa 1.000 derartige völkische Siedler_innen, in Brandenburg sind insbesondere Mitglieder aus dem Milieu der sogenannten Anastasia-Bewegung aktiv. In deren Lehre ist nationalistisches, verschwörungsideologisches und antisemitisches Gedankengut direkt angelegt. Die Verbindungen und personellen Überschneidungen reichen tief bis in die Milieus der Reichsbürger_innen, Holocaustleugner_innen und Anhänger_innen der sogenannten „Identitären Bewegung“. Die Bewegung baute sogenannte „Familienlandsitze“ u.a. in Steinreich (Landkreis Dahme-Spreewald) und Lychen (Uckermark) auf. Die größte Siedlung in Brandenburg, der „Familienlandsitz Landolfswiese“ („Goldenes Grabow“), existiert seit Frühjahr 2014.

3. Brandenburg auf einen Blick

Im Land Brandenburg leben auf einer Fläche von 29.654,4 km² rund 2,5 Millionen Einwohner_innen (Stand: Dezember 2017). Mit einer Bevölkerungsdichte von 85 Einwohner_innen pro km² ist es nach Mecklenburg-Vorpommern das am dünnsten besiedelte Bundesland. Das Land gliedert sich in vier kreisfreie Städte und 14 Landkreise mit 413 Gemeinden und 1775 Ortsteilen. Die bevölkerungsreichste Stadt ist mit über 175.000 Einwohner_innen die Landeshauptstadt Potsdam.

In ihrer Analyse unterscheidet RIAS – BK soziogeografisch drei Raumtypen: erstens die „kreisfreien Städte“ (sämtliche Städte mit über 50.000 Einwohner_innen), zweitens das „Berliner Umland“ (sämtliche Orte in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg¹⁰ mit Ausnahme Potsdams) und drittens die „Kleinstädte/ ländlichen Regionen“ (sämtliche Orte mit weniger als 50.000 Einwohner_innen außerhalb des Berliner Umlands).

Des Weiteren nutzt RIAS – BK die Einteilung der Polizeidirektionen des Landes. Die Polizeidirektion Nord umfasst die Landkreise Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin und Prignitz. Zur Polizeidirektion Süd gehören die Landkreise Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Elbe-Elster sowie die kreisfreie Stadt Cottbus. Der Polizeidirektion Ost sind die Landkreise Uckermark, Barnim, Märkisch-Oderland, Oder-Spree sowie die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) zugeordnet. Die Polizeidirektion West umfasst schließlich die Landkreise Potsdam-Mittelmark, Havelland, Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel und Potsdam.¹¹

Zur Überprüfung möglicher Korrelationen wurde zudem zwischen dem Brandenburger Norden und Süden unterschieden. Dabei umfasst der Norden die Landkreise Barnim, Havelland, Märkisch-Oderland, Oberhavel, Ostprignitz-Ruppin, Prignitz und die Uckermark. Dem Süden wurden die Landkreise Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark, Spree-Neiße sowie Teltow-Fläming zugerechnet. Die kreisfreien Städte wurden bei dieser Aufteilung ausgeklammert.

Bezüglich ihrer Religionszugehörigkeit bezeichnen sich laut dem Mikrozensus der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder von 2011 18 % der Brandenburger_innen als evangelisch, 3 % als römisch-katholisch und 76 % als konfessionslos.¹² Genaue Angaben über den Anteil der jüdischen Bevölkerung lassen sich nur schwer ermitteln, da die vorhandenen Zahlen der ZWST aus dem Jahr 2017¹³ nur die Mitgliederzahlen des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden Land Brandenburg (K.d.ö.R) erfassen, nicht aber die Mitglieder des Landesverbandes West, der derzeit nicht den Status einer öffentlichen Körperschaft besitzt.

¹⁰ Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg: Metropolregion Berlin-Brandenburg. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/regionales/rbs/metropolregion.asp?Kat=4201> (Zugriff am 22.7.2019).

¹¹ Vgl. Polizei Brandenburg: Übergeordnete Dienststellen der Polizei Brandenburg. <https://polizei.brandenburg.de/liste/uebergeordnete-dienststellen-der-polizei/60738> (Zugriff am 22.7.2019).

¹² Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder. https://ergebnisse.zensus2011.de/#StaticContent:12,BEG_4_2_6,m,table (Zugriff am 26.11.2017).

¹³ Vgl. u.a. Zentralrat der Juden in Deutschland: Landesverbände. <http://www.zentralratjuden.de/de/topic/58.landesverb%C3%A4nde.html> (Zugriff am 28.9.2017).

Zu diesem Landesverband gehören die Jüdische Gemeinde Potsdam, die Synagogengemeinde Potsdam und die Jüdische Gemeinde Brandenburg/Havel. Weiterhin nicht erfasst sind die Mitglieder der Gesetzestreuenden Jüdischen Landesgemeinde Potsdam, der Hochschulgemeinde Beth Hillel Potsdam sowie Jüdinnen_Juden, die keiner Gemeinde angehören.

Die fünf jüdischen Gemeinden des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden Brandenburg haben insgesamt 1.025 Mitglieder (das entspricht weniger als 0,1 % der Gesamtbevölkerung des Landes). Knapp die Hälfte von ihnen sind Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Cottbus (492 Mitglieder). 160 Mitglieder gehören der Jüdischen Gemeinde Barnim, 130 der Jüdischen Gemeinde Oranienburg und 56 der Jüdischen Gemeinde Königs Wusterhausen an (Stand 2017). Jüdische Gemeinden existieren in allen vier kreisfreien Städten, in Potsdam gibt es sogar vier verschiedene.¹⁴ Nach eigenen Angaben besitzt die Jüdische Gemeinde Potsdam 430 Mitglieder (Stand 2011) und die Synagogengemeinde etwa 250. Die Mitgliederzahlen der Gesetzestreuenden Jüdischen Landesgemeinde Potsdam und der Hochschulgemeinde Beth Hillel Potsdam sind nicht bekannt.

3.1 Antisemitische Einstellungen in Brandenburg

Antisemitismus ist ein virulentes gesellschaftliches Phänomen, dessen Ausprägungen sich in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus wiederfinden – auch in Brandenburg. Um zu einer verlässlichen Einschätzung über das Ausmaß und die unterschiedlichen Formen von Antisemitismus zu gewinnen, müssen Erkenntnisse aus verschiedenen Quellen herangezogen werden. Nur wenn die Zahl antisemitischer Vorfälle und Straftaten, die Wahrnehmung der Betroffenen sowie Einstellungen in der Bevölkerung zu antisemitismusrelevanten Themen zusammen betrachtet werden, kann das Phänomen Antisemitismus in seiner Vielschichtigkeit adäquat verstanden werden.¹⁵ Daher ist es wichtig, die Ergebnisse verschiedener Studien, die sich in den letzten Jahren intensiver mit dem Thema Antisemitismus in Brandenburg auseinandergesetzt haben, genauer zu beleuchten.

Laut dem Brandenburg-Monitor für das Jahr 2018, einer repräsentativen Studie mit 1.001 Befragten, die im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg durchgeführt wurde, stimmten 16 % der befragten wahlberechtigten Brandenburger_innen der Aussage zu, dass der Einfluss von Jüdinnen_Juden auch heute noch zu groß sei.¹⁶ Auch in der „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2018 findet sich in Brandenburg eine Zustimmung von knapp 15 % zur Aussage, Jüdinnen_Juden hätten zu viel Einfluss.¹⁷ Immerhin noch fast 8 % stimmten hier der Aussage zu, dass Jüdinnen_Juden durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung mit schuldig seien. Etwas mehr als 6 % gaben an, dass Jüdinnen_Juden mehr als andere Menschen mit „üblen Tricks“ arbeiten würden (siehe Abbildung 1).

14 Nicht aufgezählt als eigene Gemeinde ist das Kultur-, Integrations- und Begegnungszentrum „KIBUZ“ der ZWST.

15 Michael Whine: Can the European Agencies Combat Antisemitism Effectively? In: Israel Journal of Foreign Affairs. 11:3 (2018), S. 371–281.

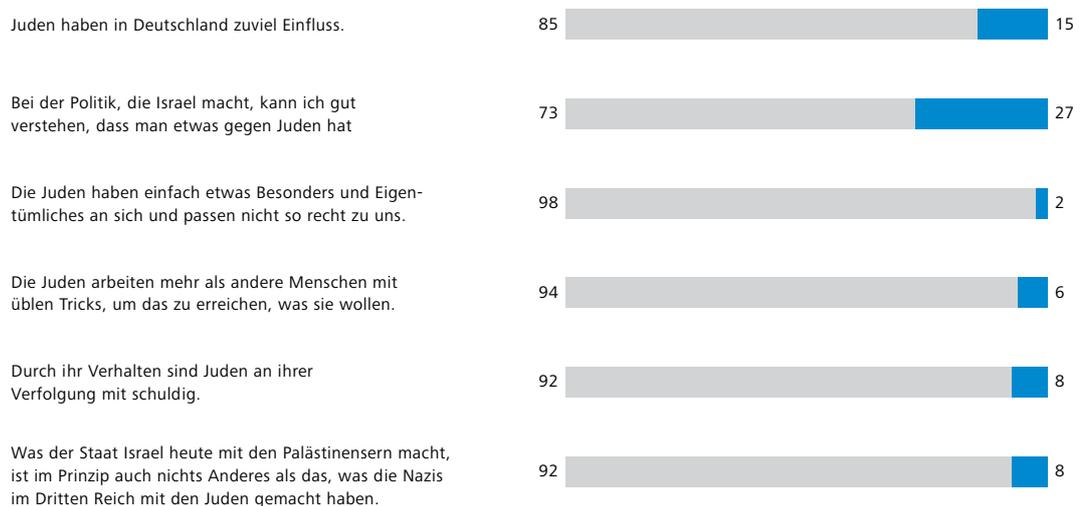
16 Rita Müller-Hilmer: Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/bb_monitor.pdf (Zugriff: 26.6.2019).

17 Andreas Zick / Beate Küpper / William Berghan: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. https://colorful-germany.de/wp-content/uploads/2019/04/rassismus_0224.pdf (Zugriff am 17.7.2019).

Besonders hohe Zustimmung finden subtilere Formen von Antisemitismus. Laut der „Mitte-Studie“ 2018 stimmten über 27 % der Brandenburger_innen der Aussage zu: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“. Immerhin knapp 8 % stimmten der Schoa-relativierenden Aussage „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts Anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ zu.

Dass Bildung nicht automatisch zu einer Reduktion antisemitischer Denkweisen führt, zeigt eine Befragung von Studierenden der Universität Potsdam. Das MMZ führte 2014 eine Umfrage durch, an der sich 1.264 Studierende an der Universität Potsdam beteiligten. Knapp 40 % der Befragten stimmten der Aussage zu, Israel führe einen „Vernichtungsfeldzug“ gegen die Palästinenser_innen. Über 15 % meinten, Jüdinnen_Juden nutzen ihre Leiden während des Zweiten Weltkriegs aus, um daraus heute Vorteile für sich zu ziehen.¹⁸

Abbildung 1 Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen aus der „Mitte-Studie“ (2018) der Friedrich-Ebert-Stiftung für das Land Brandenburg



In den meisten quantitativen Studien wird Antisemitismus – wie in den eben genannten Beispielen – über die Zustimmung oder Ablehnung zu verschiedenen Aussagen gemessen. Vielfach wird dabei zwischen traditionellem, sekundärem, israelbezogenem und Post-Schoa-Antisemitismus unterschieden. Eine generelle Herausforderung solch quantitativer Messungen von Einstellungen stellt das Phänomen der sozialen Erwünschtheit seitens der Befragten dar. Damit ist die Tendenz gemeint, Antworten zu geben, die einem möglichst positiven Selbstbild zuträglich sind. Im Umkehrschluss wird die Zustimmung zu Aussagen vermieden, die gesellschaftlich weniger anerkannt sind. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass diese Tendenz bei der Untersuchung antisemitischer Denkweisen besonders relevant wird.¹⁹ In der deutschen Post-Schoa-Gesellschaft gilt jeglicher positiver Bezug auf den Nationalsozialismus als moralisches Tabu.

¹⁸ Alexander Fröhlich: Tolerante Studenten in der Stadt der Toleranz. <https://www.pnn.de/potsdam/tolerante-studenten-in-der-stadt-der-toleranz/21543776.html> (Zugriff am 12.7.2019).

¹⁹ Roland Imhoff / Rainer Banse: Ongoing victim suffering increases prejudice: The case of secondary anti-Semitism. In: Psychological Science 20 (12) (2009), S. 1443–1447.

Zudem ist Antisemitismus in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals mit der Schoa verbunden. Daher kann es zu starken Verzerrungen kommen, wenn Befragte Fragen nach Antisemitismus in einer sozial erwünschten Weise beantworten. Aus diesem Grund sind die Zustimmungswerte zu Aussagen aus dem Spektrum des klassischen Antisemitismus tendenziell niedriger als bei subtileren Formen von Antisemitismus. Israelbezogener Antisemitismus kann als vermeintlich legitimere Variante dienen, bei der Israel als jüdischer Staat zur Projektionsfläche antisemitischer Denkweisen wird.²⁰

20 Werner Bergmann / Wilhelm Heitmeyer: Antisemitismus: Verliert die Vorurteilsrepression ihre Wirkung?
In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004, S. 224–238.

4. Antisemitismus und Umgangsstrategien aus der Perspektive der jüdischen Akteur_innen in Brandenburg

4.1.

Fragestellung, Methodik und Sample der Befragung

RIAS – BK hat zwölf leitfadengestützte Interviews durchgeführt und dabei insgesamt dreizehn jüdische Akteur_innen in Brandenburg sowie ein_e Vertreter_in einer Kirchengemeinde befragt. Im Zentrum der Interviews standen folgende Fragen:

- Wie wird Antisemitismus in Brandenburg erlebt und wahrgenommen?
- Welche Strategien gibt es individuell und institutionell zur Bekämpfung von Antisemitismus bzw. im Umgang mit diesem?
- Welchen Handlungs- und Unterstützungsbedarf sehen die Interviewten diesbezüglich?

Bei sämtlichen Fragen wurden regionale Besonderheiten in den Blick genommen:

- Gibt es innerhalb Brandenburgs Unterschiede in der Wahrnehmung, aber auch im Umgang mit Antisemitismus?
- Was unterscheidet aus der Perspektive der Interviewten die Situation in Brandenburg von der in anderen Regionen?
- Wie erleben die Befragten Antisemitismus in ihrer Region im Vergleich zu Antisemitismuserfahrungen ihrer Herkunftsländer?

Sämtliche Interviewpartner_innen sind entweder in einer jüdischen Gemeinde oder einer jüdischen Institution in Brandenburg aktiv. Lediglich ein_e Interviewpartner_in wurde als Einzelperson ohne Anbindung an eine jüdische Institution befragt. Das Kriterium für die Auswahl der Befragten war die Position innerhalb der jeweiligen Gemeinde bzw. Institution: Befragt wurden entweder Funktionär_innen, die die Gemeinde oder die Institution nach außen vertreten oder Schlüsselpersonen, die innerhalb der Gemeinden bzw. Institutionen als Ansprechpersonen insbesondere in Bezug auf Antisemitismus wahrgenommen werden. Zwei Brandenburger Gemeinden hatten einer Teilnahme an der Befragung nicht zugestimmt. Ein Interview wurde auf Russisch geführt, alle anderen auf Deutsch.

Die Interviews wurden von unterschiedlichen Interviewer_innen durchgeführt. Die Fragen wurden – gestützt auf einen Leitfaden – in Anlehnung an narrative Interviewtechniken²¹ formuliert, d. h., sie sollen nicht bloß kurze Aussagen, sondern auch längere Erzählungen stimulieren. Dies ist von großer Bedeutung, da die Interviewten nicht ausschließlich als Expert_innen bzw. Funktionär_innen mit hauptsächlich professionellem Zugang zum Untersuchungsgegenstand befragt wurden, sondern auch als

²¹ Vgl. Gabriele Rosenthal / Ulrike Loch: Das Narrative Interview.

In: Doris Schaeffer / Gabriele Müller-Mundt (Hrsg.): Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung. Verlag Huber, Bern u.a. 2002. S. 221–232.

potenziell Betroffene, die leider in der Regel auch einen persönlichen lebensgeschichtlichen Zugang zum Themenfeld Antisemitismus haben. In ihren jeweiligen beruflichen Funktionen sind die Interviewten in der Regel nicht unmittelbar mit der Bearbeitung von Antisemitismus betraut. Als Funktionsträger_innen jüdischer Gemeinden und Institutionen sind sie jedoch immer wieder gezwungen, sich mit antisemitischen Vorfällen auseinanderzusetzen. Die Interviews wurden nach einheitlichen Regeln transkribiert und in einem mehrstufigen, an die Grounded Theory²² angelegten Codier- und Analyseverfahren mit Hilfe des Analyseprogramms MAXQDA ausgewertet.

Im folgenden Abschnitt (4.2) werden zunächst die Beziehungen der jüdischen Akteur_innen zu staatlichen und zivilgesellschaftlichen Personen und Institutionen beleuchtet. Dabei wurde nach dem jeweiligen Verhältnis der Befragten zu Politik, Staat, Zivil- und Stadtgesellschaft gefragt. Um die Frage, wie die Interviewten Antisemitismus in Brandenburg wahrnehmen, geht es im darauffolgenden Abschnitt (4.3). Da die Mehrheit der Befragten sogenannte Kontingentgeflüchtete aus der ehemaligen Sowjetunion sind, geht es in Abschnitt 4.4 um das Erleben von Antisemitismus im jeweiligen Herkunftsland der Befragten sowie um die Effekte, die dies auf ihre heutige Wahrnehmung und Bewertung von Antisemitismus in Deutschland hat. Die Fragen nach den Auswirkungen von Antisemitismus auf den Alltag von Jüdinnen_Juden sowie nach der Bewertung des gesellschaftlichen Umgangs mit unterschiedlichen Formen des Antisemitismus werden in Abschnitt 4.5 behandelt. In diesem Zusammenhang werden auch unterschiedliche Arten des Umgangs mit Antisemitismus thematisiert. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Melde- und Anzeigeverhalten bei antisemitischen Vorfällen. Zusätzlich wird erörtert, welche individuellen und institutionellen Strategien im Umgang mit Antisemitismus den Befragten zur Verfügung stehen. Dies bezieht die Frage nach Unterstützungsangeboten aus der jüdischen und nicht-jüdischen Zivilgesellschaft mit ein. In Abschnitt 4.6 werden schließlich die Bedarfe für die zukünftige Auseinandersetzung mit Antisemitismus zusammengefasst, welche die Interviewpartner_innen formuliert haben.

4.2. Jüdische Akteur_innen in der Stadt- und Zivilgesellschaft Brandenburgs

Die Interviewpartner_innen beschreiben ihre Beziehungen zu ihrer jeweiligen Umgebung in Brandenburg als ausgesprochen positiv. Unabhängig davon, ob die Befragten aus dem Berliner Umland oder den kreisfreien Städten kommen, überwiegen positive Bewertungen der Beziehungen zu Politik, Stadt und Zivilgesellschaft insgesamt deutlich (BB_1, BB_3, BB_4, BB_9_6, BB_7, BB_8, BB_11).²³ Einige befragte Akteur_innen schildern jedoch eher ambivalente Beziehungen (BB_2, BB_9), wobei auch hier positive Einschätzungen überwiegen. Nur in wenigen Schilderungen hatten die Befragten entweder keinen Kontakt zu Politik, Stadt oder Zivilgesellschaft oder bewerteten diesen als negativ (BB_10, BB_13).

Diese überwiegend positiven Einschätzungen jüdischer Akteur_innen in Brandenburg sollen im Folgenden etwas differenzierter dargestellt werden: Wie genau wurden in den Interviews die Beziehungen zu Politik, Polizei, Stadtgesellschaft und Nachbarschaft sowie zur Zivilgesellschaft und zu anderen religiösen Gemeinden oder Gruppen eingeschätzt?

22 Vgl. Jörg Strübing: Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften 2004.

23 Die Interviewkennzeichnung setzt sich zusammen aus dem Kürzel BB für Brandenburg und einer fortlaufenden Nummer des Interviews.

Die Beziehungen zur Brandenburger Kommunal- und Landespolitik werden mehrheitlich als eng beschrieben und positiv bewertet (BB_1, BB_3, BB_5-6, BB_8, BB_11, BB_13). So habe die Stadt ein offenes Ohr für die Belange der Jüdischen Gemeinde (BB_1, BB_03). Einige konkrete Beschreibungen der Beziehungen zur Politik sind jedoch eher ambivalent (BB_2, BB_3, BB_4, BB_7, BB_9, BB_10, BB_11): So sei die Mehrheit der Gemeinden in der politischen Landschaft der Stadt, des Landkreises und des Landes zwar bekannt. Dennoch herrsche ein distanziertes Verhältnis zur Landespolitik. Einige Befragte finden insbesondere die bereitgestellten finanziellen Mittel unzureichend für ihre Arbeit (BB_2, BB_3, BB_4, BB_9, BB_11). Zwar gäbe es Solidarität seitens der Politik, beispielsweise bei antisemitischen Vorfällen (BB_1, BB_10, BB_11), dennoch entstehe oft der Eindruck, dass es der Politik mit ihrem Agieren gegenüber der jüdischen Gemeinde vor allem um eine positive Außenwirkung gehe: Die Gemeinde fungiere als Aushängeschild für gelungene Integration und interreligiösen Dialog, so die Kritik (BB_9).

Unabhängig davon, wie die Beziehungen zur Politik beschrieben werden, nennen die Befragten als Hauptgrund für die Qualität der Beziehungen vor allem gute persönliche Kontakte, etwa zu (Ober-) Bürgermeister_innen (BB_1, BB_7) oder zu Vertreter_innen der Parteien im Stadtparlament (BB_2, BB_4, BB_12, BB_13). Einige jüdische Akteur_innen berichteten, dass sich mit einer_einem neuen Amtsinhaber_in die Beziehungen spürbar verändern können (BB_2, BB_9).

Ähnlich positiv wie das Verhältnis zur Politik beschreiben die Befragten auch ihre Verbindungen zur jeweiligen Stadtgesellschaft. So gäbe es einen regen Austausch zwischen den Gemeinden und der städtischen Verwaltung (BB_1, BB_3, BB_4, BB_9-6, BB_7, BB_8, BB_11). Ein_e Interviewpartner_in umschreibt das Verhältnis zur Stadt folgendermaßen:

„Wir sind ein Teil der Stadt. Wir haben eine Vereinbarung mit der Stadt, dort [ist] alles beschrieben. Wir haben wirklich sehr gute Kontakte mit [der] Stadtregierung, mit dem Oberbürgermeister, mit verschiedenen Dezernenten und so. Wir haben jährliches Treffen mit dem Oberbürgermeister, einmal pro Jahr treffen wir uns, wir besprechen alle Probleme. Wenn wir inzwischen irgendwelche Probleme haben, dann haben wir sehr gute Kontakte mit dem [Dezernenten].“ (BB_1)

Einige Akteur_innen beschreiben das Verhältnis eher als ambivalent (BB_2, BB_9, BB_10). Unzufriedenheit über die Beziehungen zu Stadt oder Stadtgesellschaft wird in den Interviews jedoch nur vereinzelt geäußert. Diese macht sich vor allem an einzelnen politischen Repräsentant_innen oder am Handeln von Verwaltungen fest. Ein_e Befragte_r empfand es beispielweise als äußerst verletzend, dass ein_e Bürgermeister_in sie_ihn fragte, ob er_sie Weihnachten feiere (BB_9). Ein_e andere_r Interviewte empörte sich darüber, dass ein_e Bürgermeister_in bei einem Fest der Jüdischen Gemeinde den bekennenden Antisemiten Henry Ford zitierte (BB_2).

In schwierigen Situationen, so die Meinung der Befragten, zeige sich die Stadtgesellschaft eher solidarisch (BB_1, BB_3, BB_10, BB_11). Dabei werden auch Bildungseinrichtungen als Teil der Stadtgesellschaft angesehen. Zu diesen bestehen mitunter intensive Kontakte (BB_3, BB_4, BB_9-6, BB_7, BB_9). In anderen Gemeinden existieren eher lose Kontakte oder gar ein distanziertes Verhältnis zu Bildungseinrichtungen (BB_1, BB_2, BB_8).

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Beziehungen zur Polizei: Eine Mehrheit der Befragten bewertet diese als sehr positiv (BB_1, BB_3, BB_4, BB_9_6, BB_8, BB_11); nur wenige sehen sie eher ambivalent (BB_2, BB_9, BB_10). In einem Fall wird die Zusammenarbeit mit der Polizei als nicht notwendig erachtet (BB_13). Vereinzelt kritisieren Befragte, dass die Polizei bezüglich der Sicherheitsmaßnahmen von Gemeinden oder Institutionen z.B. keine finanzielle Abhilfe schaffe. Ein_e Befragte_r bewertete die Zusammenarbeit mit der Polizei zwar insgesamt als gut, bezweifelt aber gleichzeitig, dass die Polizei über die nötigen Ressourcen verfüge, um ausreichenden Schutz zu gewährleisten (BB_2). Insgesamt überwiegt aber ein positives Bild von den brandenburgischen Sicherheitsbehörden: Etwa ein Drittel der Befragten gibt an, direkte und persönliche Kontakte zu den zuständigen Beamt_innen zu pflegen (BB_1, BB_3, BB_9_6, BB_8).

Die Beziehungen jüdischer Akteur_innen zu anderen religiösen Gemeinschaften lassen sich hingegen nicht eindeutig bewerten. Zwar bestehen Kontakte zu anderen Religionsgemeinschaften, diese seien aber unterschiedlich intensiv, so die Befragten. Mehrere Interviewte heben den bestehenden interreligiösen Dialog zwischen Christen und Juden in ihrer Stadt hervor (BB_2, BB_4, BB_8, BB_11, BB_13). Insbesondere das Verhältnis zu den christlichen Kirchen wird als neutral beschrieben. Etwa die Hälfte der Befragten berichtet von eher positiven bis engen Kontakten zu christlichen Institutionen und Gemeinden (BB_1, BB_3, BB_7, BB_11, BB_12, BB_13). Allerdings erfolgt dies mitunter jedoch mit einer einschränkenden Kritik, etwa an der Haltung von Kirchenvertreter_innen zum Nahost-Konflikt (BB_9). Mit einer Ausnahme geben sämtliche Interviewten an, mit anderen jüdischen Akteur_innen in Kontakt zu stehen.

Knapp die Hälfte der Befragten gibt an, auch eine Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden aktiv zu suchen (BB_2, BB_7, BB_8, BB_10, BB_11). Vereinzelt besteht diese bereits (BB_2). Einige Befragte äußert Verständnis dafür, dass diese Zusammenarbeit vielfach noch nicht sehr vertieft sei:

„So richtig tiefe Zusammenarbeit mit der muslimischen Gemeinde gibt es in diesem Sinne nicht. Ich denke, die müssen sich erst mal finden.“ (BB_8)

Vergleichsweise selten zur Sprache kommen Kontakte zur lokalen Zivilgesellschaft. Einige Befragte sind über städtische Maßnahmen oder Programme zur Förderung von Toleranz, Demokratie und Integration vernetzt mit Akteur_innen der Zivilgesellschaft (BB_2, BB_3, BB_4). Über Kontakte zu Sportvereinen verfügt die Mehrheit der Befragten nicht. Nur eine Gemeinde hat mit einem lokalen Fußballverein zusammengearbeitet (BB_4), in einem anderen Fall bestand eine Kooperation mit einem Sportverein (BB_9_6).

4.3. Antisemitismus in Brandenburg aus der Perspektive von Betroffenen

Die Mehrheit der Interviewpartner_innen äußert sich eher zurückhaltend über antisemitistische Vorfälle, die sie selbst erlebt haben oder die von Gemeindemitgliedern an sie herangetragen wurden. Nur ein_e Befragte_r berichtet von körperlichen Angriffen im eigenen persönlichen Umfeld (BB_2). Die Mehrheit der Befragten gibt an, im persönlichen Umfeld keinerlei Erfahrungen mit physischen Angriffen gemacht zu haben. Demgegenüber stellen mehrere Befragte fest, dass Antisemitismus sich in Brandenburg

weniger offen äußere. Stattdessen sehen sich die Gemeinden konfrontiert mit einer beunruhigenden, ressentimentgeladenen Grundstimmung (BB_3, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11, BB_12), mit latent antisemitischen Haltungen, zumindest aber mit einem (teilweise aus Unwissenheit resultierenden) unsensiblen Umgang mit dem Judentum (BB_2, BB_3, BB_9, BB_10, BB_13). Ein_e Interviewte_r beschreibt solch eine unterschwellig vorhandene, antisemitische Atmosphäre:

„Nein, [...] ich sehe [...] keine organisierten antisemitischen Gruppen. [...] Der Antisemitismus hängt in [der] Atmosphäre.“ (BB_9)

Im Verlauf der Gespräche kamen mehrere nicht-strafbare Vorkommnisse aus dem persönlichen Umfeld auf. Diese Vorfälle können der Kategorie „verletzendes Verhalten“²⁴ zugeordnet werden. Darunter fallen etwa nicht-intentionale Äußerungen sowie unsensible und undifferenzierte Aussagen bzw. Stereotype über Jüdinnen_Juden und das Judentum (BB_2, BB_9_6, BB_8, BB_9, BB_10, BB_12, BB_13). Auf die Frage nach Erfahrungen mit Antisemitismus im eigenen persönlichen Umfeld antwortet ein_e Interviewpartner_in: „Alle meine Freunde haben antisemitische [Veranlagungen].“ (BB_8) Die Befragten berichten auch, in ihren jeweiligen Freund_innen- und Bekanntenkreisen immer wieder mit dem Nahost-Konflikt konfrontiert zu werden (BB_2, BB_9_6, BB_8, BB_9). Ein_e Befragte_r kommentiert dies: „Und diese immer Thema Israel-Palästina. Und [die] bösen Juden, das [ist] wirklich zum Kotzen.“ (BB_2)

Diese Wahrnehmung korrespondiert bei vielen Befragten mit ihrer Erfahrung, von anderen eher als Zuge-wanderte stigmatisiert und aufgrund ihres Jüdisch-Seins angefeindet zu werden. Dies gehe häufig mit anderen Diskriminierungserfahrungen einher, beispielweise mit Rassismus. Zum Teil sehen sich Befragte deshalb selbst als „Fremdkörper“ (BB_9) an: Die Interviewten spüren auf verschiedenen Ebenen eine Ablehnung aufgrund ihrer Herkunft, etwa wenn sie in der Öffentlichkeit, ähnlich wie Angehörige anderer Minderheiten, wegen sozialer Merkmale wie der Sprache als fremd und nicht-zugehörig markiert werden (BB_2, BB_9_6, BB_9, BB_10). Viele Gemeinden öffnen ihr Angebot auch für die nicht-jüdische Community. Es bestehen sehr enge Verbindungen, so dass rassistische Vorfälle auch in der jüdischen Gemeinde wahrgenommen werden und zu Verunsicherungen führen können. In einem Interview beschreibt ein_e Befragte, wie eine russischsprachige Person angegriffen wurde und welche Auswirkungen dies auf die Gemeindemitglieder hatte:

„Wir waren in Schock, ja? Dass jemand jemanden einfach so schlägt. Am Anfang dachten wir, [die Person ist] jüdisch. Aber das ist egal. Weil wenn man einen Menschen nur wegen seines Akzents schlägt, ist das natürlich auch schrecklich.“ (BB_11)

Trotz der hier beschriebenen beunruhigten Grundstimmung fällt die Bewertung der Situation bezüglich Antisemitismus in Brandenburg insgesamt eher positiv aus. Dies geht, wie bereits beschrieben, häufig mit einer positiven Einschätzung des Agierens von Politik und Stadtgesellschaften einher. Viele Befragte

24 Als verletzendes Verhalten werden „sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Auch online getätigte antisemitische Äußerungen werden zum verletzenden Verhalten gerichtet, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind“, vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus - Bundesweite Koordination: Über den RIAS Bundesverband – Arbeitsweisen: Arbeitsdefinition Antisemitismus. <https://www.report-antisemitism.de/rias-bund> (Zugriff am 12.8.2019).

empfinden das eigene Umfeld im Vergleich zu anderen Städten oder Regionen als sicher (BB_3, BB_9_6, BB_11). Insbesondere Potsdam wird allgemein als sicher für Jüdinnen_Juden beschrieben (BB_8, BB_10, BB_11, BB_13).

„Ich nenne Potsdam immer so ein bisschen die Insel der Glückseligen.
Weil ich das Gefühl habe, wir leben im Vergleich zu Brandenburg auf
einer Insel.“ (BB_13)

Auffallend ist, dass einige Interviewpartner_innen kreisfreie Städte als problematisch oder unsicher für Jüdinnen_Juden einschätzen. Insbesondere in Cottbus (BB_9, BB_11) und Frankfurt (Oder) (BB_9, BB_11) oder in ländlichen Regionen (BB_11), so die Erwartung, sei es wahrscheinlicher, mit Antisemitismus konfrontiert zu werden. Neben der hohen Sensibilisierung in Politik und Stadtgesellschaft nennen die Befragten als Gründe für ihre positive Einschätzung eine geringe Sichtbarkeit der jüdischen Gemeinde (BB_1, BB_3) sowie die hohe Präsenz von Sicherheitskräften in der Stadt (BB_1, BB_3, BB_10).

Antisemitismus äußert sich in Brandenburg in Form sehr unterschiedlicher Delikte. Über Fälle extremer Gewalt berichtet nur ein_e einzige_r Interviewpartner_in (BB_2). Bei den Angriffen auf Personen und deren familiäres Umfeld handelte es sich im Einzelnen um

- einen Angriff bei einer Gedenkveranstaltung,
- einen Angriff von Schüler_innen auf eine nicht-jüdische Lehrkraft, die sich stark im Bereich der Antisemitismus-Prävention engagierte und
- einen Angriff mit einer Glasflasche auf ein Familienmitglied.

In den meisten Interviews wurden antisemitisch legitimierte Sachbeschädigungen gegen jüdisches Eigentum beschrieben (BB_1, BB_2, BB_4, BB_7, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11, BB_12). Darunter fallen antisemitische Schmierereien (BB_1, BB_2, BB_3, BB_7, BB_10, BB_11), Sachbeschädigungen durch Flaschenwürfe (BB_1, BB_7, BB_12), das Anbringen von Fäkalien an den Räumlichkeiten der Gemeinde oder Synagoge (BB_2, BB_4) sowie der Diebstahl einer Mesusa (BB_1). Weitere Sachbeschädigungen ereigneten sich an jüdischen Friedhöfen (BB_1, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11). In mehreren Interviews wird verletzendes Verhalten (z.B. Beschimpfungen) geschildert (BB_2, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11).

Bevor eine generelle Einschätzung zum Antisemitismus in Brandenburg vorgenommen wird, soll der Blick auf das Spektrum antisemitischer Akteur_innen (4.3.1.) sowie auf die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Antisemitismus (4.3.2.) geworfen werden, mit denen Jüdinnen_Juden in Brandenburg konfrontiert sind.

4.3.1. Antisemitische Akteur_innen in Brandenburg

Befragt nach dem politischen Hintergrund antisemitischer Akteur_innen weisen viele Interviewte Rechtsextremist_innen eine zentrale Rolle zu (BB_2, BB_3, BB_9_6, BB_8, BB_9, BB_11, BB_12). Diese werden jedoch häufig eher als Problem in der Vergangenheit beschrieben. Interviewte benennen mehrfach Rechtsextreme als Täter_innen von Vorfällen, die bereits länger zurückliegen (BB_1, BB_2, BB_3, BB_9_6, BB_8, BB_9, BB_11, BB_12). Das lässt die Schlussfolgerung zu, dass rechtsextremistische Vorfälle in der Region aus Sicht der Befragten zurückgegangen sind. Zu den genannten Vorfällen gehören rechtsextreme Schmierereien und Sachbeschädigungen in der Stadt oder Gemeinde (BB_2, BB_7, BB_9), antisemitische Massenzuschriften (BB_9_6, BB_7) sowie gezielte Sachbeschädigungen an jüdischen Friedhöfen (BB_1, BB_3, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11). Ein_e Befragte_r schildert einen Fall, bei dem die rechtsextreme NPD bei einer Abstimmung im Kommunalparlament demonstrativ gegen eine weitere Förderung der jüdischen Gemeinde stimmte (BB_3). Ein_e andere_r Interviewte_r schilderte einen Fall, in dem die NPD direkt vor einer Synagoge Flyer verteilte (BB_12).

In einem Drittel der Interviews wird von Vorfällen berichtet, bei denen ein politisch linker Hintergrund der antisemitischen Akteur_innen angenommen wird (BB_2; BB_3, BB_5, BB_13). Einzelne Interviewpartner_innen bemängeln, dass es vor allem linke Parteien seien, die sich im Diskurs um den Nahost-Konflikt einseitig positionierten. Jüdinnen_Juden würden gezwungen, sich für die Politik Israels zu rechtfertigen, was bei den Betroffenen auf Unverständnis stößt: „Sie differenzieren manchmal nicht [zwischen] uns und Israel.“ (BB_9_6) Ein_e andere_r Befragte_r berichtet, dass ein_e Dozent_in in Seminaren an einer Brandenburger Universität antizionistische Inhalte verbreitet haben soll (BB_13). Diese Person sei aber inzwischen nicht mehr an dieser Universität tätig.

Antisemitische Vorfälle mit einem vermuteten christlichen Hintergrund werden in zwei Interviews geschildert (BB_9, BB_10). In einem Fall geht es um eine Veranstaltung in einer Kirche, bei der die referierende Person Israel dämonisierte und delegitimierte (BB_9). In einem anderen Fall fand ein_e Interviewte_r an Ostern eine zerbrochene Schweine-Figur vor den Toren eines jüdischen Friedhofs (BB_10). Einzelne Interviewte verwiesen auf einen tief verwurzelten Antijudaismus und sahen Christ_innen als Träger_innen antisemitischer Stereotype:

„Sehen Sie, in Deutschland [...] [gibt es einen] uralten Antisemitismus [wie] in vielen christlichen Ländern.“ (BB_9)

Einige Befragte stellen fest, dass sich der Antisemitismus durch sämtliche sozioökonomischen Gesellschaftsschichten ziehe (BB_9_6). Einige finden dabei den Antisemitismus von Eliten besonders verletzend (BB_9).

4.3.2. Erscheinungsformen von Antisemitismus in Brandenburg

Die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Antisemitismus, die RIAS Berlin im Zuge der Erfassung antisemitischer Vorfälle verzeichnet, nehmen auch die Befragten in Brandenburg wahr. So berichten Interviewpartner_innen von Vorfällen, die dem antijudaistischen Antisemitismus zuzuordnen sind (BB_2, BB_7, BB_8, BB_10, BB_12), wie etwa die erwähnte Schweine-Figur vor einem jüdischen Friedhof (BB_10). Ein Drittel der Befragten schildert Beispiele von modernem Antisemitismus (BB_2, BB_8, BB_12, BB_13). Beispielsweise berichtet ein_e Befragte_r von einer Informationsveranstaltung zum Strukturwandel. Auf dieser habe sich eine Person darüber beschwert, dass Jüdinnen_Juden eine Synagoge bekämen, da sie unter anderem die „finanzielle Weltherrschaft“ hätten (BB_12). Deutlich häufiger berichten die Befragten über Vorfälle, die dem Post-Schoa-Antisemitismus²⁵ zuzuordnen sind (BB_1, BB_2, BB_5_6, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11, BB_12). Darunter fallen Hakenkreuzschmierereien sowie Sachbeschädigungen im eigenen Wohnumfeld (BB_2), von jüdischen Gemeinderäumen oder Friedhöfen (BB_1, BB_2, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11, BB_12), aber auch rechtsextreme Versammlungen (BB_9, BB_11). Etwa ein Drittel der Befragten berichtet von Vorfällen, die dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind (BB_1, BB_9, BB_12, BB_13). Ein Beispiel ist ein Vortrag zu Israel in einer Kirche, bei dem die referierende Person Israel als „Kinderfresser“ (BB_9) dämonisierte.

Beim antisemitischen Othering werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-zugehörig zur deutschen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Als Othering gilt auch, wenn nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude[n]“ beschimpft werden. Auch von dieser Erscheinungsform des Antisemitismus berichten mehrere Befragte (BB_2, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11, BB_12). Ein_e Interviewpartner_in berichtet von einem Angriff mit einer Glasflasche auf ein Familienmitglied, bei dem die angreifende Person „[Scheiß]Juden raus“ (BB_2) rief. Ein_e andere_r Befragte_r berichtet von einer Diskussionsveranstaltung über die Umwidmung der Schlosskirche in Cottbus zu einer Synagoge. Diese sei bei den Cottbusser_innen auf Ablehnung gestoßen. Häufig seien die gleichen Argumente zu hören:

„Sie können doch nicht dem Juden diese Kirche geben‘.
Da schwang mit: ‚Die Juden können sowieso nicht genug kriegen‘.
Das habe ich auch öfter gehört in dem Zusammenhang.“ (BB_12)

4.3.3. Spezifische Tatorte antisemitischer Vorfälle

Die von den Befragten erwähnten antisemitischen Vorfälle verweisen auf einige spezifische Tatorte. Die meisten Vorfälle ereigneten sich demnach auf jüdischen Friedhöfen (BB_1, BB_3, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11). Zwei Befragte schildern beispielsweise den Brand einer jüdischen Trauerhalle in Potsdam Anfang der 2000er Jahre, der mutmaßlich von Rechtsterroristen gelegt wurde (BB_10, BB_11). In vier anderen Fällen erzählen Interviewte von antisemitischen Vorfällen im öffentlichen Raum, auf der Straße (BB_11) sowie auf öffentlichen Veranstaltungen (BB_03, BB_09, BB_11). Dazu gehören Vorfälle in einem Kommunalparlament, in einer Kirche und bei einer Einwohner_innenversammlung. Zwei Befragte berichten von mehrfachen

²⁵ Angelehnt an den von Schwartz-Friesel und Bauer vorgeschlagenen Begriff „Nachkriegsantisemitismus“ verwendet RIAS Berlin den Begriff „Post-Schoa-Antisemitismus“ für Erscheinungsformen des Antisemitismus, die sie sich verherrlichend, leugnend, relativierend, im Sinne einer „Schlussstrich“-Mentalität oder einer Täter-Opfer-Umkehr auf die Schoa beziehen. Vgl. Monika Schwarz-Friesel / Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin, Boston: de Gruyter 2013, S. 95 ff.

Sachbeschädigungen an einer Synagoge (BB_1, BB_11). Vereinzelt werden antisemitische Vorfälle an einer Universität (BB_13) oder im öffentlichen Nahverkehr (BB_8) geschildert. Allerdings waren die Berichtenden dabei nicht selbst Zeug_innen der Vorfälle, sondern haben von diesen aus der Presse oder von Bekannten erfahren. Ein_e Interviewpartner_in berichtet von immer wiederkehrenden Sachbeschädigungen im eigenen Wohnumfeld (BB_02) sowie von einer Beleidigung beim Einkaufen:

„Ach im [...] Edeka [sprach mich] eine Frau [an], so schlimm, [dass die] Polizei [kommen musste] [...]. Und danach spuckt [sie vor meine] Füße. Und sagt: ‚jüdische Prostituierte!‘“ (BB_2)

4.4. Einflussfaktoren für die Wahrnehmung von Antisemitismus

Die Befragten beschreiben ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen von Antisemitismus in Brandenburg auf vielfältige Art und Weise. Dennoch zeigen sich bei den Interviewpartner_innen, aber auch bei ihren Gemeinden relevante Gemeinsamkeiten und widerkehrende Muster. Diese können als Einflussfaktoren für die Wahrnehmungen der Befragten angesehen werden. Dazu zählt zum einen die zwar individuell höchst unterschiedlich erlebte, aber kollektiv geteilte Migrationserfahrung vieler Angehöriger jüdischer Communities. Diese wird als Migrationsgeschichte in Abschnitt 4.4.1. beschrieben. Dabei lautet die zentrale Annahme, dass die Konfrontation mit Antisemitismus in den jeweiligen Herkunftsländern einen erheblichen Einfluss auf die Einordnung antisemitischer Vorfälle in Deutschland hat. Daneben wirken sich mediale Ereignisse und deren Rezeption in Form kommunikativer Prozesse auf die Wahrnehmung und das Erleben von Antisemitismus seitens der Betroffenen aus. Diese Einflüsse werden in Abschnitt 4.4.2. behandelt. Schließlich lassen sich eine Reihe regionaler Spezifika beobachten, die in Form regionaler Zuordnungen auch Einfluss auf die Wahrnehmungen von Antisemitismus aus Perspektive der Betroffenen haben (siehe Abschnitt 4.4.3.).

4.4.1. Migrationsgeschichte

Die Befragten berichten, dass sich die Gemeinden in Brandenburg überwiegend aus Personen zusammensetzen, die aus der ehemaligen Sowjetunion eingewandert sind (BB_1, BB_2, BB_4, BB_5_6, BB_7, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11). Die Interviews legen nahe, dass die Migrationsgeschichte sowie die Erfahrungen mit Antisemitismus in den jeweiligen Herkunftsländern die Wahrnehmung der Befragten von Antisemitismus auch heute noch prägen. Die Konfrontation mit dem Antisemitismus staatlicher Akteur_innen in der Sowjetunion, der vielen Jüdinnen_Juden einen sozialen Aufstieg strukturell erschwert hat, führt zu einer bis heute anhaltenden hohen Sensibilität gegenüber staatlichem Handeln.

Viele Befragte thematisieren wiederholt den Antisemitismus staatlicher Akteur_innen in Deutschland, auch wenn sich die Einschätzungen, inwieweit dieser tatsächlich existiert, unterscheiden (BB_1, BB_4, BB_9, BB_10, BB_2, BB_7). In den Interviews beschreiben die Befragten mehrere Vorfälle, bei denen sie annehmen, dass eine Benachteiligung bzw. Diskriminierung durch staatliche Akteur_innen anhand ihres Jüdisch-Seins

vorliegt (BB_2, BB_7, BB_10). Ein_e Befragte_r berichtet, dass ein Jobcenter den Antrag eines Gemeindeglieders auf Freistellung von der Arbeit am Schabbat als unbegründet zurückwies und wertete dies als antisemitisch (BB_7).

Ein Teil der Befragten findet die Situation in Deutschland in punkto Antisemitismus nicht mit der in den jeweiligen Herkunftsländern vergleichbar (BB_3, BB_9, BB_10). Einen „offenen Antisemitismus“ (BB_10), wie ihn mehrere Befragte in der (ehemaligen) Sowjetunion erlebt hatten, gäbe es hier nicht, so die Ansicht. Dennoch vermitteln die Interviews zuweilen den Eindruck, dass die Befragten in institutionalisierten Formen von Antisemitismus eine größere Gefahr sehen, als in anderen Formen von Antisemitismus.

„[...] Im Prinzip, [ist der] Antisemitismus [auf der] Straße nicht [so] gefährlich wie [institutioneller] Antisemitismus [...]. [Der] verletzt wirklich.“ (BB_2)

Diese Haltung kommt in der Art und Weise zum Ausdruck, in der die Befragten von verschiedenen Formen von Antisemitismus berichten. So werden Vorfälle jenseits staatlichen Handelns zum Teil als „Vandalismus“ (BB_1) oder „Hooliganismus“ (BB_5_6, BB_10) bezeichnet, oder gar als kindlicher bzw. jugendlicher Leichtsinn (BB_7, BB_10) bagatellisiert.

Darüber hinaus prägen die Erfahrungen mit Antisemitismus in ihren jeweiligen Herkunftsländern auch die Handlungsweisen der Befragten in Deutschland. Viele Befragte schildern das Gefühl, dass die jüdischen Gemeinden in Deutschland eine doppelte Integrationsleistung erbringen müssten: „Unsere Integration hat zwei Teile. [Die] Integration in [die] Deutsche Gesellschaft und [die] Integration in [das] Judentum.“ (BB_4) Mitunter berichten Befragte, wie gefährlich oder geradezu unmöglich es in der (ehemaligen) Sowjetunion war, jüdisches Leben zu praktizieren (BB_3, BB_5_6). Heute legen die jüdischen Gemeinden großen Wert darauf, ihren Mitgliedern aus der ehemaligen Sowjetunion den jüdischen Glauben sowie jüdische Rituale und Traditionen zu vermitteln (BB_2, BB_3, BB_8, BB_11). Der hohe Assimilationsdruck und die Gefahr sozialer Benachteiligung in den Herkunftsländern wirken sich insoweit bis heute aus, als die Befragten zwar vielfach nach innen eine stark ausgeprägte jüdische Identität haben (BB_1), diese aber nur selten offen nach außen zeigen. Insbesondere ältere Befragte mit Migrationserfahrung halten oftmals an dieser Umgangsweise fest. Sie wollen individuell und als Gemeinde nicht in der Öffentlichkeit als Jüdinnen_Juden erkennbar sein. Demgegenüber sind jüngere Personen mit (und ohne) Migrationserfahrung eher bereit, ihre jüdische Identität auch offen nach außen zu zeigen (BB_7, BB_13). Ähnlich verhält es sich beim Umgang mit Antisemitismus. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in den jeweiligen Herkunftsländern pflegen einige Befragte einen weniger konfrontativen Umgang mit Antisemitismus (siehe dazu ausführlich Kapitel 4.5.2).

4.4.2. Mediale Ereignisse und deren Rezeption

In den Interviews lässt sich beobachten, wie mediale Ereignisse und deren Rezeption die Wahrnehmungen der Befragten von Antisemitismus in Brandenburg beeinflussen. Neben eher zurückhaltenden Berichten von antisemitischen Vorfällen vor Ort erwähnen die Befragten mehrfach mediale Ereignisse, die sich

außerhalb ihrer Region ereigneten und die sie verunsicherten. Zu den genannten medialen Ereignissen gehören der mediale Diskurs um Flucht, Migration und Integration seit 2015 (BB_1, BB_4), antisemitische Angriffe an Berliner Schulen (BB_9_6) und die rechtsextremen Hetzjagden in Chemnitz im Sommer 2018 (BB_4, BB_7).²⁶

In mehreren Interviews wurde deutlich, dass Interviewpartner_innen den Zuzug von Geflüchteten nach Deutschland mit Sorge wahrnehmen (BB_1, BB_3, BB_4, BB_11). Islamisch legitimer Antisemitismus, im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Muslim_innen nach Deutschland, ist in der Wahrnehmung einiger Befragter ein bedrohliches Phänomen (BB_1, BB_2, BB_4, BB_11). Mehrere Befragte nehmen bei Mitgliedern ihrer Gemeinde Befürchtungen wahr, von islamisch legitimiertem Antisemitismus betroffen zu werden oder zur Projektionsfläche von Ansichten zum Nahost-Konflikt zu werden (BB_2, BB_9_6, BB_11).

„Seit diese Welle aus dem Nahen Osten kam, [...] was wir lesen [...] und hören können ist, dass sich die Situation verschlechtert [hat]. Und selbstverständlich. Aus welchem Grund? Weil, die Leute dort [gemeint sind Geflüchtete, Anm. d. Verf.] wurden mit Hass zu Israel [und] zum Juden erzogen. Und die bringen das mit nach Europa.“ (BB_1)

Mit Bezug auf den Nahost-Konflikt berichtet ein_e Befragte_r von der Erfahrung mit arabischen Geflüchteten. Diese würden den Staat Israel nicht anerkennen (BB_1). Im selben Interview berichtet ein_e Befragte_r, dass er_sie sich nicht als jüdisch zu erkennen geben mag, wenn er_sie ehrenamtlich Sprachkurse für arabische Geflüchtete anbietet (BB_1). Ein_e andere_r Befragte_r erzählt, dass die Mitglieder seiner_ihrer Gemeinde Angst davor hätten, sich in einem bestimmten Stadtteil aufzuhalten, in dem vermehrt arabische Geflüchtete leben und entsprechend sichtbar sind. Dabei räumte der_die Befragte_r ein, dass ihm_ihr bisher kein entsprechender antisemitischer Vorfall bekannt sei (BB_11). In einem Interview wird die Nakba-Ausstellung²⁷ eines deutsch-palästinensischen Vereins thematisiert. Diese wurde jedoch aus Rücksicht auf die örtliche jüdische Gemeinde abgesetzt, so die Aussage im Interview (BB_12).

Im Kontext des medialen Migrations-Diskurses äußern sich mehrere Befragte auch über die rechtspopulistische Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Die Aussagen beziehen sich zum einen darauf, wie die AfD das Thema Migration für ihre politische Mobilisierung nutzt und zum anderen auf das Verhältnis der Partei zu Antisemitismus sowie zu Jüdinnen_Juden.

Einige Befragte zeigen sich sichtlich verunsichert angesichts aktueller politischer Entwicklungen wie etwa der Ereignisse in Chemnitz im Spätsommer 2018 (BB_4, BB_7). Dabei kam nicht nur Besorgnis über die rassistischen Demonstrationen in Chemnitz zum Ausdruck, sondern auch Solidarität mit Geflüchteten. Diese scheint sich aus einem Gefühl der Verbundenheit zu speisen, aus dem Bewusstsein, Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten zu sein bzw. aus einer Identifikation mit dem Status von Migrant_innen

26 Ein Teil der Interviews wurde kurz nach den Hetzjagden in Chemnitz im Sommer 2018 geführt, als diese medial noch stark präsent waren. Dieses Beispiel kann insofern als Beispiel für die Wahrnehmung aktueller Ereignisse angesehen werden.

27 Im arabischen Sprachgebrauch beschreibt Nakba (was mit „Katastrophe“ oder „Unglück“ übersetzt werden kann) die Flucht arabischer Palästinenser_innen aus dem früheren Mandatsgebiet Palästina. Seit 2008 existiert eine Wanderausstellung mit dem Titel „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ des Vereins „Flüchtlingskinder im Libanon e.V.“. Darin wird die Gründung des Staates Israel 1948 als Katastrophe dargestellt. Kritiker_innen zufolge stellt die Ausstellung den Nahost-Konflikt einseitig dar. Vgl. Thomas Klatt: Der Nahost-Konflikt auf dem Kirchentag. Parteinahme statt ernsthafter Dialog. https://www.deutschlandfunkkultur.de/parteinahme-statt-ernsthafter-dialog-der-nahost-konflikt.1079.de.html?dram:article_id=387777 (Zugriff am 31.7.2019).

(BB_2, BB_3, BB_7). Ein_e Befragte_r kommentierte die Ereignisse in Chemnitz mit den Worten: „Wir finden das schrecklich natürlich. Ich bin selbst Flüchtling.“ (BB_7) Gleichzeitig aber wird bei diesem Thema – wie auch in der Auseinandersetzung mit der AfD – die Befürchtung deutlich, dass die Mobilisierung rassistischer Ressentiments quasi auf eine andere Minderheit übertragen werden und sich gegen Jüdinnen_Juden richten könnte (BB_1, BB_7, BB_9).

Antisemitische Vorfälle in Berlin haben vor allem aufgrund der räumlichen Nähe der Stadt zu Brandenburg einen erheblichen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Befragten (BB_9_6, BB_7). In einem Interview heben die Befragten den Unterschied zwischen der Situation in ihrem Ort und der in Berlin deutlich hervor: „Vorfälle sind da. [Aber] hier überhaupt nichts, in unserer Stadt. Wir lesen, wir hören was in Berlin passiert. Mit diesem Gürtel.“²⁸ (BB_9_6). Obwohl sie die Situation vor Ort als deutlich sicherer einschätzen, sehen sich die Befragten durch die öffentliche Diskussion um die Vorfälle in Berlin veranlasst, sich auch bei sich zu Hause nicht mehr als jüdisch zu erkennen zu geben: „Natürlich tragen wir keine Kippas auf der Straße. Weil das kennen wir [...] [aus] Berlin [...] Viele Vorfälle kennen wir von der jüdischen Schule in Berlin.“ (BB_9_6)²⁹ Auch Angriffe in anderen Regionen, die medial stark präsent waren, tragen zu einer Verunsicherung der Befragten bei. Ein_e Interviewpartner_in nimmt z.B. Bezug auf einen Angriff auf einen israelischen Professor in Bonn (BB_8).³⁰

4.4.3. Regionale Spezifik

Die Befragten nennen in den Interviews eine Reihe regionaler Spezifika, die aus ihrer Sicht teilweise charakteristisch für das Land Brandenburg seien. Dazu gehören einerseits ein historisch tief verwurzelter Antijudaismus und andererseits eine generelle Abwehrhaltung gegenüber allem Religiösen bzw. eine von der DDR-Sozialisation geprägte Sichtweise auf Judentum und Antisemitismus.

Mehrere Befragte nehmen in Brandenburg eine starke Aversion gegen Religion im Allgemeinen wahr (BB_8, BB_13). Einige von ihnen führen diese als Grund für einen tieferliegenden Antijudaismus an (BB_8, BB_9, BB_10), einen „uralten Antisemitismus“ (BB_9) in der Bevölkerung. Allerdings sei dies keine ausschließliche Erklärung. Nach Ansicht eines_einer Interviewten hätten die Brandenburger_innen „kein [besonderes Problem] mit Judentum“, wohl aber mit Religion an sich (BB_8). So können die meisten Menschen mit Religion schlicht „nichts anfangen“ (ebd.). Ein_e andere_r Befragte_r stellt fest: „[...] Alles was mit Religion zu tun hat ist an sich erst mal dubios. Ob das jetzt Juden oder Katholiken oder Protestanten sind.“ (BB_13)

Einige Befragte stellen teilweise gerade bei älteren Menschen einen Antisemitismus fest, den sie auf deren Sozialisation in der DDR zurückführen. Dass sich jüdisches Leben in Brandenburg erst mit dem Zuzug von Jüdinnen_Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren entwickeln konnte, betrachten mehrere Befragte als Folge der teilweise gleichgültigen DDR-Politik gegenüber den jüdischen Gemeinden

28 Gemeint ist ein antisemitischer Angriff in Berlin, bei dem ein Israeli mit einem Gürtel geschlagen wurde.

Vgl. Spiegel Online: Unbekannter schlägt Israeli mit Gürtel.

<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/berlin-unbekannter-schlaegt-israeli-mit-guertel-a-1203484.html>. (Zugriff am 18.7.2019).

29 Stefan Lauer: Antisemitischer Angriff auf offener Straße.

<https://www.belltower.news/berlin-antisemitischer-angriff-auf-offener-strasse-47538/> (Zugriff am 18.7.2019).

30 Der Westen: Antisemitischer Angriff in Bonn.

<https://www.dw.com/de/antisemitischer-%C3%BCbergriff-in-bonn/a-44646757-0> (Zugriff am 18.7.2019).

(BB_10). Der Einfluss der antizionistischen Propaganda der DDR ist aus Sicht der Befragten bei Teilen der älteren Generation noch heute spürbar (BB_8, BB_10). Ein_e Befragte_r fasst dies folgendermaßen zusammen:

„Wenn du gehört hättest, wie die vor der Wende, was die dann [für eine] Meinung hatten. Die waren natürlich ur-antisemitisch. [...] Das war doch das Umfeld, [...] was willst du von einem, der in der DDR eingeschlossen ist (erwarten), ja. Versucht seine ganze Nazi-Familien und Geschichte [des Landes] zu verarbeiten, wird ständig mit einer anti-israelischen Propaganda gefüttert und ist auch noch dazu evangelisch tief drin.“ (BB_8)

4.5.

Umgangsweisen mit Antisemitismus durch Betroffene in Brandenburg

Beim Umgang mit Antisemitismus stehen den Betroffenen unterschiedliche individuelle, aber auch institutionelle Ressourcen und Strategien zur Verfügung. Im Folgenden wird zunächst das Melde- und Anzeigeverhalten bei unterschiedlichen Stellen (Polizei, jüdische Gemeinden, zivilgesellschaftliche Akteur_innen) untersucht (Abschnitt 4.5.1.). Anschließend werden verschiedene individuelle Umgangsweisen mit Antisemitismus, wie Konfrontation, Vermeidung von Sichtbarkeit oder das Verdrängen von Gefahren thematisiert (Abschnitt 4.5.2.). Bei der Darstellung der institutionellen Handlungsstrategien (Abschnitt 4.5.3.) stehen zunächst (strukturelle) Sicherheitsvorkehrungen der jüdischen Gemeinden im Vordergrund. Daneben geht es um allgemeinere Fragen der Sensibilisierung und der Öffnung bzw. Abgrenzung gegenüber der Stadtgesellschaft. Schließlich wird in Abschnitt 4.5.4. gezeigt, welche Unterstützungsangebote die Interviewten kennen bzw. aktiv wahrnehmen

4.5.1.

Anzeige- und Meldeverhalten

Bezüglich des Anzeige- und Meldeverhaltens überwiegen bei den Befragten positive Erfahrungen: Insbesondere mit dem Agieren der Polizei sind viele Befragte zufrieden (BB_1, BB_3, BB_9_6, BB_7, BB_10, BB_11, BB_12). Häufig wird die Polizei als Ansprechpartnerin genannt (BB_1, BB_2, BB_3, BB_9_6, BB_7, BB_9, BB_10, BB_13). In vier Fällen zeigen Befragte ein ambivalentes Verhältnis zur Polizei (BB_2, BB_9, BB_13), in einem Fall meldete der_die Befragte keine Vorfälle an die Polizei (BB_4). Als Gründe hierfür werden die geringeren Aussichten auf einen Ermittlungserfolg oder eine lange Verfahrensdauer genannt. Dies trifft vor allem auf Sachbeschädigungen zu, bei denen meist gegen Unbekannt ermittelt wird. In einem Interviewt beschreib ein_e Befragte_r die Kommunikation mit der Polizei als träge:

„Sehen Sie, das ist [typisch für] deutsche Polizei. Wenn [...] etwas [beleidigendes] an der Tür [steht], musst [du zuerst] [...] ein Foto [machen] [...] dann nach drei Monaten kommt es: ‚Leider haben [wir] nichts gefunden.‘ Wie kann ich zufrieden [sein]? Zufrieden, das ist anderes Wort. Ich bin [...] mit meinen Kindern [nicht] immer zufrieden.“ (BB_9)

Ein_e Befragte_r führt aus, dass er_sie je nach Schwere des Vorfalls beurteilen würde, ob die Polizei eingeschaltet werden muss. Dabei stehe weniger die Qualität des Vorfalls zur Debatte, als vielmehr die Einschätzung, wie engagiert Polizei Ermittlungen führe und ob diese zu einem Erfolg führen werden:

„Wenn mich jetzt wirklich jemand angreift körperlich, ja. Ja, dann [würde ich die] Polizei durchaus [einschalten]. [...] Aber, wenn jemand halt irgendwelche [...] Äußerungen mir entgegenwirft, ich weiß nicht, ob die Polizei da großartig irgendwie Lust hat überhaupt was zu machen und sagt: ‚Da können wir eh nichts machen.‘ Und das ist so. Nach dem Motto: Wer hat es gehört? Kein anderer hat es gehört oder kein anderer will was dazu sagen. Da habe ich eher die Sorge, dass bei solchen Sachen das im Sande verlaufen würde.“ (BB_13)

Fast die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass eine Anzeige bei der Polizei unverzichtbar sei, selbst wenn die Täter_innen nicht ermittelt werden können (BB_9_6, BB_7, BB_9, BB_10, BB_13). Sie machten jedoch keine Aussagen über das Anzeigeverhalten unter den Mitgliedern ihrer jeweiligen Gemeinde.

„Nein. Anzeige muss man machen in jedem Fall. [...] Das muss man alles archivieren und das muss [die Polizei] archivieren. Deswegen, [bin ich] überzeugt, dass man [das] machen [muss]. Trotz [...] [keinem] Ergebnis. Und das ist ganz normal.“ (BB_9)

Einige Befragte wenden sich bei antisemitischen Vorfällen direkt an die Politik, also beispielsweise an die_den Bürgermeister_in, an Vertreter_innen der Fraktionen im Kommunalparlament oder an die kommunale Verwaltung. Diese Befragten sind mit diesem Vorgehen sehr zufrieden (BB_1, BB_9_6).

Einige Befragte berichten, dass Betroffene statt einer Anzeige bei der Polizei antisemitische Vorfälle lieber bei jüdischen Gemeinden bzw. bei dort angesiedelten Institutionen melden (BB_2, BB_9_6, BB_7). So würden Vorfälle an die Gemeinden, an den Zentralrat der Juden sowie an Organe der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) gemeldet. Eine Gemeinde verfügt sogar über ein eigenes Notfalltelefon, bei dem Gemeindemitglieder rund um die Uhr anrufen können (BB_2). Insgesamt wird in den Interviews nur selten von Meldungen an nichtstaatliche, zivilgesellschaftliche Stellen berichtet (BB_2, BB_9). Mögliche Gründe hierfür könnten zum einen die Tatsache sein, dass diese Meldemöglichkeiten nur den wenigsten Befragten bekannt sind (siehe dazu Kapitel 4.5.4) und zum anderen das geringe Vertrauen in nicht-jüdische Organisationen seitens der Betroffenen. Einige Befragte führen als weitere mögliche Gründe vorhandene Sprachbarrieren an (BB_2) sowie die Befürchtung, dass zivilgesellschaftliche Organisationen als Teil der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft nicht in der Lage seien, die Wahrnehmungen der Betroffenen von Antisemitismus nachzuvollziehen. Auf die Frage, ob sich die Befragten selbst oder Gemeindemitglieder bei einer nicht-jüdischen Organisation melden würden, antwortete ein_e Befragte_r:

„Welche Juden [rufen] bei [einer anderen] Organisation [an]?
Erstmal [auf welcher] Sprache? [Zweitens] aus [welchem] Grund?“ (BB_2)

Auch bei Hilfsangeboten, so die Interviewten, sei die jüdische Community viel eher Ansprechpartnerin als nicht-jüdische zivilgesellschaftliche Organisationen (BB_2, BB_9_6, BB_7, BB_9).

4.5.2. Individuelle Umgangsweisen

In den Interviews lassen sich verschiedene individuelle Strategien im Umgang mit Antisemitismus identifizieren, darunter ein Rückzug aus der Öffentlichkeit und das Bemühen, nicht als Jüdinnen_Juden erkennbar zu sein. Im Folgenden werden diese individuellen Umgangsstrategien detaillierter dargestellt.

Einige Befragte nehmen einen zunehmenden Rückzug von Brandenburger Jüdinnen_Juden aus Politik oder Öffentlichkeit wahr (BB_1, BB_4, BB_9, BB_10, BB_11, BB_12). Ein möglicher Grund hierfür kann die Sorge sein, dass eine öffentliche Kritik am Antisemitismus die eigene persönliche Situation oder die Situation der Gemeinde verschlechtern könnte. So verfolgen einige Interviewte die Strategie, sich selbst dem Fokus von Politik und Öffentlichkeit zu entziehen, um so eventuelle weitere antisemitische Anfeindungen zu vermeiden. In einem Interview wird diese Umgangsweise beispielhaft deutlich:

„Bis heute leben wir ganz ruhig, wir haben keine Fälle.
Deshalb möchten wir nicht an der Politik teilnehmen.“ (BB_1)

Der Rückzug aus der Öffentlichkeit zeigt sich insbesondere bei der Strategie, eine Erkennbarkeit als jüdische Person zu vermeiden: Davon, dass Jüdinnen_Juden ihre Kippa oder ihre Kette mit Davidstern in der Öffentlichkeit abnehmen bzw. verbergen, wird in zahlreichen Gesprächen berichtet – ebenso wie von anderen Arten, die eigene Sichtbarkeit als Jüdinnen_Juden zu vermeiden (BB_1, BB_2, BB_3, BB_9_6, BB_8, BB_10, BB_12, BB_13). Es wurde sogar berichtet, dass eine jüdische Gemeinde darauf verzichtet, ihre Räumlichkeiten sichtbar auszuschildern (BB_3). Eine_r Befragte_r erzählt, dass selbst in gemeindeinternen Fortbildungen dazu geraten wird, in der Öffentlichkeit keine Kippa zu tragen (BB_2). Ein_e Befragte_r berichtet, die Kippa selbst erst in der Synagoge aufzusetzen, nicht aber auf dem Weg dorthin (BB_8). Diese Umgangsweise ist u.a. geprägt von Erfahrungen mit Antisemitismus im jeweiligen Herkunftsland (siehe Abschnitt 4.4.1.). Jüngere Befragte, die keine vergleichbaren Erfahrungen, etwa mit Antisemitismus in der Sowjetunion gemacht haben oder Befragte, die in Israel aufgewachsen sind, zeigen hingegen eine ganz andere Strategie: Sie zeigen ihre jüdische Identität auch selbstbewusst in der Öffentlichkeit (BB_7, BB_8, BB_9, BB_11). Dieses Selbstbewusstsein stößt dann wiederum bei älteren Jüdinnen_Juden teilweise auf Kritik – so auch bei einigen Befragten (BB_10):

„Man kann [...] seine Zugehörigkeit demonstrieren. Wenn man sich im Rahmen des Klugen bewegt. Ich weiß, dass es solche coolen junge Leute gibt, die so goldene Davidsterne tragen mit offenen Hemd auf so einer Kette. Oder Frauen, die einen Davidstern tragen in Ohrringen oder andere Symbole des Judentums, einschließlich der Kippa. [...] Aber, wenn ich nach Berlin fahre, dann ziehe ich ein Käppi über die Kippa an. Weil dies Ärger hervorrufen kann bei anderen Menschen. Warum sollte ich andere Leute ärgern. [...] Ich kann spazieren gehen in dem Anblick. Aber ich finde nicht, dass man das täglich tun muss.“ (BB_10)

Ein_e Befragte_r gibt an, die Entscheidung, sich auf der Straße als jüdisch erkennbar zu zeigen, je nach gesellschaftlicher Stimmungslage zu treffen (BB_13).

Im Unterschied zu Befragungen mit Jüdinnen_Juden in anderen Bundesländern, die RIAS durchgeführt hat, ist bei den meisten Interviewten in Brandenburg keine Tendenz erkennbar, bestimmte Gebiete zu meiden, die als unsicher für Jüdinnen_Juden gelten. Nur eine einzige Gemeinde organisiert Fahrgemeinschaften, damit Gemeindemitglieder nicht unbegleitet zum Gottesdienst gehen müssen (BB_2). Ein_e andere_r Interviewte_r ist der Ansicht, dass manche Gemeindemitglieder bestimmte Stadtteile meiden würden, da dort mehr Geflüchtete untergebracht seien. So habe es dort einen Vorfall gegeben, bei dem ein Gemeindemitglied von einem arabisch sprechenden Mann angeschrien worden sei (BB_11). Genaueres zu diesem Vorfall, insbesondere zur Frage, welche Motivation dem Vorfall zugrunde lag, konnte jedoch

nicht ermittelt werden. Allerdings vermuten mehrere Befragte, dass es bestimmte Gebiete in Brandenburg gebe, in denen eine stärkere rechtsextreme Szene agiert, weshalb dort im öffentlichen Raum eher mit Anfeindungen zu rechnen sei (BB_9, BB_11). In ihren Gemeinden fühlen sich die Befragten hingegen sicher. Die Gemeinde aus Angst vor Übergriffen zu meiden ist für einige Befragte explizit keine Option (BB_1, BB_3, BB_9_6, BB_11). In zwei anderen Interviews vermuteten Befragte dagegen explizit, dass es Gemeindemitglieder geben könnte, die aus dieser Angst heraus keine Veranstaltungen der Gemeinde besuchen (BB_1, BB_7, BB_9). Als Grund führen sie neben psychischen Problemen der Betroffenen Barrieren beim Zugang zu den Gemeinderäumlichkeiten an.

Auch von einem Wechsel des Wohnortes oder gar von Überlegungen einer Auswanderung nach Israel konnte keine_r der Befragten berichten. Zwar würden vor allem jüngere Jüdinnen_Juden die Region verlassen – die Gründe hierfür seien aber in den meisten Fällen wirtschaftliche (Ausbildungsplatz, Studium oder Arbeitsstelle). Ein_e Befragte_r berichtet jedoch von Familien, die nach Israel ausgewandert seien, weil ihre Bedürfnisse nach einem jüdischen Leben vor Ort nicht hätten befriedigt werden können (BB_4).

Die zum Teil sehr unterschiedlichen Erfahrungen mit Antisemitismus führen vielfach zu einer Verunsicherung sowie zu einem Konflikt zwischen dem Bestreben, eine direkte Konfrontation mit Antisemitismus oder gar eine Gefährdung zu vermeiden einerseits, und dem Wunsch, der eigenen jüdischen Identität Ausdruck verleihen zu wollen andererseits. Eine Strategie, dem Phänomen Antisemitismus keine unnötige Aufmerksamkeit zu widmen, scheint dabei auch die Bagatellisierung antisemitischer Vorfälle zu sein. So vertritt ein_e Befragte_r die Meinung, Antisemitismus sei erst dann ein Problem, auf das man reagieren müsse, wenn es kontinuierlich auftrete – alles andere sei, so wörtlich, „Pillepalle“ (BB_11). In ähnlicher Weise machten auch andere Befragte trivialisierende Aussagen über antisemitische Vorfälle, die sich in ihrer Gemeinde ereignet hatten. Die Mehrheit der Befragten hielt es dennoch für richtig, derlei Taten polizeilich anzuzeigen oder zumindest innerhalb der Gemeinde zu kommunizieren.

4.5.3.

Institutionelle Handlungsstrategien

Neben Anzeigen antisemitischer Vorfälle bei der Polizei bzw. deren Meldung bei zivilgesellschaftlichen Stellen sowie den beschriebenen individuellen Strategien im Umgang mit Antisemitismus kommen in den Interviews auch institutionelle Strategien der jüdischen Gemeinden und Institutionen zur Sprache. Hierzu zählen in erster Linie bauliche Sicherheitsvorrichtungen (u.a. Gitter, Videoüberwachung) oder die Einrichtung eines eigenen Sicherheitsdienstes. Eine jüdische Gemeinde, die sich sonst in ihrer Stadt sehr sicher fühlt, berät seit dem Attentat auf eine Synagoge im US-amerikanischen Pittsburgh im Oktober 2018 über die Einführung von Sicherheitsmaßnahmen (BB_11). Auch Fragen des polizeilichen Schutzes spielen für sämtliche Befragten eine Rolle. Die Notwendigkeit hoher Sicherheitsstandards wird in den Gesprächen mehrfach betont (BB_2, BB_9_6, BB_7, BB_12). Mehrfach wird dabei bemängelt, dass Polizei und Politik keine ausreichenden finanziellen Mittel für Sicherheitsmaßnahmen bereitstellen würden. Dadurch seien die jüdischen Gemeinden gezwungen, ihre geringen eigenen Mittel für die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen aufzuwenden. (BB_2, BB_3, BB_9_6, BB_9, BB_10).

Angesichts der erhöhten Aufmerksamkeit der Befragten für institutionelle Formen von Antisemitismus könnte die Zurückhaltung im Umgang mit Antisemitismus so interpretiert werden: Die Befragten pflegen einen wenig konfrontativen Umgang mit Antisemitismus, da sie aus ihrer Sicht in einem Abhängigkeitsverhältnis zu staatlichen Institutionen stehen. Wie in Kapitel 4.4.1 beschrieben, erbringen die Gemeinden nach Aussagen einiger Befragter eine doppelte Integrationsleistung. Sie integrieren einerseits ihre Mitglieder in die jüdische Community bzw. in die jüdische Religion und Kultur und integrieren sie andererseits in die deutsche Gesellschaft. Bei beiden Aufgaben sind sie auf die Kooperationsbereitschaft und die finanzielle Unterstützung durch staatliche Institutionen angewiesen. Dies könnte Einfluss darauf haben, wie offen sie Kritik am Handeln staatlicher Institutionen artikulieren.

4.5.4. Wahrnehmung von Unterstützungsangeboten

Die in Brandenburg vorhandenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Unterstützungsangebote werden von den befragten jüdischen Akteur_innen sehr unterschiedlich wahrgenommen und bewertet.

Zu den nicht-jüdischen, zivilgesellschaftlichen Beratungsangeboten gehören die juristische Beratung (BB_1, BB_3, BB_9_6, BB_7, BB_8), die psychosoziale Beratung (BB_1, BB_3, BB_7, BB_8) sowie die Antidiskriminierungs- (BB_3, BB_7, BB_8, BB_13) oder Betroffenenberatung (BB_3, BB_7, BB_11, BB_13). All diese zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote sind der großen Mehrheit der Befragten weitestgehend unbekannt. Nur jeweils zwei Interviewten waren die Angebote der „Opferperspektive e.V.“ (BB_2, BB_3) und des „Mobilen Beratungsteams im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung“ (BB_2, BB_9) bekannt. In einmal Fall war die Einrichtung nur bekannt, weil sie proaktiv eine aufsuchende Beratung bei einer jüdischen Gemeinde vorgenommen hatte und sich nach einem Vorfall von selbst an die jüdische Gemeinde gewendet hatte. Psychosoziale Beratung wird von jüdischen Gemeinden vielfach selbst angeboten (BB_2, BB_7), jedoch nicht in allen Fällen speziell für Betroffene von Antisemitismus, sondern eher allgemein als Seelsorge und Unterstützung in persönlichen Krisensituationen. Mehrere Interviewte gaben zudem an, auf juristische und psychosoziale Beratungsangebote zurückzugreifen, die entweder von den Gemeinden organisiert sind oder zumindest von diesen nahestehen Institutionen (BB_1, BB_4) – dazu gehören auch Angebote der ZWST (BB_3, BB_7).

Bezüglich der individuellen und institutionellen Umgangsweisen mit Antisemitismus ist festzuhalten, dass jüdische Akteur_innen in Brandenburg durchaus über eine Vorstellung vom Umgang mit antisemitischen Vorfällen verfügen. In vielen Interviews geben Befragte an, dass bei antisemitischen Vorfällen die Polizei (BB_1, BB_2, BB_3, BB_9_6, BB_9, BB_10), kommunale Behörden (BB_2, BB_9_6, BB_7, BB_10) oder Strukturen innerhalb der jüdischen Gemeinde (BB_2, BB_9_6, BB_7) bzw. des Zentralrats der Juden (BB_2, BB_9_6) informiert würden. Jedoch nehmen die meisten Interviewten hierbei kaum externe professionelle Unterstützung in Anspruch, insbesondere nicht von Stellen der nicht-jüdischen Zivilgesellschaft. Gründe hierfür sind die mangelnde Bekanntheit der Angebote, das zum Teil mangelnde Vertrauen in Akteur_innen der nicht-jüdischen Zivilgesellschaft sowie der Eindruck, Probleme am besten selber lösen zu können, etwa mithilfe eigener, positiv bewerteter Kontakte zur lokalen Politik. Allerdings wird die Sinnhaftigkeit der unterschiedlichen Beratungsangebote in den Interviews durchweg betont.

4.6. Bedarfe

Nach der Beschreibung der Wahrnehmungen der befragten jüdischen Akteur_innen von ihren Beziehungen zu Stadt- und Zivilgesellschaft, von Antisemitismus, den Einflussfaktoren hierfür sowie den verschiedenen Strategien des Umgangs mit Antisemitismus soll abschließend der Blick nach vorn gerichtet werden: Welche Bedarfe formulieren die Interviewten für die zukünftige Auseinandersetzung mit Antisemitismus?

Aus Sicht der Befragten eignen sich als Mittel zur Bekämpfung des Antisemitismus vor allem Möglichkeiten der Begegnung nicht-jüdischer Menschen mit Jüdinnen_Juden sowie Informationsangebote zur Geschichte und Aktualität jüdischen Lebens in Deutschland, aber auch zu aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus sowie zu religiösen Aspekten des Judentums (BB_4, BB_8, BB_9, BB_10, BB_11, BB_13). Gerade in Schulen sei es notwendig, entsprechende Kenntnisse zu vermitteln (BB_2, BB_4, BB_8, BB_9, BB_11). Viele Befragten führen Antisemitismus auf fehlendes Wissen über Jüdinnen_Juden bzw. das Judentum zurück. Ein_e Interviewte_r formuliert dies folgendermaßen:

„Die Leute haben meistens nie einen Juden gesehen. [...] Und ich glaube viele Leute müssen mit Juden einfach mal in Kontakt kommen.“ (BB_13)

All diese Projekte und Angebote, so die Befragten, müssten unter Berücksichtigung der Perspektive von Jüdinnen_Juden entwickelt werden (BB_2). Zudem solle stets eine Zusammenarbeit mit jüdischen Gemeinden bzw. Organisationen auf Augenhöhe angestrebt werden (BB_9).

Stellenweise formulieren die Befragten auch konkrete Anforderungen an eine mögliche zukünftige zivilgesellschaftliche Meldestelle für antisemitische Vorfälle in Brandenburg (BB_9, BB_11). Als zentral wird dabei ein vertrauensvolles Verhältnis zur jüdischen Community erachtet (BB_2, BB_10, BB_11), ebenso wie eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen sowie eine präventive Ausrichtung (BB_9). Auch eine ausreichende fachliche Expertise in Bezug auf Antisemitismus müsse vorhanden sein (BB_9). Darüber hinaus solle eine solche Meldestelle auch konkrete Unterstützung im Umgang mit antisemitischen Vorfällen leisten. Außerdem wird die Möglichkeit einer mehrsprachigen Beratung, vorzugsweise auf Russisch, angemahnt (BB_1, BB_7).

4.7. Zusammenfassung

Im Herbst 2018 hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – Bundesweite Koordination (RIAS – BK) zwölf Interviews mit jüdischen Akteur_innen in Brandenburg geführt. Themen der Gespräche waren die Wahrnehmungen der Befragten von Antisemitismus, ihre Vernetzung in die Stadt- und Zivilgesellschaft, ihre Strategien im Umgang mit antisemitischen Vorfällen, ihr Anzeige- und Meldeverhalten sowie ihre Wünsche und Bedürfnisse in Bezug auf die zukünftige Bekämpfung von Antisemitismus. Aus den Interviews ergibt sich, dass die Mehrheit der Befragten in ihrem Alltag mit Antisemitismus

konfrontiert ist – dieser ist für sie oftmals ein alltagsprägendes Phänomen. Die Mehrheit der Interviewten war bei der Schilderung antisemitischer Vorfälle eher zurückhaltend, insbesondere in Bezug auf Vorfälle, die sich gegen Personen richteten. Diese Zurückhaltung ist vor dem Hintergrund von Einflussfaktoren zu betrachten, welche die Sichtweise der Befragten zu Antisemitismus prägen. Ein häufig wiederkehrendes Muster, das als Migrationserfahrung beschrieben wird, sind Erfahrungen mit offenem, institutionalisiertem Antisemitismus in den jeweiligen Herkunftsländern der Befragten, meist der (ehemaligen) Sowjetunion. Diese prägen bis heute den Umgang der Befragten mit Antisemitismus auch in Deutschland. Gerade die Sorge, von institutionalisierten Formen des Antisemitismus betroffen zu werden, führt mitunter zu einer Trivialisierung und Bagatellisierung antisemitischer Vorfälle sowie anderer Erfahrungen mit Antisemitismus, welche die Befragten nahezu alltäglich machen. Im Vergleich zum Antisemitismus, den sie in ihren Herkunftsländern erlebt haben, erscheinen vielen Befragten die antisemitischen Vorfälle in Brandenburg als weniger gravierend.

Dabei sind Jüdinnen_Juden in Brandenburg – das legen die Schilderungen der Befragten nahe – eher selten von direkten antisemitischen Angriffen, aber dafür von gezielten Sachbeschädigungen, verletzendem Verhalten oder Bedrohungen betroffen. Derartige antisemitische Vorfälle ereignen sich selten auf offener Straße, in Geschäften oder in der Gastronomie. Meist richten sie sich gegen jüdische Gemeinden und Institutionen, Friedhöfe sowie Gedenkstätten – also gegen Orte, an denen jüdisches Leben bzw. die Erinnerung daran sichtbar wird. Dieser Befund aus den Interviews wird ergänzt durch Analysen der polizeilichen Statistik antisemitischer Straftaten in Brandenburg von 2014–2018. Danach findet zwar eine Vielzahl dieser Straftaten im öffentlichen Raum statt (24 %), Allerdings fällt auch in der polizeilichen Statistik ein häufiger Tatort auf: 8 % der antisemitischen Straftaten richten sich gegen jüdisches Eigentum bzw. gegen Gedenkorte.

Grundsätzlich schätzen die befragten jüdischen Akteur_innen bzw. Vertreter_innen jüdischer Gemeinden in Brandenburg die Situation in ihrem Ort als recht positiv ein – zumindest im Vergleich zu ihrer Wahrnehmung von der Situation in anderen Ländern, Regionen oder Städten. Gleichzeitig wird jedoch in einer Vielzahl der Interviews eindrücklich eine antisemitische Grundstimmung beschrieben, ein alltäglicher Antisemitismus, mit dem sich die Befragten konfrontiert sehen.

Mehrere Befragte nehmen rechtsextreme Gruppen oder Einzelpersonen als wesentliche antisemitische Akteur_innen wahr. Auch islamisch legitimierte Antisemitismus stufen die Befragten als sehr relevant ein. Dies geschieht ohne erkennbare regionale Unterschiede, obwohl vor Ort teilweise nur wenige entsprechende antisemitische Vorfälle bekannt sind.

Hinsichtlich der unterschiedlichen Erscheinungsformen von Antisemitismus (u.a. antisemitisches Othering, antijudaistischer Antisemitismus, moderner Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus oder israelbezogener Antisemitismus) lassen sich keine wesentlichen Unterschiede zwischen Brandenburg und anderen Bundesländern feststellen. Sämtliche Erscheinungsformen werden von Jüdinnen_Juden in Brandenburg wahrgenommen, allerdings mit Ausnahme des Post-Schoa-Antisemitismus, der in den Interviews deutlich

häufiger Erwähnung findet. Insbesondere das antisemitische Othering führt nach Ansicht der Befragten zu einer Verschränkung mit anderen Diskriminierungsformen, etwa einer Stigmatisierung als Migrant_innen. Auch bei der Analyse der unterschiedlichen Erscheinungsformen von Antisemitismus in der PMK-Statistik und der Statistik der Zivilgesellschaft fallen der Post-Schoa-Antisemitismus und das antisemitische Othering besonders ins Gewicht (siehe Kapitel 5.1.3.2). Allerdings muss hier unterschieden werden zwischen Vorfällen, die sich gegen Jüdinnen_Juden richten und jenen, die sich gegen nicht-jüdische Personen richten, die als jüdisch adressiert werden um diese abzuwerten.

Ihr Verhältnis zur Politik sowie zu staatlichen Behörden wie der Polizei bewerten die Befragten als ausgesprochen positiv. Die Beziehungen in die Stadt- und Zivilgesellschaft, sowie zu anderen religiösen Institutionen werden in vielen Interviews zwar zurückhaltend, aber dennoch insgesamt positiv bewertet. Die Interviewten berichten häufig von positiven Erfahrungen mit der Polizei. Nur in wenigen Interviews wird Kritik am Vorgehen der Polizei laut, etwa an einer trägen Kommunikation bei antisemitischen Vorfällen oder an unzureichenden (finanziellen) Ressourcen für den dauerhaften Schutz von Gemeinden.

Zivilgesellschaftliche Angebote, etwa der Beratung bei antisemitischen Vorfällen, sind nur wenigen Befragten bekannt. Als Ausnahmen können hier allein die „Opferperspektive“ und das „Mobile Beratungsteam“ gelten, die jeweils mehrfach erwähnt werden.

Bezüglich der individuellen Umgangsweisen mit Antisemitismus überwiegt bei den Jüdinnen_Juden in Brandenburg nach Ansicht der Befragten die Strategie, eine Erkennbarkeit als jüdische Personen in der Öffentlichkeit zu vermeiden. Diese Strategie sei jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt und gerade bei Älteren – wie bereits geschildert – häufig von den jeweiligen Erfahrungen mit Antisemitismus in den Herkunftsländern geprägt.

Die institutionellen Handlungsstrategien jüdischer Gemeinden und Institutionen in Bezug auf Antisemitismus bestehen vor allem in baulichen Sicherheitsmaßnahmen, in der Sensibilisierung von Mitgliedern bzw. Zielgruppen sowie in Maßnahmen der Antisemitismus-Prävention. Dazu gehören neben dem Bildungsbereich interreligiöse Begegnungen. Viele Gemeinden öffnen sich gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und vermitteln offensiv Wissen über jüdische Geschichte und aktuelles jüdisches Leben in Brandenburg. Vor allem Bildungseinrichtungen werden als wichtiges Interventionsfeld angesehen. Dementsprechend pflegen die Befragten ihre Kontakte zu diesen Institutionen.

Mit Blick auf die zukünftige Bekämpfung von Antisemitismus wünschen sich die Befragten neben der Schaffung einer zivilgesellschaftlichen Meldestelle für antisemitische Vorfälle in Brandenburg ein verbessertes Monitoring von Antisemitismus, eine verstärkte Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen auf Augenhöhe sowie einen besseren Zugang zu professionellen Unterstützungsangeboten. Für eine zu schaffende Meldestelle sei ein vertrauensvolles Verhältnis zur jüdischen Community notwendig, ebenso wie die Einbeziehung jüdischer Perspektiven und Institutionen in die Bildungsarbeit sowie fremdsprachige Angebote, insbesondere auf Russisch.

5. Antisemitismus in Brandenburg aus staatlicher und zivilgesellschaftlicher Perspektive

Für zivilgesellschaftliche Recherche- und Beratungsprojekte ist die Berücksichtigung polizeilicher Statistiken über antisemitische Straftaten dringend geboten. Zum einen, weil sie in der politischen und medialen Öffentlichkeit die wichtigste Referenz für die Bewertung von Antisemitismus sind und zum anderen aufgrund ihrer seit über 15 Jahren bundesweit einheitlichen Erhebungsweise. Diese macht sie zur einzigen verlässlichen Erfassung antisemitischer Straftaten, die Auskunft sowohl über statistische Entwicklungen in der gesamten Bundesrepublik als auch über regionale Besonderheiten geben kann.

Dennoch haben die Analysen der polizeilichen Statistik für „politisch motivierte Kriminalität“ (PMK-Statistik) durch RIAS Berlin in den vergangenen fünf Jahren ergeben, dass die Aussagekraft der Daten gewissen Einschränkungen unterliegt. Dies wurde durch den Bericht des Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus (UEA) an den Deutschen Bundestag in weiten Teilen bestätigt.³¹ Zwischen der Wahrnehmung von Antisemitismus durch die Betroffenen und der Perspektive staatlicher Akteur_innen wie Polizei- und Sicherheitsbehörden besteht häufig ein Spannungsverhältnis: Eine Wahrnehmungsdiskrepanz kann sich beispielsweise durch eine geringe Anzeigequoten, durch Schwierigkeiten bei der Klärung des Tatmotivs oder durch die fehlerhafte Zuordnung zu einem politischen Spektrum („Phänomenbereich“) ergeben. Die folgenden Ausführungen (Kapitel 5.1.–5.4.) sind daher vor allem als Lesehilfe zu verstehen, die eine Einordnung der PMK-Statistik für die Öffentlichkeit erleichtern soll. Sie sollen den Wert und das grundsätzliche Anliegen dieser Statistik nicht infrage stellen. Die folgende Problematisierung der PMK-Daten bezieht sich daher nicht nur auf das Land Brandenburg. Sie dient auch bundesweit der Einordnung der Erfassung antisemitischer Straftaten durch die Landeskriminalämter und das Bundeskriminalamt (BKA). Im Folgenden wird daher gezielt darauf eingegangen, inwiefern die jeweiligen strukturellen Probleme auch für Brandenburg relevant sind.

Im Folgenden werden zunächst grundlegende Begriffe und Verfahrensweisen der PMK-Statistik vorgestellt (5.1.). Daran anschließend wird die Problematik des Dunkelfeldes nicht angezeigter Straftaten (5.2.), die Schwierigkeit der Motiverklärung (5.3.), die Besonderheiten bei der Erfassung antisemitischer Straftaten mit Bezug zum Nahost-Konflikt (5.4.) und schließlich die Zuordnung der Straftaten nach politischen Spektren (sogenannte „Phänomenbereiche“) erläutert (Abschnitt 5.5.). Daraufhin werden in Abschnitt 5.6. die vom Brandenburger Landeskriminalamt übermittelten Datensätze vorgestellt und in Hinblick auf verschiedene Merkmale analysiert, und zwar nach den Deliktsarten (5.6.1.), der Prävalenz in spezifischen Raumtypen (5.6.2.), der geographischen Verteilung (5.6.3.) sowie den Tatverdächtigen (5.6.4.). In Abschnitt 5.7. erfolgt ein Abgleich mit der Erfassung antisemitischer Vorfälle durch zivilgesellschaftliche

31 Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht des UEA, S. 30–54.

Stellen. Die zusätzliche Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Statistiken sowie der Vergleich zwischen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Erfassung antisemitischer Vorfälle bilden eine wichtige quantitative Grundlage für die Bewertung des Anzeige- und Meldeverhaltens der von Antisemitismus Betroffenen in Brandenburg. Die Analyse der übermittelten zivilgesellschaftliche Datensätze basiert auf der von RIAS – BK entwickelten Unterscheidung von Vorfallstypen (5.7.1.), antisemitischen Erscheinungsformen (5.7.2.) und spezifischen Tatorten (5.7.3.). Abschließend wird anhand einiger Beispiele die Notwendigkeit eines zivilgesellschaftlichen Monitorings antisemitischer Vorfälle als Ergänzung zur polizeilichen Erfassung begründet (5.8.).

5.1. Lesehilfe für die polizeiliche Statistik

Seit Beginn ihrer Arbeit setzt sich RIAS Berlin intensiv mit der Erfassung sogenannter „antisemitischer Straftaten“ in der „Statistik für politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) auseinander. Dazu gehören Analysen der statistischen Verfahren und der Aussagekraft der Daten, aber auch Gespräche mit Beamt_innen des Berliner LKA und des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD). Die PMK basiert auf bundeseinheitlichen Vorgaben, aufgestellt vom Bundesministerium des Innern (BMI) und dem ihm nachgeordneten Bundeskriminalamt (BKA). In der PMK werden sämtliche Straftaten einem politischen Spektrum zugeordnet – dem sogenannten „Phänomenbereich“. Seit Januar 2017 wird zwischen den Phänomenbereichen „Rechts“, „Links“, „ausländische Ideologien“, „religiöse Ideologien“³² und „Sonstige“ unterschieden. Jede registrierte Straftat („Zähldelikt“) wird zusätzlich einem oder mehreren Themenfeldern zugeordnet. Dabei sind „antisemitische Straftaten“, wie auch „fremdenfeindliche Straftaten“ eine Unterkategorie des Themenfeldes „Hasskriminalität“.³³

Die PMK ist eine sogenannte Eingangstatistik, d.h. sie enthält Angaben zum Zeitpunkt des Eingangs einer Anzeige bei der entsprechenden Polizeibehörde sowie später eingehende Ergebnisse aus den polizeilichen Ermittlungen. Eine spätere Korrektur von Einträgen etwa, weil sich im Zuge eines Gerichtsverfahrens neue Erkenntnisse über die Motivation für eine Straftat ergeben haben, findet nur selten statt. Die Staatsanwaltschaften sind nicht verpflichtet, ihre Erkenntnisse oder Beurteilungen an die Polizeibehörden zu übermitteln. Wurden Straftaten erst später zur Anzeige gebracht oder durch einzelne Behördenteile übermittelt, so können Straftaten in einigen Bundesländern auch nach Ablauf eines Kalenderjahres rückwirkend in die jeweilige Jahresstatistik aufgenommen werden. In Brandenburg wird im Unterschied dazu die Statistik des Vorjahres zum 30. Januar geschlossen. Die statistischen Ergebnisse für das gesamte Bundesland werden zu diesem Zeitpunkt gewissermaßen eingefroren, auch wenn noch polizeiliche Ermittlungen zu Straftaten aus dem Vorjahr laufen. Alle in der PMK gezählten Delikte werden als „Lebenssachverhalt“ beschrieben. Diese können mitunter relativ komplexe Tathergänge beschreiben. Ein Lebenssachverhalt bezieht sich immer auf den Straftatbestand mit der höchsten Strafandrohung. Ruft z.B. auf einer Demonstration eine definierbare Personengruppe antisemitische Parolen und bedroht parallel dazu umstehende Passant_innen und begeht zusätzlich noch eine gemeinschaftliche Körperverletzung, so wird nur die Körperverletzung in der PMK als ein sogenanntes Zähldelikt aufgeführt. Grundsätzlich

32 Vor der Einführung der Phänomenbereiche „religiöse“ und „ausländische Ideologien“ zum 1.1.2017 gab es neben den Phänomenbereichen „rechts“, „links“ und „sonstige“ den relativ undifferenzierten Bereich „Ausländer“.

33 Vgl. Dorina Feldmann / Christoph Kopke / Gebhard Schultz: Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg (1990–2008). Zur Problematik der statistischen Erfassung politisch motivierter Kriminalität. In: Wolfgang Frindte / Daniel Geschke / Nicole Haußecker / Franziska Schmidtke (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen. Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 348.

werden die PMK-Statistiken von den Landeskriminalämtern nicht in detaillierter Form veröffentlicht. Die Ergebnisse fließen aber in polizeiinterne Lagebilder sowie in jährlich veröffentlichte Berichte über politisch motivierte Kriminalität mit ein.

5.2. Hohe Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle

Die PMK gibt nur Auskunft über tatsächlich angezeigte Straftaten. Viele antisemitische Vorfälle sind strafrechtlich nicht relevant. Aber auch strafrechtlich relevante Vorfälle werden häufig nicht angezeigt. Ein großer Teil der betroffenen Jüdinnen_Juden meidet den Weg zur Polizei. Die PMK-Statistik liefert daher immer nur eine Aussage über das sogenannte Hellfeld – also die Zahl der tatsächlich angezeigten Straftaten.

Das Problem des sogenannten Underreportings, also des Nicht-Meldens oder Nicht-Anzeigens antisemitischer Vorfälle wurde erstmals 2013 von der European Agency for Fundamental Rights (FRA) adressiert. In einer europaweiten Studie befragte die FRA unter anderem 500 Jüdinnen_Juden in Deutschland. 26 % von ihnen gaben an, in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung wegen ihres Jüdisch-Seins beleidigt oder beschimpft worden zu sein. 76 % dieser Betroffenen hatten den aus ihrer Sicht jeweils schwerwiegendsten Vorfall aber weder bei der Polizei angezeigt noch einer zivilgesellschaftlichen Organisation mitgeteilt.³⁴ Laut einer Umfrage der FRA von 2018 hat sich die Anzeigebereitschaft in den fünf Jahren nach der vorherigen Studie sogar noch weiter verschlechtert.³⁵ Befragt nach den Gründen für ihr Meldeverhalten gab die Mehrheit der Betroffenen an, dass eine Meldung aus ihrer Sicht nichts ändern würde, dass ihnen so etwas ständig passiere, dass sie selbst damit zurecht kämen oder dass eine Anzeige bei der Polizei bzw. die Meldung bei einer zivilgesellschaftlichen Organisation ihnen zu bürokratisch oder zeitaufwändig sei.³⁶ Zu ganz ähnlichen Ergebnissen bezüglich des Underreporting kam eine Online-Befragung von 2016. 72 % der 535 Jüdinnen_Juden in Deutschland, die sich daran beteiligten, gaben an, „einen besonders ausgeprägten Fall von Antisemitismus“ nicht oder eher nicht bei der Polizei angezeigt bzw. bei einer Beschwerdestelle oder Gemeinde gemeldet zu haben.³⁷ In Deutschland existiert bereits seit den 1970er Jahren eine sogenannte Dunkelfeldforschung. Diese erhebt systematisch das Ausmaß nicht-angezeigter Viktimisierungserfahrungen und die Gründe hierfür. Dennoch wurden entsprechende Studien in jüngster Zeit lediglich in Niedersachsen und Schleswig-Holstein durchgeführt. Die Kriminologische Forschungsstelle (KFST) des LKA Niedersachsen hat in ihrer dritten Dunkelfeldstudie 2017 erstmals auch „Hasskriminalität“ gesondert erfasst.³⁸ Die Ergebnisse wurden im Februar 2018 gemeinsam mit den Analysen des Hellfelds, also der polizeilichen Kriminalitätsstatistik für Niedersachsen präsentiert. Dabei wurde eine Anzeigequote errechnet, die sich aus dem Verhältnis der „angezeigten Opfererfahrungen“ zur Anzahl der „erlebten Opfererfahrungen“ ergibt.³⁹ Der Abgleich mit den polizeilich registrierten Fällen

34 Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights (FRA): Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-factsheet-jewish-people-experiences-discrimination-and-hate-crime-eu_de.pdf (Zugriff am 26.9.2017), S. 4 f.

35 Ebd.

36 Vgl. ebd. S. 51–55.

37 Andreas Zick / Andreas Hövermann / Silke Jensen / Julia Bernstein: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf (Zugriff am 9.6.2018).

38 Landeskriminalamt Niedersachsen. Kriminologische Forschung und Statistik. Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. Bericht zu Kernbefunden der Studie. <https://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie---befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html> (Zugriff am 15.5.2018).

39 Ebd. S. 53.

erlaubt eine Hochrechnung über das Dunkelfeld – und somit über das ungefähre tatsächliche Ausmaß der „Hasskriminalität“. In der polizeilichen Kriminalitätsstatistik für Niedersachsen 2016 waren 867 angezeigte Straftaten aus dem Bereich „Hasskriminalität“ aufgeführt. Die Anzeigequote in diesem Bereich betrug jedoch lediglich 12 %. Die Studie geht also davon aus, dass 88 % der „Opfererfahrungen“ nicht angezeigt werden. Das tatsächlich angenommene Ausmaß der „Hasskriminalität“ in Niedersachsen lag somit 2016 hochgerechnet bei 7.225 Straftaten. Wenngleich das Problem des Dunkelfelds auf sämtliche Bereiche der Kriminalität zutrifft, scheint es gerade bei „Hasskriminalität“ eine besonders große Rolle zu spielen. Die Anzeigequote ist hier – nach Sexualdelikten (6 %) – mit Abstand am geringsten. Besondere Herausforderungen bei der polizeilichen Verfolgung von „Hasskriminalität“ ergeben sich auch aus den Gründen für das Unterlassen einer polizeilichen Anzeige. Laut der Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017 gaben Opfer von „Hasskriminalität“ als Gründe für eine Nicht-Anzeige häufiger als jede andere untersuchte Opfergruppe schlechte Erfahrungen mit der Polizei (22,8 %), zu viel Mühe, die Polizei einzuschalten (19,3 %) oder die Angst vor einem Gerichtsprozess (8,2 %) an. Jedes vierte Opfer von „Hasskriminalität“ benannte als Motiv für das Unterlassen einer Anzeige, Ruhe haben und das Erlebnis vergessen zu wollen (25,7 %). 13,2 % nannten als Grund Angst vor dem_der Täter_in.⁴⁰ Auch wenn die Dunkelfeldstudien in Niedersachsen und Schleswig-Holstein nicht gezielt antisemitische Straftaten untersucht haben, verdeutlichen ihre Ergebnisse doch die Notwendigkeit regelmäßiger entsprechender Erhebungen. Diese könnten die polizeiliche Kriminalstatistik ergänzen und so eine genauere Bestimmung des Ausmaßes von „Hasskriminalität“ ermöglichen – sowohl allgemein als auch bezogen auf antisemitisch motivierte Straftaten.

5.3. Erkennen des antisemitischen Motivs von angezeigten Straftaten

Ob eine angezeigte Straftat auch den zuständigen Landeskriminalämtern gemeldet wird und als solche vom polizeilichen Staatsschutz verfolgt wird, hängt in hohem Maß von den einzelnen Beamt_innen ab, die eine Anzeige entgegen nehmen, von ihren Erfahrungen, ihrem Kenntnisstand und ihrer Sensibilität.⁴¹ Der UEA diagnostiziert in diesem Zusammenhang eine Vermeidungsstrategie bei der Polizei: Demnach würden selbst bei offensichtlichen antisemitischen Tatmotiven häufig andere, nicht-politische Tathintergründe angenommen.⁴² Beispielsweise wurde RIAS Berlin im Juli 2016 eine Bedrohung mit einem Messer auf einem Berliner U-Bahnhof gemeldet, der antisemitische Beschimpfungen vorausgegangen waren. Trotz einer Anzeige tauchte der Vorfall nicht in der PMK-Statistik auf. Die anzeigende Person hatte bereits bei der Vernehmung vor Ort den Eindruck, dass die Polizeibeamt_innen, die die Anzeige aufnahmen, den antisemitischen Äußerungen keine sonderliche Aufmerksamkeit schenkten – obwohl diese letztlich tatauflösend für die Stichbewegungen mit dem Messer waren. Aufgrund dieses und anderer Beispiele, die RIAS Berlin bekannt sind, kann zudem davon ausgegangen werden, dass das Wissen über die Zählweise in der PMK auch die Aufmerksamkeit der ermittelnden Beamt_innen beeinflusst. In dem beschriebenen Fall schenkten die Beamt_innen den antisemitischen Äußerungen schon bei der Aufnahme der Anzeige weniger Aufmerksamkeit, als der Bedrohung mit dem Messer, da diese einer höheren Strafandrohung

40 Ebd. S. 63.

41 Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht des UEA, S. 33.

42 Ebd. S. 32.

unterliegt. Da der antisemitische Bezug der Tat durch die ermittelnden Beamt_innen nicht berücksichtigt wurde, erfolgte auch keine Übermittlung dieses Vorfalles an den eigentlich zuständigen polizeilichen Staatsschutz. Daher wurde die Tat auch nicht in der PMK-Statistik registriert.⁴³

Ein weiterer Grund für die großen Ermessensspielräume bei der Bestimmung eines antisemitischen Motivs ist der unscharfe begriffliche Referenzrahmen, mit dem die Polizeibehörden antisemitische Straftaten statistisch erfassen. Bis zur Empfehlung der sogenannten „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ (Siehe Kapitel 1) durch die Bundesregierung 2017 lautete die einzige inhaltliche Orientierung bei der Einordnung antisemitischer Straftaten seitens des Bundesministeriums des Innern (BMI):⁴⁴ „Darunter sind nach der Erläuterung im Definitionssystem zur politisch motivierten Kriminalität Straftaten zu subsumieren, die aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen werden.“⁴⁵ Diese Formulierung hat sich angesichts der vielfältigen Erscheinungsformen von Antisemitismus, der häufigen Verwendung sprachlicher Codes (etwa im Kontext von Verschwörungsmysmen oder israelbezogenem Antisemitismus) sowie den damit verbundenen kommunikativen Strategien, dem Vorwurf des Antisemitismus entgegenzutreten, als unzureichend erwiesen. Des Weiteren setzt der Passus voraus, dass eine Tat aus einer quasi intentionalen „antijüdischen Haltung“ heraus erfolgte – was die Leugnung antisemitischer Motive seitens antisemitischer Täter_innen ignoriert.

Für die Verfolgung antisemitischer Straftaten ist neben den polizeilichen Ermittlungen auch die Arbeit der Staatsanwaltschaften und Gerichte besonders relevant. Auch hier besteht die Herausforderung darin, politische bzw. antisemitische Tatmotive zu erkennen und entsprechend zu würdigen. Im Rahmen einer Studie zu „vorurteilsmotivierten Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte“ wurden 122 Strafverfahren bei Gewaltstraftaten in Sachsen untersucht, bei denen die Polizei eine rechte Tatmotivation erkannt hatte. „Im Ergebnis gingen 41 % der erhobenen Anklagen (39 von 96) nicht auf die seitens der Polizei festgestellte Vorurteilsmotivation ein. Gerade 59 % aller Urteile (44 von 74) nahmen in den Sachverhaltsschilderungen auf die rechte Tatmotivation Bezug; Einzug in die Strafzumessung gem. § 46 Abs. 2 StGB fanden die vorurteilsmotivierten Beweggründe dann in 20 % der ergangenen Verurteilungen (15 von 74). Bei Betrachtung aller Verfahren – einschließlich der eingestellten – endeten nur 12 % (15 von 122 Verfahren) mit einer Verurteilung, bei der die vorurteilsmotivierten Beweggründe im Rahmen der Strafzumessung einbezogen wurden.“⁴⁶ Die Studie folgert daraus, dass die Berücksichtigung der polizeilich festgestellten Vorurteilsmotivation im Verlauf des Strafverfolgungsprozesses häufig rapide abnimmt.⁴⁷

43 Die ausgewerteten Statistiken aus Brandenburg weisen nur einen Vorfall auf, bei dem eine angezeigte antisemitische Straftat nicht in der Statistik auftauchte. Hierbei ist jedoch die stark eingeschränkte Überprüfbarkeit aufgrund einer bisher nicht systematisch erfolgten zivilgesellschaftlichen Erfassung zu berücksichtigen.

44 Gegenwärtig wird geprüft, inwieweit die „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ auch als verbindliche Orientierung für die Kriminalpolizeilichen Meldedienste für Politisch-Motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) der Bundesländer dienen sollte. Bei den zuständigen Sachbearbeiter_innen der KPMD-PMK in den einzelnen Bundesländern sowie beim Bundeskriminalamt überwiegen nach wie vor Bedenken bezüglich der Notwendigkeit eines solchen Schrittes.

45 Ausschussdrucksache des Deutschen Bundestags 18(4)347 vom 18.6.2015: Antwort des BMI auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Volker Beck (Bündnis 90 / Die Grünen). <http://www.volkerbeck.de/wp-content/uploads/2015/06/184347-BMI-Stellungnahme-zu-TOP-17-der-46-Sitzung-des-Innenausschusses-am-6-Mai-2015.pdf> (Zugriff am 2.10.2017).

46 Kati Lang: Vorurteilkriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte, Baden-Baden: Nomos 2014, S. 467.

47 Ebd.

5.4. Antisemitische und antiisraelische Straftaten

Besonders problematisch ist die Einordnung antisemitischer Straftaten, wenn die Tat im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt bzw. mit Haltungen gegenüber Israel steht. In der PMK existiert ein Themenfeld „Krisenherde/Bürgerkriege“ mit dem Unterthema „Israel-Palästina-Konflikt“⁴⁸. Hier werden antiisraelische Straftaten erfasst, aber es existiert weder eine inhaltliche Erläuterung noch eine Abgrenzung zu antisemitischen Straftaten. Immerhin können antiisraelische Straftaten parallel auch als antisemitische Straftaten erfasst werden, falls sie aus einer „antijüdischen Haltung“ heraus begangen werden.⁴⁹ RIAS Berlin dokumentierte jedoch mehrere antisemitische Straftaten – darunter auch eindeutig antisemitische Beschimpfungen israelischer Staatsangehöriger – die der Polizei bekannt sind, aber in der PMK nicht als antisemitische Straftaten erfasst wurden. Die Begründung des KPMD hierfür lautet, die Aussagen hätten sich ausschließlich gegen die israelische Staatsangehörigkeit der Geschädigten gerichtet. Das lässt den Schluss zu, dass die Polizeibehörden in Deutschland lebende Israelis nicht als Jüdinnen_Juden ansehen. Entsprechend werden antisemitische Vorfälle, von denen sie betroffen sind, nicht als solche wahrgenommen. Dies ist ein großes Defizit der PMK-Statistik.

Ein noch größeres Defizit besteht in der Ignoranz antisemitischer Motive bei Taten, die im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt stehen. Wie hoch die Verzerrung durch die Unterscheidung bzw. die doppelte Erfassung der PMK von „antisemitischen Straftaten“ und Straftaten mit Bezug zum „Israel-Palästina-Konflikt“ tatsächlich ist, kann nicht genau gesagt werden. In letzterer Kategorie werden auch Straftatbestände erfasst, die in der Regel nicht antisemitisch motiviert sind, wie etwa Verstöße gegen das Versammlungsgesetz oder Widerstandshandlungen gegen die Staatsgewalt im Kontext antiisraelischer Demonstrationen. Im Land Brandenburg scheint dies allerdings keine Auswirkungen auf die Statistik zu haben.

Wie wichtig ein verbindlicher inhaltlicher Referenzrahmen für die polizeiliche Erfassung antisemitischer Straftaten insbesondere mit Bezug auf israelbezogenen Antisemitismus ist, verdeutlicht ein Blick auf den Sommer 2014. Nach militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den islamistischen Terrororganisationen Hamas und Hisbollah gab es u.a. in Berlin eine Reihe von Versammlungen auf denen sich häufig manifester Antisemitismus äußerte. RIAS Berlin beschrieb folglich den Zeitraum zwischen dem 12. Juli und dem 31. August 2014 als „Summer of Hate“.⁵⁰ Die Ereignisse zeigten, welche erschreckend großen Auswirkungen der Nahost-Konflikt auf das alltägliche Leben von Jüdinnen_Juden in Deutschland entfalten kann. In einer Analyse stellte RIAS Berlin (gemeinsam mit IIBSA) im genannten Zeitraum einen starken Anstieg antisemitischer Vorfälle mit Bezug zum Nahost-Konflikt fest. Bundesweit kam es in den 49 Tagen zu 22 körperlichen Angriffen, 37 Sachbeschädigungen, 11 Bedrohungen, 11 Fällen von verletzendem Verhalten sowie einem Vorfall extremer Gewalt. Die Zahlen des BMI zeigen ebenfalls einen Zusammenhang zwischen der Virulenz des Nahost-Konflikts und dem Anstieg antisemitischer Straftaten im Sommer 2014. 2014 war die Zahl antisemitischer Straftaten in der PMK 17 % höher als 2015 und 21 % höher als 2016 – also in Jahren ohne vergleichbare Anlässe im Nahen Osten. Bei der Zahl der Straftaten mit Bezug zum „Israel-Palästina-Konflikt“ in der PMK ist der Anstieg sogar um ein Vielfaches höher: Allein

48 Seit Januar 2017 wird das Unterthema „Israel“ genannt.

49 Vgl. Deutscher Bundestag: Antwort auf MdB Volker Beck, Ausschussdrucksache 18(4)347.

50 VDK e.V. / IIBSA: Bericht über antisemitische Vorfälle und Anti-Israel-Aktionen im Kontext der israelischen Militäroperation „Protective Edge“ im Gaza-Streifen (Analysezeitraum: 7. Juli–31. August 2014). Berlin 2015.

im genannten Zeitraum im Juli und August 2014 wurden 8-mal mehr Straftaten dem Unterthema „Israel-Palästina-Konflikt“ zugeordnet als im gesamten Jahr 2015 und sogar 12-mal mehr als im gesamten Jahr 2016 (siehe Tabelle 1).⁵¹

Tabelle 1 Bundesweite PMK 2014–2016: „antisemitische Straftaten“ und Straftaten im Kontext des „Israel-Palästina-Konflikts“⁵²

Jahr	Antisemitisch	Israel-Palästina-Konflikt	Doppelnennungen
2014 davon 12.7.–31.8.2014	1.596 463	575 470	214
2015	1.366	62	31
2016	1.313	40	23

Auffallend ist, dass ein ähnlicher signifikanter Anstieg für Brandenburg nicht feststellbar ist. Hier gab es weder im Jahres- noch im Monatsvergleich 2014 eine statistisch signifikante Auswirkung der militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten auf die Zahl der registrierten antisemitischen Straftaten. Straftaten mit Bezug zum „Israel-Palästina-Konflikt“ wurden in der brandenburgischen PMK für 2014 überhaupt nicht erfasst.

5.5.

Verzerrung durch die Zuordnung antisemitischer Straftaten zu „Phänomenbereichen“

Die PMK ordnet antisemitische Straftaten grundsätzlich einem der sogenannten Phänomenbereiche „Rechts“, „Links“, „ausländische Ideologie“, „religiöse Ideologie“ oder „Sonstige/nicht zuzuordnen“ zu. Sobald bei einer Tat Bezüge zum Nationalsozialismus erkennbar sind, erfolgt automatisch eine Zuordnung zum Phänomenbereich „Rechts“. Dieses Vorgehen ignoriert, dass auch nicht rechtsextreme Täter_innen beispielsweise NS-Symbole verwenden – sei es als Ausdruck ihres Antisemitismus oder allgemein als diffamierendes Mittel. Sofern keine Tatverdächtigen ermittelt werden können oder es keine eindeutigen Hinweise auf einen anderen Phänomenbereich gibt, werden auch „fremdenfeindliche“ und antisemitische Straftaten grundsätzlich dem Phänomenbereich „Rechts“ zugeordnet. So wird z.B. ein Schriftzug „Juden raus“ an einer Hauswand ohne weitere Hinweise und ohne konkrete Tatverdächtige automatisch als „rechte“ Straftat erfasst.⁵³ Antisemitische Straftaten mit symbolischem Bezug zum Nationalsozialismus werden selbst bei deutlichen Hinweisen auf nicht-rechtsextreme Täter_innen dem Phänomenbereich „Rechts“ zugeordnet. Dies veranschaulicht ein von RIAS Berlin analysiertes Beispiel aus der Berliner PMK von 2014: Als beim sogenannten Al-Quds Marsch im Juli 2014 in Berlin Anhänger_innen der schiitischen Hisbollah „Sieg Heil“ riefen, wurden dies dem Phänomenbereich „Rechts“ zugeordnet.⁵⁴ Der UEA hat hin-

51 Vgl. Drucksache des Deutschen Bundestags 18/11152 vom 14.2.2017: Antwort des BMI auf die Schriftliche Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/111/1811152.pdf> (Zugriff am 2.10.2017).

52 Vgl. ebd.

53 Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht des UEA, S. 34.

54 Polizeipräsident Berlin. Landeskriminalamt. Sachverhalte der PMK mit antisemitischer Motivation des Jahres 2014. Übermittelt am 25.2.2015.

sichtlich dieser Zuordnungspraxis festgestellt, dass bei der Polizei weiterhin ein altes Extremismuskonzept handlungsleitend sei. Dadurch würde die Erkennung antisemitischer Straftaten jenseits „des klassischen Musters rechtsextremer Tatbegehung“ erschwert.⁵⁵

Eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke im Bundestag zu „antisemitisch motivierten Schändungen jüdischer Friedhöfe“ von 2009⁵⁶ verdeutlicht die Problematik statistischer Verzerrungen, die durch diese polizeiliche Zuordnungspraxis und die Unterstellung hypothetischer politischer Motivationen bei Straftaten ohne konkrete Tatverdächtige entstehen. Zwischen 2000 und 2008 registrierten die Polizeibehörden bundesweit 471 antisemitische Straftaten mit dem Angriffsziel „Friedhof“. Dabei wurden nur 170 Täter_innen bzw. Tatverdächtige ermittelt. Nach Angaben der Justizbehörden kam es lediglich in 13 Fällen zu strafrechtlichen Sanktionen gegen insgesamt 31 Personen. Bei 27 der 31 verurteilten Täter_innen wurde vor Gericht eine rechtsextreme Motivation festgestellt bzw. vermutet. Insgesamt lagen den Polizeibehörden lediglich in 71 Fällen Hinweise zur Ermittlung des jeweiligen politischen Tathintergrunds vor. Im Gegenzug lagen bei 400 Fällen (oder 85 % der Fälle) keine ausreichenden Informationen vor, um die Täter_innen politisch einzuordnen. Dennoch weisen laut Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage 443 Taten einen „politisch rechts motivierten Hintergrund“ auf.⁵⁷

Wie das Beispiel verdeutlicht, ist die pauschale Zuordnung antisemitischer Straftaten zum Phänomenbereich „Rechts“, die seit Einführung des PMK-Systems 2001 erfolgt, lediglich eine Hypothese, die auf einem festgelegten Verfahren basiert. Dass diese Hypothese zumindest bei antisemitischen Friedhofsschändungen zutreffend sein mag, lässt sich durch die festgestellten bzw. vermuteten rechtsextremen Motive der wenigen Verurteilten begründen. Ob dies aber auf andere Delikte übertragbar ist, bleibt reine Spekulation. Auch der UEA konstatiert, dass sowohl bei „antisemitischen Straftaten generell, wie auch bei den antisemitischen Gewalttaten ein klares Übergewicht ‚rechtsmotivierter politischer Kriminalität‘“⁵⁸ zu erkennen sei. Gleichzeitig betont der UEA die Differenz zur Wahrnehmung der Täter_innen-Hintergründe seitens der Betroffenen.⁵⁹ In einer Erhebung fragte der UEA, von welcher Person oder Gruppe die jeweilige Tat mutmaßlich ausging (abgefragt wurden „versteckte Äußerungen“, „verbale Beleidigung/Belästigung“ und „körperlicher Angriff“). Die befragten Jüdinnen_Juden antworteten mit Abstand am häufigsten, dass es sich um „eine muslimische Person/Gruppe“ handelte.⁶⁰ Auch bei der bereits erwähnten Studie der FRA von 2018 antworteten auf die Frage nach den mutmaßlichen Täter_innen bei den schwerwiegendsten Vorfällen antisemitischer Belästigung 30 % der EU-weit befragten Jüdinnen_Juden, dass es sich nach ihrer Wahrnehmung um Täter_innen „extremistisch muslimischer Orientierung“ handelte. 21 % vermuteten Täter_innen mit „linksgerichteter politischer Orientierung“.⁶¹ Der Grund für diese Differenz ist möglicherweise die hypothetische Zuordnung nach Phänomenbereichen in der PMK.

55 Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht des UEA, S. 32.

56 Vgl. Drucksache des Deutschen Bundestags 16/14122 vom 7.10.2009: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/16/141/1614122.pdf> (Zugriff am 2.10.2017).

57 Ebd., S. 20.

58 Deutscher Bundestag: Bericht des UEA, S. 40.

59 Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht des UEA, S. 30–54.

60 Ebd., S. 39.

61 European Union Agency For Fundamental Rights (FRA): Erfahrungen und Wahrnehmungen in Zusammenhang mit Antisemitismus. Zweite Erhebung zu Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Jüdinnen und Juden in der EU. Zusammenfassung. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-survey-summary_de.pdf (Zugriff am 31.7.2019), hier S. 9.

In der Brandenburger PMK-Statistik scheint diese Problematik jedoch nicht statistisch signifikant zu sein. Nach eingehender Prüfung der übermittelten Datensätze durch RIAS – BK erscheint die Zuordnung von 96 % der antisemitischen Straftaten zum Phänomenbereich „Rechts“ begründet und konsistent.

5.6. **Auswertung antisemitischer Straftaten und Vorfälle in Brandenburg 2014–2018**

Im November 2018 übermittelte das LKA Brandenburg der RIAS – BK eine Auflistung sämtlicher Straftaten aus den Themenfeldern „Antisemitismus“ und „Israel-Palästina-Konflikt“ aus der PMK-Statistik der Jahre 2014–2017 zur Auswertung. Im Juni 2019 wurden auch die Daten für 2018 übermittelt. Hierunter fallen Straftaten, bei denen Antisemitismus entweder tatuslösendes Motiv war oder bei denen dieser tatbegleitend festgestellt wurde. Damit war RIAS – BK erstmals in der Lage, die vollständigen Datensätze eines Bundeslandes einer qualitativen Analyse zu unterziehen und diese mit den Ergebnissen zivilgesellschaftlicher Erhebungen zu vergleichen. Die Datensätze umfassen die fortlaufenden Jahresstatistiken mit der Zuordnung zu den unterschiedlichen Phänomenbereichen sowie den Parametern Datum und Uhrzeit der Tat, Tatort, Alter und Geschlecht von Beschuldigten und Geschädigten, Deliktsqualität, Zähldelikt sowie Kurzbeschreibungen der Sachverhalte.

Die Auswertung der polizeilichen Statistik wurde ergänzt durch Zuarbeiten aus zivilgesellschaftlichen Projekten in Brandenburg. Dabei handelt es sich vorwiegend um die Dokumentation antisemitischer Vorfälle, die Beratungsstellen und Initiativen bekannt geworden sind oder diesen direkt gemeldet wurden. Die zivilgesellschaftlichen Quellen umfassen auch Vorfälle aus der online verfügbaren „Chronik antisemitischer Vorfälle“ der Amadeu Antonio Stiftung⁶² sowie der Opferperspektive e.V., einer Beratungsstelle für Betroffene rechter Gewalt in Brandenburg. Zudem wurden auch Vorfälle berücksichtigt, die über das Online-Meldeportal report-antisemitism.de an RIAS – BK gemeldet wurden oder die RIAS im Zuge des projekteigenen Monitorings bekannt wurden. Insgesamt verweisen die Zivilgesellschaft und Medien auf 97 antisemitische Vorfälle. Von diesen sind 38 ebenfalls in der PMK-Statistik aufgeführt. Dieser Wert wird im Folgenden als „Schnittmenge PMK-Zivilgesellschaft“ bezeichnet.

5.6.1. **Antisemitische Straftaten in der PMK-Statistik 2014–2018**

Zwischen 2014 und 2018 wurden in der PMK-Statistik für Brandenburg insgesamt 433 antisemitische Straftaten (mit Antisemitismus als tatuslösendem Motiv) bzw. Straftaten mit antisemitischen Bezügen (mit tatbegleitendem Antisemitismus) erfasst (vgl. Tabelle 2: nächste Seite).

62 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung: Chronik antisemitischer Vorfälle. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/themen/gegen-as/antisemitismus-heute/chronik-antisemitischer-vorfaelle-1/> (Zugriff am 10.4.2019).

Tabelle 2 Antisemitische Straftaten in der Brandenburger PMK-Statistik 2014–2018
Zuordnung nach Phänomenbereichen und Straftatbeständen

Jahr		Rechts	Politisch motivierte Ausländer-krim.	Religiöse Ideologie	Nicht zuzuordnen
2014	Volksverhetzung (130 StGB)	49	1		
	Verw. von Kennzeichen (86a StGB)	15			
	Sachbeschädigung (303 StGB)	5			
	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung (304 StGB)	2			
	Beleidigung (185 StGB)	15			
	Bedrohung (241 StGB)	4			
	Gefährliche KV (224 StGB)	2			
	Schwerer Diebstahl (243 StGB)	1			
	Gesamt	93	1		
2015	Volksverhetzung (130 StGB)	45	1		
	Verw. von Kennzeichen (86a StGB)	13			
	Sachbeschädigung (303 StGB)	6			1
	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung (304 StGB)	4			
	Beleidigung (185 StGB)	8			
	Bedrohung (241 StGB)	1			
	Gefährliche KV (224 StGB)	2			
	Körperverletzung (223 StGB)	1			
	Sonstige	1			1
Gesamt	81			2	
2016	Volksverhetzung (130 StGB)	58			3
	Verw. von Kennzeichen (86a StGB)	12			
	Sachbeschädigung (303 StGB)	1			
	Herbeiführen einer Spreng- stoffexplosion (308 StGB)	1			
	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung (304 StGB)	1			
	Diebstahl (242 StGB)	1			
	Beleidigung (185 StGB)	8			
	Bedrohung (241 StGB)		1		
	Nötigung (240 StGB)		1		
	Körperverletzung (223 StGB)	3			
	Sonstige	2			1
Gesamt	87	2		3	
2017	Volksverhetzung (130 StGB)	42		1	1
	Verw. von Kennzeichen (86a StGB)	10			
	Sachbeschädigung (303 StGB)	7		1	
	Beleidigung (185 StGB)	3			1
	Bedrohung (241 StGB)	2			
	Gefährliche KV (224 StGB)			1	
	Gesamt	64		3	2
2018	Volksverhetzung (130 StGB)	48			
	Verw. von Kennzeichen (86a StGB)	23			
	Sachbeschädigung (303 StGB)	5			
	Gemeinschaftliche Sachbeschädigung (304 StGB)				1
	Beleidigung (185 StGB)	6			
	Bedrohung (241 StGB)			1	
	Körperverletzung (223 StGB)	3			
	Sonstige	7			1
Gesamt	92		1	2	
Summe		417	3	4	9

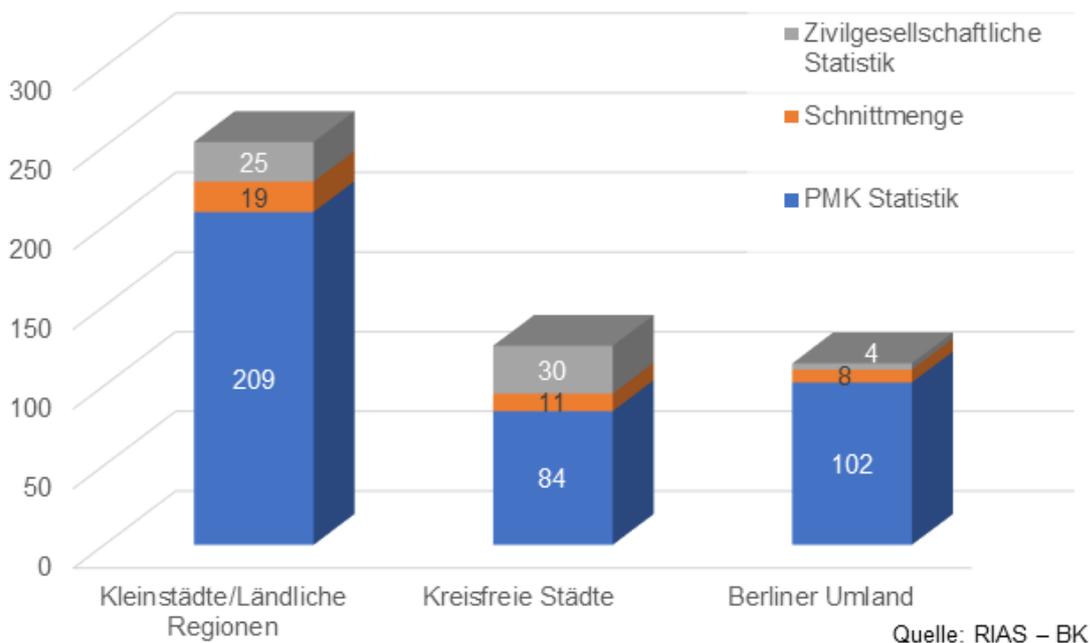
96 % der erfassten antisemitischen Straftaten (417 von 433 Fälle) wurden dem Phänomenbereich „Rechts“ zugeordnet. Jeweils 1 % (3 bzw. 4 Fälle) wurden den Phänomenbereichen „ausländische Ideologie“ und „religiöse Ideologie“ sowie 2 % (9 Fälle) dem Bereich „sonstige“ zugeordnet.⁶³ Auffällig ist, dass keine einzige antisemitische Straftat dem Phänomenbereich „Links“ zugeordnet wurde. Dem Themenfeld „Israel-Palästina-Konflikt“ wurde im Zeitraum 2014–2018 ebenfalls kein einziger Fall zugeordnet. Die Mehrheit der Fälle (59 % oder 248 Zähldelikte) erfüllt den Straftatbestand Volksverhetzung.⁶⁴ Insgesamt wurden zwölf Gewaltvorfälle erfasst, von denen fünf den Straftatbestand der gefährlichen Körperverletzung erfüllen und sieben den der Körperverletzung. Die Gewaltstraftaten (12), Beleidigungen (41), Bedrohungen (9) und Nötigungen (1) ergeben zusammengerechnet 63 Zähldelikte, die sich direkt gegen Personen richteten.

5.6.2.

Antisemitische Straftaten und Vorfälle nach Raumtypen

Die Analyse der PMK-Statistik nach den drei Raumtypen „kreisfreie Städte“, „Berliner Umland“ und „Kleinstädte/ländliche Regionen“ ergibt, dass gut die Hälfte der antisemitischen Straftaten (53 % oder 209 Delikte) in Kleinstädten bzw. in ländlichen Regionen zur Anzeige gebracht wurden. Der Anteil der Anzeigen im Berliner Umland beträgt 26 % (102 Delikte), der in den kreisfreien Städten 21 % (84 Delikte; siehe Abbildung 2). Die Schnittmenge aus polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Daten verteilt sich ähnlich: Kleinstädte/ländliche Regionen 50 % (19 Vorfälle), Berliner Umland: 21 % (8 Vorfälle) und kreisfreie Städte 29 % (11 Vorfälle), siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Antisemitische Vorfälle und Straftaten 2014 - 2018 in Brandenburg nach Raumtypen und Quellen



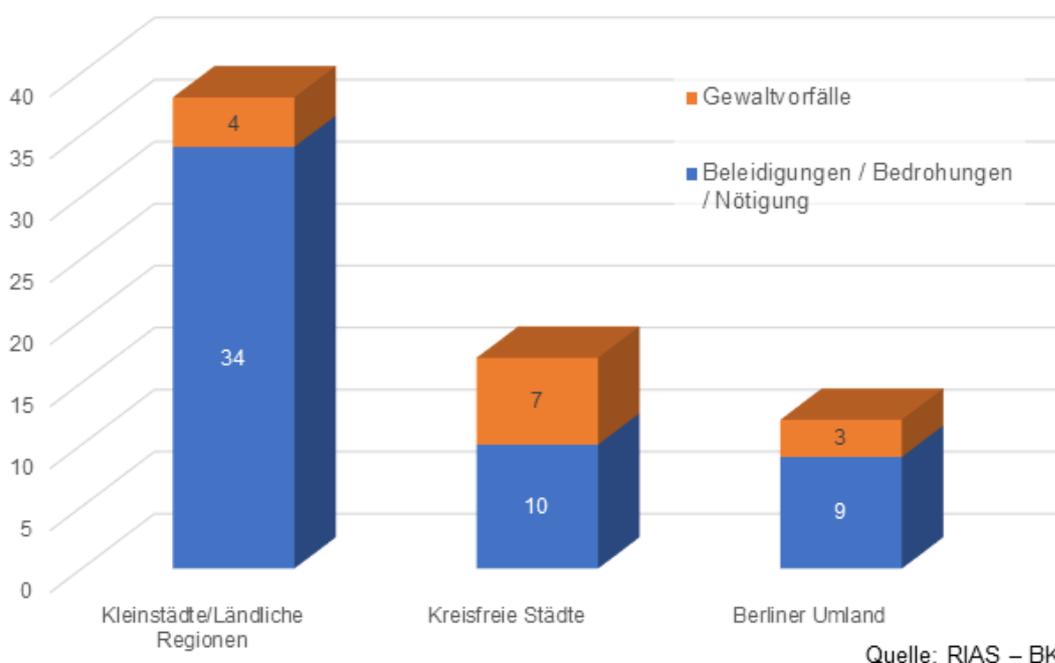
⁶³ Zur Erläuterung der Zuordnungspraxis siehe Kapitel 5.3.

⁶⁴ Darunter fallen in diesem Zusammenhang auch Sachbeschädigungen an Synagogen, Friedhöfen oder Erinnerungsorten an die Schoa.

Die Analyse der antisemitischen Vorfälle, die ausschließlich zivilgesellschaftlichen Quellen bekannt wurden, zeigt hingegen eine andere Verteilung: Die Hälfte dieser Vorfälle wurde in den kreisfreien Städten bekannt (51 % oder 30 Fälle). In Kleinstädten bzw. ländlichen Regionen waren es 25 Fälle, im Berliner Umland nur 4 Fälle (siehe Abbildung 2). Diese gesonderte Auswertung zeigt, dass die Brandenburger Zivilgesellschaft antisemitische Vorfälle vor allem in den kreisfreien Städten wahrnimmt und weniger in Kleinstädten bzw. ländlichen Regionen.

Von den antisemitischen Vorfällen, die sich gegen Personen richteten (Gewalttaten, Bedrohungen, Beleidigungen und Nötigungen), ereigneten sich zwei Drittel (64 % oder 34 Vorfälle) in Kleinstädten bzw. ländlichen Regionen. In den kreisfreien Städten und im Berliner Umland wurden jeweils nur 10 bzw. 9 Straftaten angezeigt. Bei den antisemitischen Gewalttaten (Angriffe und Körperverletzungen) ereigneten sich 7 von 14 in kreisfreien Städten (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Antisemitische Vorfälle in Brandenburg 2014 - 2018 gegen Personen nach Raumtypen



5.6.3.

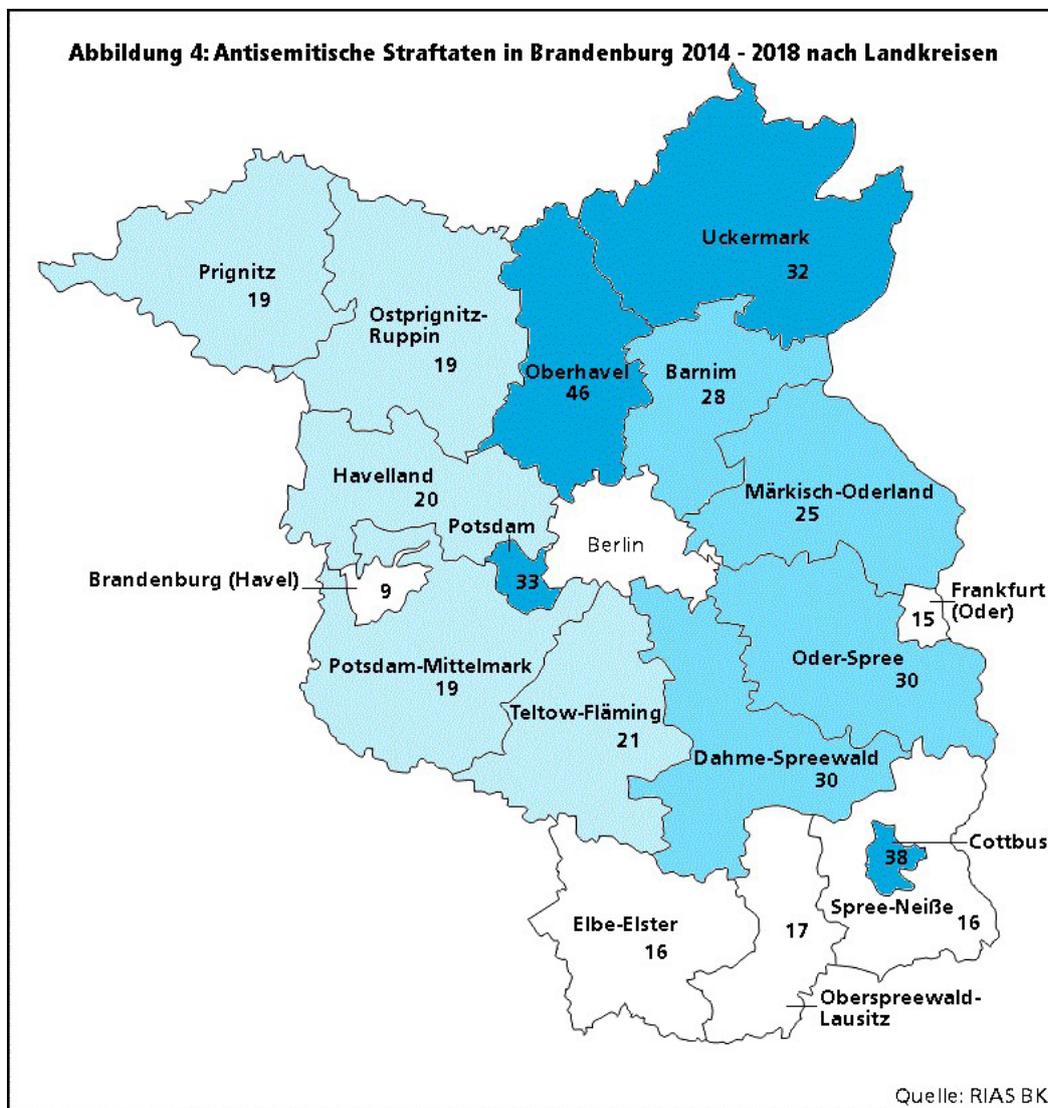
Geografische Verteilung antisemitischer Straftaten

Die Auswertung der PMK-Statistik nach der geografischen Verteilung der Straftaten ergibt keine eindeutigen regionalen Schwerpunkte. Abgesehen von den 95 Straftaten in den kreisfreien Städten wurden in den nördlichen und südlichen Landkreisen etwa gleich viele Straftaten angezeigt. In den dem Norden zugeordneten Landkreisen Barnim, Havelland, Oberhavel, Märkisch-Oderland, Ostprignitz-Ruppin und Uckermark gab es 189 Straftaten. In den dem Süden zugeordneten Landkreisen Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Teltow-Fläming und Oder-Spree waren es 149 Delikte.

Größere Unterschiede gibt es bei der Verteilung nach Polizeidirektionen. In der Polizeidirektion Ost wurden 130 antisemitische Straftaten registriert, in der Polizeidirektion Süd 117, in der Polizeidirektion West 102 und in der Polizeidirektion Nord 84 Straftaten.

Die meisten antisemitischen Straftaten (46 Fälle) wurden im Landkreis Oberhavel registriert, gefolgt von 38 Delikten in Cottbus, 33 in Potsdam und 32 im Landkreis Uckermark. Die wenigsten Straftaten (9 Fälle) wurden in Brandenburg an der Havel, in den Landkreisen Elbe-Elster und Spree-Neiße (jeweils 16 Delikte) sowie im Landkreis Oberspreewald-Lausitz (17 Fälle) aufgenommen.

Aus diesen Daten lässt sich keine nennenswerte regionale Spezifik antisemitischer Straftaten in Brandenburg erkennen. Zwar kann als Grund für die hohe Zahl an Fällen in Cottbus die dortige starke rechtsextreme Szene vermutet werden – die vergleichsweise ähnlich hohe Zahl in Potsdam kann dadurch aber nicht erklärt werden. Zu berücksichtigen ist zudem, dass Potsdam und Cottbus die bevölkerungs-



reichsten Städte Brandenburgs sind. Bei der Analyse lässt sich die Anzahl der Straftaten ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl setzen. Dieses Verfahren kann zu Verzerrungen führen, da sie spezifische Einflussfaktoren für antisemitische Straftaten in größeren Städten ignoriert, etwa die Existenz jüdischer bzw. als jüdisch wahrgenommener Orte oder von Verkehrsknotenpunkten, an denen potenzielle Täter_innen und Betroffene häufiger aufeinandertreffen. Für das gesamte Land Brandenburg ergibt sich ein statistischer Wert von 1,73 antisemitischen Straftaten pro 10.000 Einwohner_innen. In Cottbus liegt der Wert mit 3,8 am höchsten, gefolgt vom extrem dünn besiedelten Landkreis Uckermark (2,7). Die geringste Quote gab es in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark (0,9) und Havelland (1,2).

5.6.4. Ermittlung von Tatverdächtigen in Brandenburg

Bei insgesamt 313 der 433 in der Brandenburger PMK-Statistik 2014–2018 registrierten antisemitischen Straftaten konnte die Polizei Tatverdächtige ermitteln. Diese Quote von 72,3 % liegt weit über dem bundesweiten Schnitt im Bereich der politisch motivierten Kriminalität von 45,3 %.⁶⁵ Bei Deliktarten die sich gegen konkrete Personen richteten (Gewaltstraftaten, Beleidigungen, Bedrohungen, Nötigungen) betrug die Quote in Brandenburg sogar 85,7 %. Dieser Wert ist besonders wichtig angesichts des Umstands, dass viele Jüdinnen_Juden nach eigenen Angaben bei derartigen antisemitischen Vorfällen auf eine Anzeige verzichten, da sie die Erfolgsaussichten als sehr gering einschätzen.⁶⁶ Allerdings bedeutet eine Erfassung von Tatverdächtigen in der PMK nicht automatisch, dass ein Strafverfahren auch im Sinne der Betroffenen zufriedenstellend verläuft. Die polizeiliche Ermittlung ist stets nur der erste Schritt. Im Interesse der Betroffenen und ihrer Vorbehalte sollte darüber hinaus eine Untersuchung der juristischen Verfahren und Gerichtsurteile erfolgen (siehe hierzu Abschnitt 5.3.).

Laut der PMK-Statistik wurden 86 % der antisemitischen Straftaten mit ermittelten Tatverdächtigen (269 Fälle) von Einzeltäter_innen begangen. In 8 % der Fälle (25 Straftaten) wurden zwei Täter_innen ermittelt, in 6 % der Fälle (19 Straftaten) mehr als zwei Täter_innen. Insgesamt wurden für 2014–2018 in Brandenburg 410 Tatverdächtige ermittelt. 94 % dieser Tatverdächtigen sind männlich. 70 % aller Tatverdächtigen waren zum Tatzeitpunkt zwischen 18 und 65 Jahre alt. Der Anteil der Unter-18-Jährigen lag bei 26 %.

Laut PMK-Statistik für Brandenburg 2014–2018 wurden insgesamt 92 Betroffene antisemitischer Straftaten ermittelt. 75 % der Betroffenen (69 Personen) sind männlich. 66 % der Betroffenen (61 Personen) waren zum Tatzeitpunkt zwischen 18 und 65 Jahre alt, 27 % (25 Personen) waren unter 18 Jahre alt.

5.7. Analyse der polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Statistiken in Brandenburg

Die folgende Analyse bezieht sich nur auf jene antisemitischen Straftaten, die nach den Kriterien von RIAS antisemitische Vorfälle sind (siehe 5.7.1.). Von den 433 antisemitischen Straftaten aus der Brandenburger PMK-Statistik 2014–2018 wurden 84 Fälle ausgeklammert, da sie keine antisemitischen Vorfälle nach

65 Vgl. Bundesministerium des Inneren, Bau und Heimat: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2018. Bundesweite Fallzahlen. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/pmk-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Zugriff am 31.7.2019), S. 12.

66 Von den in Deutschland lebenden Jüdinnen_Juden, die bei der Erhebung der FRA angegeben haben, den schwerwiegendsten Vorfall, der ihnen widerfahren war, nicht angezeigt zu haben, nannten 48 % als Grund hierfür die mangelnde Wirkung einer Anzeige. Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights (FRA): Discrimination and hate crime against Jews in EU: experiences and perceptions of antisemitism.

RIAS-Definition sind. Dabei handelt es sich beispielsweise um die Verbreitung antisemitischer Musik oder anderer antisemitischer Inhalte im Internet, ohne dass dabei eine Person oder Institution konkret adressiert wurde. Die folgende Auswertung bezieht sich demnach auf insgesamt 408 Vorfälle aus der PMK-Statistik und den zivilgesellschaftlichen Quellen. Die werden im Folgenden analysiert nach Vorfalltypen (5.7.1.), nach Erscheinungsformen, also den inhaltlichen Ausprägungen von Antisemitismus (5.7.2.), sowie nach spezifischen Tatorten (5.7.3.).

5.7.1.

Antisemitische Vorfalltypen

Die Einordnung antisemitischer Vorfälle in verschiedene Vorfalltypen dient der systematischen Erfassung. Die Kategorien wurden ursprünglich vom Community Security Trust (CST) in Großbritannien entwickelt und von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst.

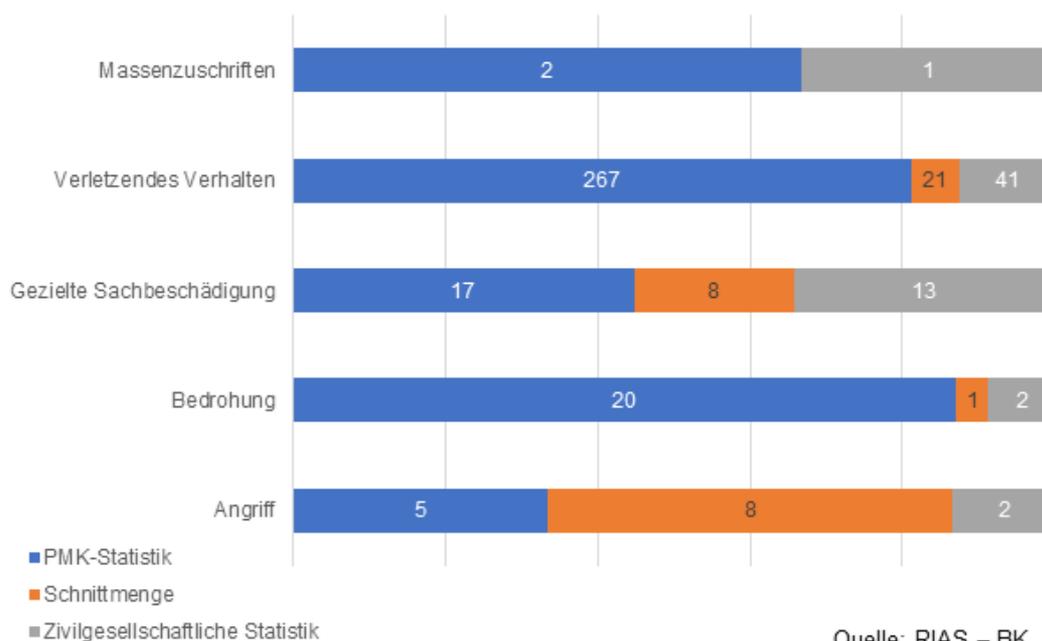
- Als **extreme Gewalt** gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder die strafrechtlich gesehen schwere Körperverletzungen darstellen. Für diese Kategorie wurden in Brandenburg zwischen 2014 und 2018 keine Vorfälle registriert.
- Als **Angriffe** werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Auch bloße Versuche eines physischen Angriffs werden hier erfasst. In dieser Kategorie wurden 15 Vorfälle registriert.
- Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** werden die Beschädigungen oder Beschmutzungen jüdischen Eigentums verstanden, etwa mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern. Dazu zählen auch Beschädigungen oder Beschmutzungen von Schoa-Gedenkorten, also von Gedenkstätten, Gedenktafeln, Stolpersteinen, Geschäftsstellen entsprechender Institutionen sowie von sonstigen Erinnerungszeichen für die Opfer der Schoa. In dieser Kategorie wurden 38 Vorfälle registriert.
- Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und konkret an eine Person bzw. Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalthandlungen. In dieser Kategorie wurden 23 Vorfälle registriert.
- Als **verletzendes Verhalten** werden sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen gefasst, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Auch online getätigte antisemitische Äußerungen werden zum verletzenden Verhalten gezählt, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Auch antisemitische Beschädigungen oder Beschmutzungen nicht-jüdi-

schen Eigentums werden in dieser Kategorie gewertet. Zudem werden **Versammlungen** der Kategorie verletzendes Verhalten zugeordnet, wenn auf ihnen in Reden, Parolen, mitgeführten Transparenten oder im Aufruf antisemitische Inhalte festgestellt werden. Die Kategorie verletzendes Verhalten war mit 329 registrierten Vorfällen mit Abstand die größte.

- Als **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische (Online-)Zuschriften erfasst, die nicht an konkrete Personen bzw. Institutionen adressiert sind, sondern sich an einen größeren Kreis von Personen richten. In dieser Kategorie wurden drei Vorfälle registriert.

Beim Vergleich zwischen der polizeilichen und der zivilgesellschaftlichen Statistik fällt hinsichtlich der Vorfällttypen zunächst auf, dass die Schnittmenge zwischen beiden Datensätzen bei den Angriffen besonders groß ist. Über die Hälfte aller Angriffe (8 von 15) wurden sowohl der Polizei als auch den zivilgesellschaftlichen Institutionen bekannt. Dies erklärt sich durch den systematischen Abgleich zwischen

Abbildung 5: Antisemitische Vorfälle in Brandenburg 2014 - 2018 nach Vorfallsarten



Brandenburger Polizeibehörden und der zivilgesellschaftlichen Erfassung antisemitischer Gewalttaten durch die Opferperspektive. Bei den Bedrohungen sieht es anders aus: Hier wurden die meisten Fälle (19) polizeilich registriert. Nur drei Vorfälle wurden von zivilgesellschaftlichen Quellen registriert, davon waren zwei in der PMK nicht enthalten. Die Schnittmenge umfasst also nur einen Fall. Gezielte Sachbeschädigungen sind vergleichsweise häufig zivilgesellschaftlichen Organisationen bekannt geworden (21 Fälle). In der PMK wurden kaum mehr (25 Fälle) registriert. Auffällig ist hier, dass die Schnittmenge bei nur acht Vorfällen liegt. Im Zusammenhang mit Versammlungen registrierten zivilgesellschaftliche Stellen elf Vorfälle, von denen nur einer polizeilich registriert wurde. Insgesamt ergibt die Analyse der Vorfällttypen,

dass zivilgesellschaftliche Stellen abgesehen vom erwähnten Abgleich bei Gewalttaten nur wenige antisemitische Vorfälle registrieren konnten, die sich gegen Personen richteten. Dieser Befund korreliert mit dem relativ geringen Bekanntheitsgrad der vorhandenen zivilgesellschaftlichen Meldeangebote innerhalb der jüdischen Communities.

5.7.2.

Erscheinungsformen bzw. inhaltliche Ausprägungen von Antisemitismus

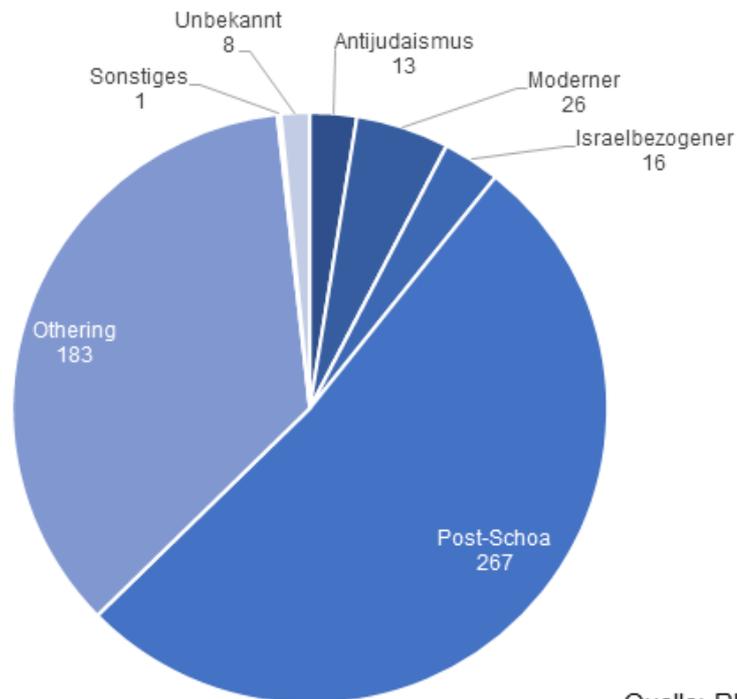
Inhaltlich unterscheidet RIAS – BK bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle auf Grundlage der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ fünf verschiedene Erscheinungsformen bzw. inhaltliche Ausprägungen von Antisemitismus. Beim **antisemitischen Othering** werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-zugehörig zur deutschen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Als Othering gilt auch, wenn nicht-jüdische Institutionen oder Personen als „Jude[n]“ beschimpft werden. Der **antijudaistische Antisemitismus** umfasst religiös begründete Stereotype, etwa beim Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesus Christus verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden, etwa im Rahmen von Verschwörungsmyschen, eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, so wird dies als **moderner Antisemitismus** bezeichnet. **Post-Schoa-Antisemitismus** bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen antisemitisch abgewehrt wird. **Israelbezogener Antisemitismus** richtet sich gegen den jüdischen Staat Israel, etwa, wenn diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lassen sich einzelne antisemitische Vorfälle häufig mehreren dieser Erscheinungsformen zuordnen. Mehrfachzählungen sind möglich, weshalb die Anzahl festgestellten Erscheinungsformen nicht deckungsgleich ist mit der Anzahl der antisemitischen Vorfälle. Von den 408 Vorfällen, denen Erscheinungsformen zugeordnet werden konnten, wurden 304 Vorfälle einer Erscheinungsform, 100 Vorfälle zwei Erscheinungsformen und vier Vorfälle drei oder mehr Erscheinungsformen zugeordnet.

Legt man die analysierten Daten aus polizeilichen und zivilgesellschaftlichen Quellen in Brandenburg zugrunde, so sind bezogen auf die Erscheinungsformen vor allem der Post-Schoa-Antisemitismus und das antisemitische Othering verbreitet. Mit 267 und 183 Markierungen sind dies mit Abstand die beiden größten Kategorien. Antijudaistischer Antisemitismus (13-mal), moderner Antisemitismus (26-mal) und israelbezogener Antisemitismus (16-mal) sind im Vergleich dazu von geringerer Bedeutung. Anders als in den RIAS-Problembeschreibungen für die Bundesländer Bayern, Berlin oder Hessen konnte in Brandenburg auch keine statistisch signifikante Auswirkung kriegerischer Auseinandersetzungen im Nahen Osten (wie im Sommer 2014) festgestellt werden. Dennoch gab es einen Angriff, der dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen ist. Die geringe Fallzahl darf also keinesfalls zu einer Vernachlässigung dieser Erscheinungsform führen.

Bei den Vorfällen, die mehreren Erscheinungsformen zugeordnet werden konnten, ist die Kombination aus Post-Schoa-Antisemitismus und antisemitischem Othering mit Abstand am häufigsten (79 von 104 mehrfach zugeordneten Vorfällen). Ein Beispiel hierfür ist die Bezeichnung der sich als links und

antifaschistisch verstehenden Fans des Potsdamer Fußballvereins SV Babelsberg 03 als „Juden“. Das Wort „Jude“ dient hier zur Markierung politischer Gegner_innen. Im Ausruf „Arbeit macht frei – Babelsberg null drei“ wird dies mit der Verwendung von NS-Täter_innensprache verknüpft, also mit einem positiven Bezug auf den Nationalsozialismus.

Abbildung 6: Antisemitische Vorfälle in Brandenburg 2014 - 2018 nach Erscheinungsformen



Quelle: RIAS – BK

5.7.3.

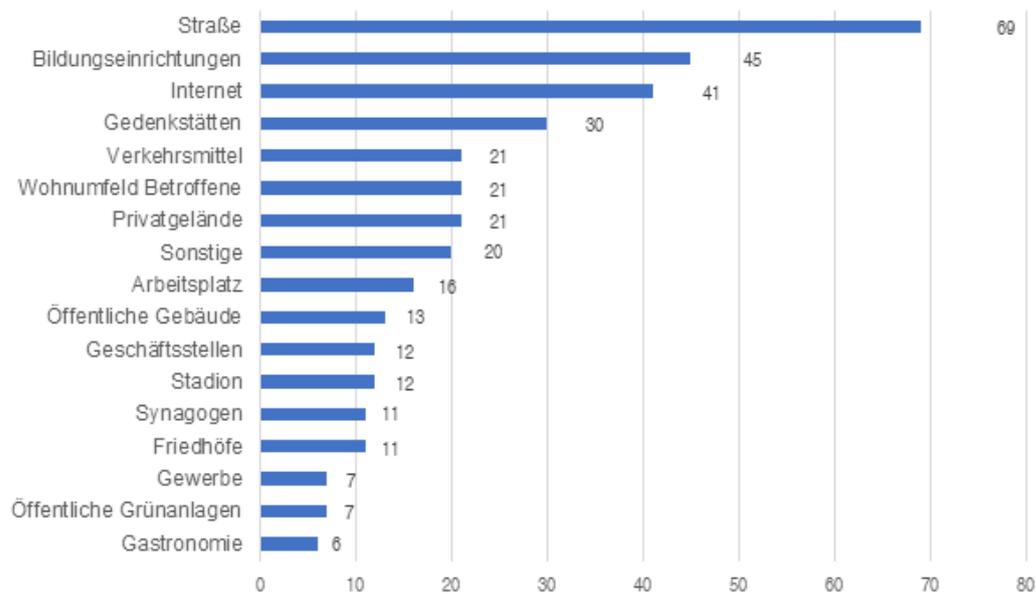
Spezifische Tatorte

Bei der Analyse spezifischer Tatorte sollten in erster Linie die Auswirkungen auf die Betroffenen berücksichtigt werden. Vorfälle, die sich im öffentlichen Raum ereignen, haben eine ganz andere Qualität als Vorfälle im privaten Umfeld. Hier sind Täter_innen und Betroffene möglicherweise persönlich miteinander bekannt (z. B. Arbeitskolleg_innen). Aus der folgenden Auswertung wurden 45 Vorfälle ausgeklammert, da sie keinem konkreten Tatort zugeordnet werden konnten (etwa weil entsprechende Angaben in der PMK-Kurzbeschreibung fehlen). Die folgenden Angaben beziehen sich daher auf eine Gesamtzahl von 363 Vorfällen, denen ein konkreter Tatort zugeordnet werden konnte.

Der Tatort, dem die meisten Vorfälle zugeordnet werden, ist die Straße. Hier ereigneten sich 69 Vorfälle. Auf den ersten Blick scheint dies den Ergebnissen der qualitativen Befragung (Kapitel 4) zu widersprechen,

in der die Befragten jüdischen Akteur_innen antisemitische Vorfälle vor allem im Umfeld jüdischer Institutionen, Einrichtungen und Gedenkorte wahrnehmen (siehe Kapitel 4.3.3). Diese Diskrepanz lässt sich dadurch erklären, dass Jüdinnen_Juden in Brandenburg es nach Darstellung der Befragten aus Angst vor Übergriffen und Anfeindungen vermeiden, auf offener Straße als jüdisch erkennbar zu sein. Diese Vermeidungsstrategie scheint erfolgreich zu sein: Denn kein einziger der 69 antisemitischen Vorfälle auf offener Straße richtete sich gegen jüdische Betroffene.

**Abbildung 7: Antisemitische Vorfälle in Brandenburg
2014 - 2018 nach spezifischen Tatorten**



Quelle: RIAS - BK

Zu den häufigsten Tatorten zählen mit 45 Vorfällen Bildungseinrichtungen. 38 Vorfälle ereigneten sich an Schulen, zwei an Kitas und fünf an Hochschulen. In 24 Fällen wurden Volksverhetzungen an Schulen angezeigt. Dazu zählen antisemitische Äußerungen von Schüler_innen im Unterricht (9 Fälle), anonyme Briefe (2 Fälle), Notizen bzw. Zeichnungen (7 Fälle), Sprach- und Bildnachrichten (2 Fälle) sowie die Verwendung des Wortes „Jude“ als Schimpfwort gegen Mitschüler_innen (4 Fälle). In acht Fällen verwendeten Schüler_innen Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen – darunter sieben Schmierereien und ein „Sieg Heil“-Ruf mit einer antisemitischen Äußerung. In weiteren fünf Fällen wurden Schüler_innen und Lehrer_innen als „Juden“ beleidigt (§ 185 StGB). In einem Fall kam es zu einer gefährlichen Körperverletzung unter Schüler_innen.

Des Weiteren gab es 41 Vorfälle im Internet, die an Einzelpersonen oder Institutionen adressiert waren, darunter 16 via SMS oder WhatsApp, 11 per E-Mail, 10 in sozialen Medien und vier sonstige. Insgesamt 30 Vorfälle ereigneten sich an Gedenkorten und 14 antisemitische Vorkommnisse an und in NS-

Gedenkstätten. Es gab 13 gezielte Sachbeschädigungen von Gedenkzeichen und drei Beschädigungen von Stolpersteinen.

Im direkten Umfeld der Betroffenen ereigneten sich 37 Vorfälle, davon 21 an jeweiligen Wohnort und 16 am jeweiligen Arbeitsplatz.

5.8.

Die Relevanz zivilgesellschaftlicher Erfassung und der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“

Wie bereits ausgeführt (siehe Abschnitt 5.3.), ergeben sich für die Strafermittlungsbehörden besondere Herausforderungen im Umgang mit antisemitischen Vorfällen. Mitunter erfüllen auf Vorfälle, die bei Anwendung der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ eindeutig als antisemitisch einzustufen sind, keinen Straftatbestand und werden deshalb nicht in die PMK-Statistik aufgenommen. Das unterstreicht die Relevanz eines zusätzlichen zivilgesellschaftlichen Monitorings in Ergänzung der polizeilichen Statistiken. Dies soll im Folgenden näher erläutert werden, und zwar exemplarisch anhand des Vorfalltyps Verletzen-des Verhalten – Versammlung (siehe Abschnitt 5.7.1.).

In Brandenburg hat es zwischen 2014 und 2018 insgesamt elf Vorfälle des Typs Versammlung gegeben. Zehn davon wurden ausschließlich von zivilgesellschaftlichen Stellen registriert – nur ein Vorfall taucht auch in der PMK-Statistik auf. Nachfolgend sind einige der zehn Vorfälle aufgeführt, die von der PMK-Statistik nicht erfasst wurden:

Bei einer Kundgebung des rechtsextremen „Bürgerbündnis Havelland e.V.“ am 29. Juli 2017 in Rathenow äußerte sich ein Redner der „Kameradschaft Märkisch-Oderland“ negativ über „jüdische Politiker“ in der Bundespolitik. RIAS – BK erhielt über den „Presseservice Rathenow“ Kenntnis davon.⁶⁷ Laut der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ ist diese Aussage antisemitisch, da sie „falsche, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Jüdinnen_Juden [...] über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen“⁶⁸ beinhaltet.

Bei einer Kundgebung des „Bürgerbündnis Havelland e.V.“ am 8. Oktober 2018 machte ein Redner Aussagen, die sich dem modernen Antisemitismus zuordnen lassen. Der Vorsitzende des Vereins, Christian Kaiser behauptete, Deutschland werde von „den Zionisten in Israel gelenkt“. Angela Merkel, so Kaiser, befände sich gerade in Israel, „um sich ihren nächsten Dokortitel von den Juden abzuholen“.⁶⁹

Die mehrfachen, bekannt gewordenen Solidaritätsaktionen mit der verurteilten Schoaleugnerin Ursula Haverbeck (u.a. am 18. März 2018 in Potsdam⁷⁰, am 7. Mai 2018 in Rathenow⁷¹, am 21. Juni 2018 in

67 Presseservice Rathenow: Extrem rechtes „Bürgerbündnis“ marschiert wieder. <https://presseservicern.wordpress.com/2017/07/30/rathenow-extrem-rechtes-buergerbuendnis-marschierte-wieder/> (Zugriff am 23.7.2019).

68 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus - Bundesweite Koordination: Über den RIAS Bundesverband – Arbeitsweisen: Arbeitsdefinition Antisemitismus. <https://www.report-antisemitism.de/rias-bund/> (Zugriff am 23.7.2019).

69 Presseservice Rathenow: Montagskundgebung des extrem rechten Bürgerbündnisses. <https://presseservicern.wordpress.com/2018/10/09/rathenow-montagskundgebung-des-extrem-rechten-buergerbuendnisses/> (Zugriff am 23.7.2019).

70 Neues Deutschland: Potsdam bekennt Farbe gegen Nazis <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1082745.potsdam-bekannte-farbe-gegen-neonazis.html> (Zugriff am 23.7.2019).

71 Presseservice Rathenow: Rathenow: Haverbeck-Solidarität und Chemtrails. <https://presseservicern.wordpress.com/2018/05/07/rathenow-haverbeck-solidaritaet-und-chemtrails/> (Zugriff am 23.7.2019).

Neuruppin⁷², am 1. Juli 2018 in Cottbus⁷³, am 2. Juli 2018 in Rathenow⁷⁴ und am 5. November 2018 in Rathenow⁷⁵) sind laut der IHRA-Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung der Schoa als antisemitisch einzuordnen. In der Definition heißt es: „Als Schoaleugnung werden solche **Diskurse und Formen der Propaganda** (eigene Hervorhebung) verstanden, die die historische Realität und das Ausmaß der Vernichtung der Jüdinnen_Juden durch die Nazis und deren Komplizen während des Zweiten Weltkrieges – bekannt als Holocaust oder Schoa – negieren.“⁷⁶

In der PMK-Statistik kommen all diese Vorfälle nicht vor, da sich die Äußerungen allesamt unterhalb der Strafbarkeitsgrenze bewegen. Dennoch handelt es sich um antisemitische Vorfälle. Um die Sichtweise und Erfahrungen der Betroffenen anzuerkennen, ist es wichtig, auch solche Vorfälle zu erfassen und zu benennen. Hierfür ist eine zusätzliche zivilgesellschaftliche Dokumentation antisemitischer Vorfälle unerlässlich. Ohne ein entsprechendes Monitoring durch Presse und zivilgesellschaftliche Organisationen wären die genannten antisemitischen Äußerungen im Rahmen von Versammlungen nicht bekannt geworden.

Allerdings finden gibt es auch Fälle von Schoaleugnungen, die strafrechtlich relevant sind und entsprechend in der PMK-Statistik verzeichnet sind. Ein Beispiel ist die Rede von Christian Kaiser, dem Vorsitzenden des „Bürgerbündnis Havelland e.V.“, in Rathenow am 2. Juli 2018, bei der er verurteilte Schoaleugner_innen als „friedliebende Dissidenten“ bezeichnete, die „den Finger in die Wunde der Lüge legen“⁷⁷. Andere antisemitische Äußerungen, etwa die Formulierung „Bombenholocaust“ oder wörtliche Zitate des verurteilten britischen Schoaleugners David Irving (z.B. am 13. Februar 2018 beim Gedenken an die Bombardierung Dresdens 1945 in Rathenow⁷⁸), aber auch das mehrfach auf Versammlungen gezeigte Transparent mit der Aufschrift „Zerschlagt die Lüge, die auf dem Rücken unserer Toten lastet“ (z.B. beim „Gedenken an die Bombenopfer“ in Nauen am 20. April 2017 und 2018) wurden hingegen nicht in der PMK-Statistik erfasst. Die Gründe hierfür sind unklar.

72 Märkische Oderzeitung: Laken mit rechtem Inhalt aufgehängt. <https://www.moz.de/landkreise/ostprignitz-ruppin/neuruppin/neuruppin-artikel/dg/0/1/1664774/> (Zugriff am 23.7.2019).

73 Recherche Netzwerk Berlin: Cottbus: Extrem rechter Aufmarsch des Vereins „Zukunft Heimat“. <https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/albums/72157698103048094> (Zugriff am 23.7.2019).

74 Presseservice Rathenow: Vereinsvorsitzender Bürgerbündnis solidarisierte sich mit Holocaustleugnenden und bezeichnete Stadtverordnete als „Volksverräter“. <https://presseservicern.wordpress.com/2018/07/02/rathenow-vereinsvorsitzender-buergerbuenndnis-solidarisiert-sich-mit-holocaustleugnenden-und-bezeichnet-stadtverordnete-als-volksverraeter/> (Zugriff am 23.7.2019).

75 Presseservice Rathenow: Montagskundgebung des extrem rechten Bürgerbündnisses. <https://presseservicern.wordpress.com/2018/10/09/rathenow-montagskundgebung-des-extrem-rechten-buergerbuenndnisses/> (Zugriff am 23.7.2019).

76 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus - Bundesweite Koordination: Über den RIAS Bundesverband – Arbeitsweisen: Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung der Schoa. <https://report-antisemitism.de/rias-bund> (Zugriff am 23.7.2019).

77 Presseservice Rathenow: Vereinsvorsitzender Bürgerbündnis solidarisierte sich mit Holocaustleugnenden und bezeichnete Stadtverordnete als „Volksverräter“. <https://presseservicern.wordpress.com/2018/07/02/rathenow-vereinsvorsitzender-buergerbuenndnis-solidarisiert-sich-mit-holocaustleugnenden-und-bezeichnet-stadtverordnete-als-volksverraeter/> (Zugriff am 23.7.2019).

78 Presseservice Rathenow: Rathenow – Dresden-Gedenken des extrem rechten Bürgerbündnisses. https://www.flickr.com/photos/presseservice_rathenow/albums/72157665713952838 (Zugriff am 23.7.2019).

6. Exkurse

Wie die Befragungen mit den Vertreter_innen der jüdischen Gemeinden und Institutionen in Brandenburg und die Auswertung der PMK-Statistik für die Jahre 2014–2018 ergeben haben, scheint Antisemitismus in Brandenburg ein Phänomen zu sein, welches sich vor allem in rechtsextremen Milieus artikuliert. Die folgenden Exkurse zu rechtsextremen und rechtspopulistischen Milieus in Brandenburg, darunter den Milieus der Reichsbürger_innen, Selbstverwalter_innen und Siedler_innen als Spielarten des rechtsextremen Spektrums, beleuchten demnach spezielle Herausforderungen für die Entwicklung von Maßnahmen zur Antisemitismusprävention in Brandenburg. Die folgenden Exkurse erheben keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Sie zeigen vielmehr exemplarisch anhand lokaler Lagebilder auf, wie sich Antisemitismus im rechtsextremen Milieu verorten lässt. Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist, das sich auch in Brandenburg jenseits rechtsextremer und rechtspopulistischer Milieus artikuliert.

6.1.

Rechtsextremes und rechtspopulistisches Milieu in Brandenburg

Bei den rechtsextremen und rechtspopulistischen Milieus⁷⁹ in Brandenburg handelt es sich um durchaus unterschiedliche politische Milieus, Szenen und Zusammenhänge mit unterschiedlich starker gesellschaftlicher Wirkung. Auch der Grad der Ideologisierung unterscheidet sich erheblich. Antisemitismus ist mit seiner integrierenden Funktion ein integraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie. Sämtliche Widersprüchlichkeiten der komplexen modernen Realität werden dabei auf die vermeintliche Urheberchaft von Jüdinnen_Juden zurückgeführt⁸⁰.

Seit den frühen 1990er Jahren gibt es in Brandenburg auch gewalttätige Anschläge von rechtsextremer Seite gegen Jüdinnen_Juden. So gab es eine Vielzahl von Schändungen und Angriffen auf jüdische Friedhöfe und Gedenkorte.⁸¹ Der Brandanschlag auf die jüdische Baracke des ehemaligen Konzentrationslagers

79 Vgl. Nach der Begriffserklärung zu Rechtsextremismus und Rechtspopulismus der Amadeu Antonio Stiftung ist Rechtsextremismus „ein Oberbegriff für politische Einstellungen, die die Demokratie und die Gleichwertigkeit aller Menschen ablehnen“, dessen Ideologie sich an die ethnische Zugehörigkeit orientiert, die rassistisch definiert wird. Gruppen, die nicht dem rassistischen Konstrukt entsprechen, werden abgelehnt und Gewalt angetan. Zum rechtsextremen Weltbild gehören „Formen dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus und Homo- und Trans*feindlichkeit sowie Obdachlosen- und Behindertenfeindlichkeit“, sowie „Sozialdarwinismus und ein Autoritarismus“. Typisch seien außerdem „eine Verharmlosung des Nationalsozialismus, ein Geschichtsrevisionismus und ein Hang zu Verschwörungsideologien“. In Abgrenzung dazu ist Rechtspopulismus ein Politikstil, der sich der Erzählung „Volk gegen die Eliten“ bedient, wonach Rechtspopulist_innen sich als Vertreter_innen eines „angeblich einheitlichen ‚Volkswillens‘ inszenieren. Demnach findet sich der Berührungspunkt zum Rechtsextremismus in der rassistischen Bestimmung des ‚homogenen Volkes (...) das sich von den ‚Anderen‘ abgrenzt“ und der Forderung nach autoritären Konzepten. Vgl. Amadeu Antonio Stiftung: Was ist Rechtsextremismus und Rechtspopulismus? <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextremismus-rechtspopulismus/was-ist-rechtsextremismus/> (Zugriff am 23.07.2019).

80 Gideon Botsch: Was ist Rechtsextremismus? Definitionen, Problemdimensionen und Einstellungsformen. In: Julius H. Schoeps / Gideon Botsch / Christoph Kopke / Lars Rensman (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg 2007, S. 31–46, hier S. 42.

81 Eine Chronologie der antisemitischen Angriffe zwischen 1992 und 1996 für die Region Berlin-Brandenburg verzeichnet für den Zeitraum 1990 bis 1999 Angriffe auf jüdische Einrichtungen, Friedhöfe und Gedenkorte. HaGalil: Am Beispiel der Region Berlin und Brandenburg: Chronologie antisemitischer Vorfälle seit dem Jahr 1992. <http://www.hagalil.com/antisemitismus/chronologie/1990-1999/antisemitismus-1992.htm> (Zugriff am 26.6.2019).

Sachsenhausen in der Nacht vom 26. September 1992⁸² erregte international Aufsehen. Im Januar 2001 gab es zudem einen Anschlag auf eine jüdische Trauerhalle in Potsdam,⁸³ der von der rechtsextremen Gruppierung „Nationale Bewegung“ verübt wurde. Der Anschlag markierte den Höhepunkt einer Serie rechtsextremer Straftaten und war Gegenstand des NSU-Untersuchungsausschusses im Brandenburger Landtag. Gewalttätiger Antisemitismus richtet sich jedoch nicht nur gegen Jüdinnen/Juden. Dies zeigte der Mord an Marinus Schöberl in Potzlow 2002. Drei rechtsextreme Jugendliche quälten den 16-Jährigen stundenlang und nötigten ihn, sich selbst als Jude zu bezeichnen, bevor sie ihn schließlich ermordeten.⁸⁴

Leider ist Rechtsextremismus in Brandenburg noch immer ein aktuelles Problem. Laut dem Verfassungsschutzbericht der Landes Brandenburg 2018 liegt das rechtsextreme Potenzial in Brandenburg bei 1.675 Personen und ist damit in den letzten Jahren stetig angestiegen.⁸⁵

Was die Binnenstruktur der rechtsextremen Szene angeht, gewinnen nach Einschätzung des Verfassungsschutzes weniger rechtsextreme Parteien wie die NPD oder „Der dritte Weg“ Zulauf, sondern vielmehr „weitestgehend unstrukturierte“ Zusammenhänge. Diese machten zwei Drittel des rechtsextremen Gesamtpersonenpotentials aus.⁸⁶ Teil dieses „unstrukturierten“ Milieus seien auch zahlreiche lose Vereinigungen, wie rassistische Kampagnen gegen Geflüchtetenunterkünfte („Nein zum Heim“) oder PEGIDA-ähnliche Ableger, die sich seit Ende 2014 in Brandenburg etabliert haben. In diesem Milieu werde Antisemitismus teilweise offen artikuliert. Eine dieser Vereinigungen ist das sogenannte „Bürgerbündnis Havelland e.V.“. Seit Oktober 2015 organisiert es Demonstrationen und sogenannte „Montagskundgebungen“ in Rathenow und ist darüber hinaus überregional mit anderen ähnlichen Initiativen vernetzt.⁸⁷ Bei einer Kundgebung am 8. Oktober 2017 behauptete der Vorsitzende des „Bürgerbündnisses“, Christian Kaiser, dass „wir in Wahrheit von den Zionisten in Israel gelenkt werden“. Er fuhr fort mit der Behauptung, Bundeskanzlerin Angela Merkel hole sich bei einem Staatsbesuch in Israel „ihren nächsten Dokortitel von

82 Die Welt: Brandstifter müssen doch in Gefängnis. <https://www.welt.de/print-welt/article662703/Brandstifter-muessen-doch-ins-Gefangnis.html> (Zugriff am 26.6.2019). Einer der damaligen Brandstifter, Thomas Haberland, tritt auch noch heute für die NPD in Brandenburg an. Vgl. Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Wahlcheck: Antisemitismus. <https://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/wahlcheck-antisemitismus/> (Zugriff am 26.6.2019).

83 Thorsten Metzger: Generalstaatsanwalt äußert Verdacht gegen Verfassungsschutz. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/brandanschlag-auf-juedische-trauerhalle-2001-generalstaatsanwalt-aeussert-verdacht-gegen-verfassungsschutz/14863780.html> (Zugriff am 26.6.2019).

84 Vgl. Opferperspektive e.V.: Marinus Schöberl. <https://www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/victims-marinus-schoeberl.php> (Zugriff am 26.6.2019).

85 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK): Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2018. https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Broschur_MIK_Verfassungsschutz_2018_Pressefassung_web.pdf S. 99 f. (27.6.2019), S. 10.

86 Das „Personenpotential“ bildet den Beobachtungsgegenstand des Brandenburger Verfassungsschutzes ab. 2018 waren die rechts-nationalistische „Alternative für Deutschland“ (AfD) und ihre Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) noch keine offiziellen Beobachtungsobjekte des Brandenburger Verfassungsschutzes. Im Januar 2019 wurde ein Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) publik, nach dem Anhaltspunkte für die Verfassungsfeindlichkeit von AfD und JA vorlägen. Das BfV stufte beide Organisationen daraufhin als „Verdachtsfall“ ein. Das Gutachten zitiert unter anderem rechtsextreme Aussagen Brandenburger AfD-Politiker_innen. Zudem werden dort Verbindungen von AfD-Abgeordneten, ihren Mitarbeiter_innen und von JA-Aktivist_innen zu rechtsextremen Gruppierungen wie der sogenannten „Identitären Bewegung“ beschrieben. Vgl. Frank Jansen / Alexander Fröhlich: Was der Verfassungsschutz über die AfD in Brandenburg weiß. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bfv-gutachten-was-der-verfassungsschutz-ueber-die-afd-in-brandenburg-weiss/23892676.html> (Zugriff am 10.07.2019).

87 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK): Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2018. https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Broschur_MIK_Verfassungsschutz_2018_Pressefassung_web.pdf S. 99 f. (27.6.2019), S. 83.

den Juden“ (siehe Abschnitt 5.8).⁸⁸ Auf weiteren Kundgebungen des „Bürgerbündnis Havelland“ wurde Solidarität mit der Schoaleugnerin Ursula Haverbeck bekundet.⁸⁹ Eine Rednerin aus Berlin äußerte sich im Herbst 2018 auf einer Versammlung des „Bürgerbündnis Havelland“ Schoa-relativierend. Sie sagte: „Ob es den Holocaust in dieser Form gegeben hat oder nicht, ist in Anbetracht dessen, was unsere wahre Existenz bedroht vollkommen nebensächlich.“⁹⁰ Bei einer Veranstaltung des „Bürgerbündnisses“ in Rathenow am 5. November 2018 – also nur wenige Tage vor dem 80. Jahrestag der Reichspogromnacht 1938 – sprach ein Redner von einem „Schleier des Schuldkultes“.⁹¹

Auch bei anderen Gelegenheiten bekundeten Rechtsextremist_innen in Brandenburg ihre Solidarität mit diversen verurteilten Schoaleugner_innen. Immer wieder fanden Kundgebungen und Unterstützungsaktionen für den inhaftierten Schoaleugner Horst Mahler und die seit Mai 2018 wegen Volksverhetzung inhaftierte Ursula Haverbeck statt. Als ehemaliges NPD-Mitglied ist Horst Mahler eine Ikone der rechtsextremen Szene. Mahler ist seit 2009 wegen mehrfacher Volksverhetzung in der JVA Brandenburg an der Havel inhaftiert. Seine Haft hindert ihn jedoch nicht daran, weiterhin antisemitische Pamphlete zu verfassen und diese zu verbreiten. Seine antisemitischen Schriften werden nicht nur innerhalb der rechtsextremen Szene verbreitet, sondern teilweise auch an Jüdinnen_Juden geschickt, um diese einzuschüchtern. In einem Interview berichtete ein_e Vertreter_in einer Brandenburger Gemeinde von einer Massenzuschrift, die Horst Mahler an seine Gemeinde versendet hatte (BB_8).

Insbesondere zum sogenannten „Tag des politischen Gefangenen“ um den 18. März veranstalten unterschiedliche rechtsextreme Gruppierungen regelmäßig Versammlungen. Dabei forderten sie unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit wiederholt u.a. die Freilassung von Horst Mahler und Ursula Haverbeck.⁹² Haverbeck kandidierte bei der Europawahl 2019 als Spitzenkandidatin der rechtsextremen Kleinstpartei „Die Rechte“. Die Partei versuchte in der Vergangenheit auch in Brandenburg Fuß zu fassen, ist aber seit 2018 nicht mehr in der Region aktiv.⁹³ Im Zuge rechtsextremer Kampagnen für die Freilassung Haverbecks kam es auch in Brandenburg zu antisemitischer Propaganda und gezielten Sachbeschädigungen.⁹⁴

Ein weiterer Akteur in Brandenburg, der Forscher_innen zufolge zumindest als „latent antisemitisch“ einzustufen ist, ist der Verein „Zukunft Heimat“ aus Golßen im Landkreis Dahme-Spreewald.⁹⁵ Der Verein veranstaltet seit Mai 2015 in der Region eine Kampagne gegen Geflüchtete. Seit Mai 2017 demonstriert

88 Presseservice Rathenow: Rathenow: Montagskundgebung des extrem rechten Bürgerbündnisses. <https://presseservicern.wordpress.com/2018/10/09/rathenow-montagskundgebung-des-extrem-rechten-buergerbuendnisses/> (Zugriff am 1.07.2019).

89 Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Wahlcheck: Antisemitismus. <https://www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/wahlcheck-antisemitismus/> (Zugriff am 1.07.2019).

90 Presseservice Rathenow: Haverbeck-Solidarität und Chemtrails. <https://presseservicern.wordpress.com/2018/05/07/rathenow-haverbeck-solidaritaet-und-chemtrails/> (Zugriff am 1.07.2019).

91 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus - Bundesweite Koordination: Rund um den 9. November: Antisemitische Vorfälle in Berlin und bundesweit. <https://www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin/posts/2204962059825470/> (Zugriff am 1.07.2019).

92 Presseservice Rathenow: Neonaziaufmarsch zum 18. März. <https://infriot.de/neonaziaufmarsch-zum-18-maerz/> (Zugriff am 10.07.2019).

93 Vgl. Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK): Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2018. https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Broschur_MIK_Verfassungsschutz_2018_Pressefassung_web.pdf (Zugriff am 27.6.2019), S. 12.

94 Presseservice Rathenow: Solidaritätsplakat für Holocaustleugnerin entfernt. <https://presseservicern.wordpress.com/2018/06/21/nauen-solidaritaetsplakat-fuer-holocaustleugnerin-entfernt/> (Zugriff am 10.07.2019).

95 Emil Julius Gumbel Forschungsstelle für Rechtsextremismus und Antisemitismus: Die Sprache der Asylkritik., https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJGF_Mitteilungen_2018_02.pdf (Zugriff: 1.07.2019), S. 14.

„Zukunft Heimat“ regelmäßig in Cottbus. Die Zahl der Teilnehmenden ist dabei teilweise vierstellig. Die Demonstrationen von „Zukunft Heimat“ werden personell und logistisch stark unterstützt von „PEGIDA Dresden“, dem neu-rechten⁹⁶ Netzwerk „Ein Prozent“, der sogenannten „Identitären Bewegung“ und vor allem von der AfD. Schätzungsweise seit 2018 ist der führende Kopf von „Zukunft Heimat“, Christoph Berndt, Mitglied der AfD. Bei der Landtagswahl im September 2019 kandidiert er auf Listenplatz 2 der Partei. Laut Medienberichten nehmen auch Rechtsextreme aus dem NPD-Umfeld und dem Cottbusser Fußball-Milieu (siehe weiter unten) an den Demonstrationen von „Zukunft Heimat“ teil. Am Rande dieser Veranstaltungen kam es wiederholt zu gewalttätigen Angriffen gegen Journalist_innen und vermeintliche politische Gegner_innen.⁹⁷

Auch wenn sich die Demonstrationen von „Zukunft Heimat“ inhaltlich vor allem auf das Thema Migration und den Kampf gegen das sogenannte Establishment konzentrieren, schwingt bei den verbreiteten verschwörungsideologischen Mythen immer wieder auch Antisemitismus mit. Dazu gehört etwa die Behauptung, „die Eliten“ hätten sich gegen „das Volk“ verschworen, um durch eine planvolle, massenhafte Einwanderung einen „großen Austausch“, die sogenannte „Umvolkung“ zu vollziehen – mit dem Ziel, die deutsche Bevölkerung zu „vernichten“. Die „Eliten“, die auf den Demonstrationen in Cottbus für diese angebliche „Umvolkung“ verantwortlich gemacht werden, bleiben meist völlig diffus. Als einer der wenigen konkreten Personen wird häufiger der jüdische Milliardär und Philanthrop George Soros genannt.⁹⁸

In der Vergangenheit sind in den sozialen Medien auch mehrere brandenburgische AfD-Mitglieder im Kontext antisemitischer Äußerungen und Kommentare aufgefallen.⁹⁹ Dass Antisemitismus nicht nur ein Problem einzelner Akteur_innen innerhalb der AfD ist, zeigt sich in Wahlprogrammen der rechtspopulistischen Partei für die Kommunalwahlen in Brandenburg im Mai 2019. Unter anderem forderten die AfD-Kreisverbände Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming ein Verbot des Schächtens.¹⁰⁰ Der AfD-Kreisverband Ostprignitz-Ruppin sprach sich gegen eine öffentliche Förderung des Baus nicht-christlicher Gotteshäuser aus.¹⁰¹ Beide Forderungen mögen vorrangig gegen Muslim_innen gerichtet sein, diskriminieren neben diesen jedoch auch Jüdinnen_Juden. Ihre Umsetzung würde die Ausübung religiöser Gesetze sowie den Wiederaufbau jüdischen Lebens unmöglich machen. Die genannten Forderungen stehen in eklatantem Widerspruch zu den wiederholten Beteuerungen von AfD-Politiker_innen, wonach

96 Dem Belltower News Lexikon zur Neuen Rechte zufolge ist der Begriff „Neue Rechte“ „eine Selbstbezeichnung rechtsextremer Intellektueller, die eine ideologische und strategische Modernisierung des rechten Lagers anstreben und sich zugleich von der stark an der NS-Zeit orientierten ‚Alten Rechten‘ absetzen wollen“. Vgl. Belltower News: Neue Rechte. <https://www.belltower.news/lexikon/?letter=N> (Zugriff am 1.07.2019).

97 Joschka Fröschner/Jacob Wernecke: „Was interessiert mich denn Cottbus?“ Dynamiken rechter Formierungen in Südbrandenburg: der Verein Zukunft Heimat. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Zukunft-Heimat.pdf (Zugriff am 17.07.2019). S. 9 f.

98 Stefan Lauer: Keine Berührungängste zu Rechtsextremen und Antisemitismus. <https://www.belltower.news/zukunft-heimat-in-cottbus-keine-beruehrungsangste-zu-rechtsextremen-und-antisemitismus-48106/> (Zugriff am 10.07.2019).

99 Im Vorfeld der Kommunalwahlen in Brandenburg 2019 publizierten das „Aktionsbündnis Brandenburg“ und die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle des MMZ Recherchen zu den Kandidat_innen der AfD. Darin wurden u.a. antisemitische Äußerungen aufgeführt. Vgl. Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Wahlcheck: Antisemitismus. <https://www.aktionsbueundnis-brandenburg.de/wahlcheck-antisemitismus/> (Zugriff am 10.07.2019) sowie Christoph Schulze: Die Bürgerwut im Kreistag? https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJG_Mitteilungen_2019_01.pdf (Zugriff am 10.07.2019).

100 Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit : Wahlcheck: Antisemitismus. <https://www.aktionsbueundnis-brandenburg.de/wahlcheck-antisemitismus/> (Zugriff am 10.07.2019).

101 Ebd.

das Judentum zu Deutschland gehöre. Damit offenbart die AfD ihr instrumentelles Verhältnis zu Jüdinnen_Juden, das in erster Linie der antimuslimischen Mobilisierung der Partei dient.¹⁰²

Als räumlicher Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten in Brandenburg gilt die Region um die südbrandenburgische kreisfreie Stadt Cottbus.¹⁰³ Cottbus verfügt über eine gut vernetzte rechtsextreme Szene, in der sich ein gewaltaffines Milieu von Freien Kameradschaften, Fußball-Hooligans, Kampfsportler_innen, Rechtsrocker_innen und Türsteher_innen miteinander vermischt. Teilweise bestehen auch Kontakte ins kriminelle Rotlichtmilieu.¹⁰⁴ Der Antisemitismus dieser rechtsextremen Szene tritt am deutlichsten im Fußballkontext zutage. Rund um den ehemaligen Bundesliga-Verein „Fussballclub Energie Cottbus e.V.“ (FCE) existiert eine rechtsextreme Fußballszene, in der die mittlerweile aufgelöste Gruppierung „Inferno Cottbus“ weiterhin tonangebend ist.¹⁰⁵ Es bestehen mehrere personelle Kontakte und Überschneidungen zwischen „Inferno Cottbus“ und der verbotenen „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“¹⁰⁶, aber auch mit der sogenannten „Identitären Bewegung“.¹⁰⁷ Personen aus dem Umfeld der Gruppierung sind im Fußballkontext immer wieder durch offen neonazistische und antisemitische Aktionen und Gewalttaten aufgefallen.¹⁰⁸ Einige Beispiele sind:

- 2005: FCE-Fans zeigten beim Spiel gegen Dynamo Dresden ein Banner mit der Aufschrift „Juden Dresden“.¹⁰⁹
- 2013: Wenige Tage nach dem Verbot der „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ verhinderte „Inferno Cottbus“ ein Testspiel des FCE gegen den israelischen Erstligaclub Maccabi Haifa, der sich im selben Trainingslager in Tirol befand. Nachdem bekannt wurde, dass sich ein Bus mit 40 zum Teil gewaltbereiten FCE-Fans auf dem Weg zum Trainingslager befand, sagte die Polizei das Spiel aus Sicherheitsgründen ab. Unter den anreisenden Fans sollen auch Mitglieder von „Inferno Cottbus“ gewesen sein.¹¹⁰

102 Benjamin Steinitz / Daniel Poensgen: Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus, <https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Berliner-Zustaeende-2017.pdf> (Zugriff am 17.07.2019), S. 36.

103 Christoph Schulze: Konsolidierung eines Milieus. https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJGF_Mitteilungen_2018_01.pdf (Zugriff am 10.07.2019), S. 2.

104 Kira Ayyadi: Hotspot rassistischer Gewalt. <https://www.belltower.news/cottbus-hotspot-rassistischer-gewalt-44976/> (Zugriff am 10.07.2019).

105 Vgl. Recherchen vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) dazu, wie Hooligans von „Inferno Cottbus“ nach der offiziellen Selbstauflösung weiterhin die Fanszene kontrollieren, Adrian Bartocha / Sebastian Schiller / Jan Wiese 2019: Rechtsextreme Hooligans kontrollieren Cottbuser Fanszene. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/01/rechtsextreme-fangruppe-ultras-energie-cottbus-inferno.html> (Zugriff am 12.07.2019).

106 Christoph Ruf: Inferno Cottbus. Wenn Nazis im Reich Unterwegs sind. In: Christoph Ruf (Hrsg.): Kurvenrebelln. Die Ultras – Einblicke in eine widersprüchliche Szene. Göttingen: Verlag Die Werkstatt 2018, S. 150–154, hier S. 152.

107 Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK): Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2018. https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Broschur_MIK_Verfassungsschutz_2018_Pressefassung_web.pdf S. 99 f. (27.6.2019). S. 89; Rene Garzke: Nach Razzia in Cottbus „Die härtesten Schläger“. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-razzia-in-cottbus-die-haertesten-schlaeger/24211014.html> (Zugriff am 10.07.2019).

108 Christoph Schulze: Cottbus oder der rechte „Bürgerkrieg“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3 (2018) S. 13–16, hier S. 16.

109 Simone Wendler: Nazi-Banner im Energie-Fanblock hat juristisches Nachspiel. https://www.lr-online.de/nachrichten/nazi-banner-im-energie-fanblock-hat-juristisches-nachspiel_aid-4328509 (Zugriff am 10.07.2019).

110 Vgl. Christoph Ruf: Inferno Cottbus. Wenn Nazis im Reich Unterwegs sind. In: Christoph Ruf (Hrsg.): Kurvenrebelln. Die Ultras – Einblicke in eine widersprüchliche Szene. Göttingen: Verlag Die Werkstatt 2018, S. 150–154, hier S. 152.

- 2016: Bei einem Regionalliga-Heimspiel gegen den SV Babelsberg 03 (Verein und Fanszene verstehen sich als links und antifaschistisch) im November riefen FCE-Fans Sprechchöre wie „Arbeit macht frei – Babelsberg 03“ und warfen Feuerwerkskörper auf Babelsberg-Fans. Außerdem wurden im Umkreis des Stadions antisemitische Graffiti gesprüht, darunter Slogans wie „Babelsberg vergasen“ und „Juden 03“.¹¹¹
- 2017: Bei einem Spiel gegen den SV Babelsberg im April im Karl-Liebknecht-Stadion in Potsdam kam es zu Ausschreitungen. Vermummte FCE-Anhänger stürmten das Fußballfeld und warfen Feuerwerkskörper auf Babelsberg-Fans. Außerdem skandierten sie Parolen wie „Arbeit macht frei – Babelsberg 03“ und „Zecken, Zigeuner und Juden“.¹¹²

Auch Anhänger anderer brandenburgischer Fußballvereine artikulierten antisemitische Schmähesänge und Beleidigungen. Im November 2018 ereignete sich ein Vorfall bei einem Landespokalspiel zwischen dem Ludwigsfelder FC und dem FSV 63 Luckenwalde. Dabei beleidigten Ludwigsfelde-Fans die gegnerische Mannschaft antisemitisch und sexistisch.¹¹³

Ein weiteres Feld, in dem Rechtsextreme offenen Antisemitismus verbal sowie in Bildern artikulieren, ist die rechtsextreme Rockmusik, auch Rechtsrock genannt. Rechtsrock ist nicht nur ein subkultureller Vermittlungsraum für rechtsextreme Ideologie, sondern auch ein Erlebnisraum, der im Gegensatz zur Parteipolitik in verschiedenen Bereichen des Alltags zur Geltung kommt.¹¹⁴ Zwar hat die Zahl der Rechtsrock-Konzerte in Brandenburg aufgrund des repressiveren Vorgehens der Strafverfolgungsbehörden seit einiger Zeit stark abgenommen. Dennoch gibt es in Brandenburg noch immer 23 aktive Rechtsrock-Bands und 14 rechtsextreme Liedermacher_innen, die außerhalb von Brandenburg u.a. auf großen Szenerveranstaltungen auftreten. Eine der zentralen Personen der Brandenburger Rechtsrock-Szene ist der Potsdamer Uwe M., dessen Spitzname „Uwocaust“ eine Zusammensetzung seines Namens und des Wortes „Holocaust“ ist.¹¹⁵ Neben regelmäßigen Konzerten werden in Brandenburg zahlreiche Tonträger mit Rechtsrock hergestellt und vertrieben.¹¹⁶ Eine Untersuchung von Lied- und Booklet-Texten auf antisemitische Feindbilder hat gezeigt, wie allgegenwärtig diese bei Brandenburger Rechtsrock-Bands sind.¹¹⁷ In den Texten werden Jüdinnen_Juden offen diffamiert und gedemütigt. Antisemitische Stereo-

111 Robin Dullinge: Antisemitische Hetze beim Brandenburg Derby. https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2016/11/22/brandenburg-derby-antisemitismus-hetze_22733 (Zugriff am 10.07.2019).

112 Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus: Ausschreitungen und antisemitische Parolen bei Fußballspiel in Potsdam-Babelsberg <https://jfd.de/blog/2017/05/03/ausschreitungen-und-antisemitische-parolen-bei-fussballspiel-sv-babelsberg-03-fc-energie-cottbus/> (Zugriff am 10.07.2019).

113 Brandenburg Aktuell: Antisemitische Rufe im Brandenburger Landespokal. <https://www.rbb24.de/sport/beitrag/2018/11/fussball-landespokal-brandenburg-ludwigsfelde-luckenwalde-antisemitismus.html> (Zugriff am 10.07.2019).

114 Vgl. Jan Raabe: Rechtsrock in Deutschland. Funktion, Entwicklung, Zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems. In: Gideon Botsch / Jan Raabe / Christoph Schulze (Hrsg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs. Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2019, S. 19–44, hier S. 29.

115 Vgl. Christoph Schulze: Rechtsrock in Brandenburg. Bands – Konzerte – Netzwerke – Ereignisse. In: Gideon Botsch / Jan Raabe / Christoph Schulze (Hrsg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs. Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2019, S. 45–142, hier S. 87 f.

116 Zwei der drei aktivsten Rechtsrock-Label befinden sich in Brandenburg. Es handelt sich um „Opos Records“ aus Lindenau (Landkreis Oberspreewald-Lausitz) mit 137 Neuerscheinungen und „Rebel-Records“ aus Cottbus mit 96 Tonträgern (Stand 31.12.2017). Vgl. Jan Raabe: Rechtsrock in Deutschland. Funktion, Entwicklung, Zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems. In: Gideon Botsch / Jan Raabe / Christoph Schulze (Hrsg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs. Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2019, S. 19–44, hier S. 37.

117 Laura Schenderlein: Feindbild Jude. Antisemitismus im Rechtsrock. In: Gideon Botsch / Jan Raabe / Christoph Schulze (Hrsg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs. Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2019, S. 249–270, hier S. 249.

type und Ressentiments werden aber auch implizit, in Form von Codes und Chiffren transportiert. Dabei werden Jüdinnen_Juden grundsätzlich als das „Andere“ in Abgrenzung zum völkisch definierten „Wir“ beschrieben. Mit der Zuschreibung negativer Stereotype wird die Ausgrenzung fixiert. Auffällig häufig, so schlussfolgert die Untersuchung, nehmen Brandenburger Rechtsrock-Bands dabei Bezug auf das sogenannte „ZOG“. Das Kürzel steht für „Zionist Occupied Government“, also die Vorstellung einer vermeintlich geheimen jüdischen Weltherrschaft.¹¹⁸

Eine Debatte mit antisemitischen Zügen ereignete sich Während des Untersuchungszeitraums in Groß Gaglow, einem Stadtteil von Cottbus. Der Jewish Claims Conference (JCC), eine jüdische Organisation, die Entschädigungsansprüche von Opfern der Schoa vertritt und weltweit Programme der Sozialfürsorge für bedürftige Holocaust-Überlebende durchführt, wurden nach dem Vermögensgesetz mehrere Grundstücke zugesprochen. Das hat vor Ort eine Kontroverse um die Schuld an NS-Verbrechen ausgelöst.¹¹⁹ Die Grundstücke gehörten einst der Jüdischen Landarbeit GmbH, einer Siedler_innengemeinschaft, die sich dort 1930 niedergelassen hat und ein 200 Hektar umfassendes Siedlungsprojekt betrieben hat. 1933 wurden die Grundstücke durch die Nazis enteignet, die jüdischen Eigentümer_innen von dort vertrieben.¹²⁰ Der Ortsvorsteher von Groß Gaglow stellte sich in der entstehenden Debatte auf die Seite der heutigen Hauseigentümer und kritisierte die Rückforderung der JCC.¹²¹ Zugleich aber mahnte er an, dass durch die Situation keine „antijüdischen Haltungen“ in der Bevölkerung geschürt werden sollen und erteilte eine Absage an den Verein „Zukunft Heimat“, der nach seiner Ansicht die „Gefühle und Ansichten von Menschen missbraucht“.¹²² Dennoch löst die Debatte antisemitische Reaktionen und Schuldabwehrreflexe aus. So wurde die Situation auch von der rechtsextremen Kleinstpartei „Der Dritte Weg“ thematisiert, die auf ihrer Webseite modernen Antisemitismus bedient, wenn sie der JCC unterstellt „bloße kapitalistische Interessen“¹²³ zu verfolgen und den Verschwörungsmythos verbreitet, dass „Juden (...) Deutsche aus ihren Häusern“¹²⁴ vertreiben wollen. Im Zuge der Debatte kam es sogar zu anonymen Morddrohungen gegen einzelne Angestellte der JCC und ihrer Familien.

Inzwischen hat die Staatskanzlei des Landes Brandenburg ein Schlichtungsverfahren in Groß Gaglow initiiert.¹²⁵ Die JCC hatte Ansprüche auf 124.569 Vermögenswerte in den Neuen Bundesländern angemeldet, von denen sich letztlich rund 14% konkretisiert haben (Stand 31. Mai 2017).¹²⁶

118 Vgl. ebd. S. 267 f.

119 Julia Haak: Entschädigung für NS-Opfer: Rentner in Cottbus sollen Land und Häuser verlieren. <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/brandenburg/entschaedigung-fuer-ns-opfer-rentner-in-cottbus-sollen-land-und-haeuser-verlieren-31906760> (Zugriff am 5.8.2019).

120 Gedenkstätte Deutscher Widerstand: Martin Gerson. https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/martin-gerson/?no_cache=1 (Zugriff am 5.8.2019).

121 Groß Gaglow Cottbus: Protestaktion unserer Bürger gegen die Herausgabe ihrer Grundstücke an die Jewish Claims Conference. <https://www.gross-gaglow-cottbus.de/ortslieben/ortbeirat/a-protestaktion-unserer-buerger-gegen-die-herausgabe-ihrer-grundstuecke-an-die-jewish-claims-conference.html> (Zugriff am 5.8.2019).

122 Ebd.

123 Der Dritte Weg: Juden wollen in Cottbus Deutsche vertreiben. <https://der-dritte-weg.info/2018/11/juden-wollen-in-cottbus-deutsche-aus-ihren-haeusern-vertreiben/> (Zugriff am 5.8.2019).

124 Ebd.

125 Staatskanzlei des Landes Brandenburg: Schlichtung für Groß Gaglower Familien kann beginnen. <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.636891.de> (Zugriff am 5.8.2019).

126 Jewish Claims Conference: Künftige Entwicklung der Einkommenssituation. <https://www.claimscon.de/unsere-taetigkeit/nachfolgeorganisation/kuenftige-entwicklung.html> (Zugriff am 12.8.2019).

6.2. Reichsbürger_innen in Brandenburg

Anhänger_innen des Milieus der Reichsbürger_innen sind der Überzeugung, dass die Bundesrepublik Deutschland kein souveräner Staat sei. Teilweise wird die Bundesrepublik auch als Unternehmen betrachtet (die sogenannte „BRD GmbH“). Viele Menschen in diesem Milieu sind der Überzeugung, dass das Deutsche Reich auch nach 1945 fortbestand – wahlweise in den Grenzen von 1871, 1918 oder 1937. Sie gehen außerdem davon aus, dass Deutschland sich noch immer im Kriegszustand mit den Alliierten befinde. Neben Geschichtsrevisionismus bis hin zur Schoaleugnung ist das Milieu der Reichsbürger_innen ideologisch verbunden durch allerlei Verschwörungsmymen. Diese knüpfen mitunter an die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung an. Ein antisemitisches Weltbild ist der Ideologie von Reichsbürger_innen somit oftmals inhärent.¹²⁷

Das Phänomen der Reichsbürger_innen existiert etwa seit Mitte der 1980er Jahre. In Brandenburg fiel es erstmals 2009 öffentlich auf, bei der Gründung des „Fürstentum Germania“ in Plattenburg im Landkreis Prignitz. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg werden Reichsbürger_innen zum ersten Mal 2012 erwähnt. Seit 2016 stehen sie unter Beobachtung der Behörde. Nach deren Schätzungen stieg die Zahl der Reichsbürger_innen in Brandenburg in den Folgejahren stark an. Allein von 2017 zu 2018 nahm die vermutete Zahl um über 15 % zu. Als Gründe für diesen Anstieg nennt der Verfassungsschutz auch die erhöhte Aufmerksamkeit für das Phänomen. So seien die Kommunen mittlerweile deutlich besser geschult in der Erkennung von Reichsbürger_innen. Dennoch sei auch von einem realen Anstieg auszugehen.

Tabelle 3 Geschätzte Anzahl von Reichsbürger_innen in Brandenburg
(Quellen: Verfassungsschutzberichte 2012–2018)

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anzahl Reichsbürger_innen	100	150	300	440	560	650

Reichsbürger_innen sind vor allem im Süden und Osten Brandenburgs zu finden, insbesondere in den Landkreisen Dahme-Spreewald, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, Oder-Spree und Märkisch-Oderland.¹²⁸ Aktiv sind in Brandenburg u.a. die „Exil-Regierung Deutsches Reich“¹²⁹ mit bis zu 60 Sympathisant_innen, der „Albert-Schweitzer-Kreis“, die „Europäische Aktion“ und der „Freistaat Preußen“.¹³⁰ Hinzu kommen Aktivitäten sogenannter Selbstverwalter_innen und weiterer Einzelpersonen, die keiner konkreten Szene zugeordnet werden können, aber der Bundesrepublik Deutschland die Legitimität absprechen. Die Szene der Reichsbürger_innen ist in den letzten Jahren in Brandenburg insgesamt aktiver und gewaltbereiter

127 Jan Rathje: „Reichsbürger“ – Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik. Wissen schafft Demokratie. In: Wissen schafft Demokratie, Band 1 (2017). S. 238–249.

128 Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit : Reichsbürger. <https://www.aktionsbueundnis-brandenburg.de/reichsbuerger> (Zugriff am 12.07.2019).

129 Alexander Fröhlich: Reichsbürger immer gewaltbereiter. <https://www.pnn.de/brandenburg/reichsbuerger-in-brandenburg-reichsbuerger-immer-gewaltbereiter/21417194.html> (Zugriff am 12.07.2019).

130 Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2210 der Abgeordneten Björn Lakenmacher und Danny Eichelbaum Fraktion der CDU Landtagsdrucksache 6/5320.

geworden. 2017 wurden in Brandenburg insgesamt 70 Straftaten von Reichsbürger_innen aktenkundig, darunter 10 Gewaltdelikte. 2014 waren es laut Innenministerium insgesamt nur 10 Straftaten. Zusätzlich fallen Reichsbürger_innen immer wieder durch unrechtmäßigen Waffenbesitz auf. Im April 2019 fand die Polizei bei einer Hausdurchsuchung bei einem Reichsbürger aus dem Landkreis Elbe-Elster neben Munition, NS-Devotionalien und „Phantasieausweisen mit Reichsbürgerbezug“, auch eine Kalaschnikow sowie eine Kiste mit Munition aus dem Zweiten Weltkrieg.¹³¹ Im Dezember 2018 stellte die Polizei bei einer Verkehrskontrolle in Neustadt/Dosse (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) bei einem Mann, der dem Reichsbürger_innen-Milieu zuzurechnen ist, Munitionsreste, eine verrostete Stabhandgranate, schussfähige Langwaffen, zwei Panzergranaten ohne Sprengstoff sowie eine Handgranate sicher.¹³² Zwei Mitglieder der Reichsbürger_innen-Gruppierung „Freistaat Preußen“ führen einen Militaria-Laden in Potsdam. Dessen Eröffnung wurde vom Land Brandenburg als Existenzgründung gefördert. Auf der Webseite des Geschäfts wird behauptet, die meisten Bücher über die NS-Zeit gäben die Geschichte „sehr einseitig und verfälscht“ wieder. Von einer „Nazi-Diktatur“, so heißt es weiter, könne „wohl kaum die Rede sein“.¹³³

Zu den ideologischen Grundlagen des Reichsbürger_innen-Milieus gehört die Behauptung, die Regierung der Bundesrepublik werde von fremden Mächten gesteuert. Als Verantwortliche für diese vermeintliche „Besatzung“ Deutschlands gelten „das globale Finanzkapital“, „Zionisten“ oder „die Rothschilds“ – alles mehr oder weniger deutliche Chiffren für Jüdinnen/Juden. Auch in anderen Kontexten fungiert die Figur des Juden bzw. der Jüdin bei Reichsbürger_innen als antisemitische Projektionsfläche. So sagte Lutz Prast vom „Freistaat Preußen“ der ARD-Sendung „Kontraste“ zufolge: „Wir wissen, dass die Merkel immer so dasteht – und wir wissen, dass die Merkel Jüdin ist und Freimaurerin. Und es gibt ein Bild, wo Adolf Hitler auch so dasteht. Der wurde von Anfang an von jüdischen Banken unterstützt.“¹³⁴ Dieses antisemitisch-verschwörungsideologische Denken kann auch in direkte Angriffe und andere Taten münden. Im Januar 2011 verübten beispielsweise Reichsbürger_innen einen antisemitischen Brandanschlag auf die Kleingartenlaube eines jüdischen Berliners in Gosen (Landkreis Oder-Spree). Dabei wurde die Fassade des Bungalows mit einem Davidstern und dem Wort „raus“ beschmiert.¹³⁵ 2012 verschickte die „Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen“ Drohbriefe an jüdische und islamische Gemeinden und Kommunen.¹³⁶ Im Oktober 2013 wurden Flugblätter an den Eingang des Finanzamtes in Cottbus geklebt, die dazu aufforderten, sich vom „Zionismus“ zu befreien.¹³⁷

In der Politik war das Thema Reichsbürger_innen bereits Gegenstand mehrerer parlamentarischer Anfragen und Diskussionen im Landtag. Auf Initiative des Brandenburger Innenministeriums wurden im Jahr

131 Märkische Oderzeitung: Kalaschnikow bei mutmaßlichem „Reichsbürger“ gefunden. <https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/1724347> (Zugriff am 12.07.2019).

132 Nordkurier: Reichsbürger mit Granate und Waffen im Auto erwischt. <https://www.nordkurier.de/brandenburg/reichsbuerger-mit-granate-und-waffen-im-auto-erwischt-1634023912.html> (Zugriff am 12.07.2019).

133 Kontraste – Die Reporter: Wie gefährlich sind Reichsbürger? https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/terrorismus/wie-gefaehrlich-sind-die-reichsbuerger.html (Zugriff am 11.07.2019).

134 Ebd.

135 T-Online: Jüdische Einwanderer bedroht. https://web.archive.org/web/20110127131546/http://nachrichten.t-online.de/juedischer-einwanderer-bedroht/id_44117692/index (Zugriff am 11.07.2019).

136 Rene Garzke: Reichsbürger zu lange belächelt. https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/05/14/reichsbuerger-zu-lang-belaechelt_26237 (Zugriff am 11.07.2019).

137 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Reichsbürger, Die. <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/reichsb%C3%BCrger-die> (Zugriff am 11.07.2019).

2018 einer Vielzahl von Reichsbürger_innen die Waffen entzogen.¹³⁸ Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen in Brandenburg führen Veranstaltungen durch und publizieren Informationsmaterialien, die auf die Problematik aufmerksam machen sollen.¹³⁹ Auch wenn versucht wird, sich der Thematik zu stellen, bietet angesichts der antisemitisch-verschwörungsmithologischen Ideologie und der hohen Waffen- und Gewaltaffinität des Milieus der Anstieg der Zahl von Reichsbürger_innen in Brandenburg Anlass zu großer Sorge.

6.3. Rechte und antisemitische Siedler_innen in Brandenburg

Seit mehreren Jahren siedeln sich vermehrt rechtsextreme und völkische Gruppierungen im ländlichen Raum an. Rechte Siedler_innen wirken auf den ersten Blick vielleicht alternativ, sie sind oft Selbstversorger (durch Ökolandbau), viele Männer arbeiten in Handwerksberufen, Frauen häufig als Erzieherinnen. Die Großfamilienstrukturen agieren aber auf der Grundlage eines faschistisch-antisemitischen Weltbildes sowie einer patriarchalen Vorstellung von Familie. Die Siedler_innen eint eine völkische Blut-und-Boden-Ideologie sowie der Glaube an die Überlegenheit des „deutschen Volkes“ Deutschlandweit gab es 2017 nach Schätzungen etwa 1.000 derartige völkische Siedler_innen.¹⁴⁰ In Brandenburg sind insbesondere Mitglieder der sogenannten Anastasia-Bewegung aktiv. Deren Lehre basiert auf nationalistischem, verschwörungsideologischem und antisemitischem Gedankengut. Die Verbindungen und personellen Überschneidungen zwischen Reichsbürger_innen, Holocaustleugner_innen und Anhänger_innen der sogenannten „Identitären Bewegung“ sind daher wenig überraschend.¹⁴¹

Die „Anastasia-Bewegung“ wurde etwa 1997 in Russland von Wladimir Megre gegründet. Expert_innen beschreiben sie als „größte sektiererische Bewegung, die jemals im russischen Raum entstanden ist“.¹⁴² Die rechtseoterische Gruppierung verfügt mittlerweile über eine große Anhänger_innenschaft: In Russland gibt es über 300 sogenannte Familienlandsiedlungen, in Deutschland insgesamt 17 mit etwa 800 Anhänger_innen. Die Ideologie der sektenähnlichen Siedler_innen-Bewegung basiert auf dem von Megre verfassten zehnbändigen Werk „Die klingenden Zedern Russlands“. Eine zentrale Forderung darin ist die Errichtung sogenannter Familienlandsitze, da nur diese ein „gutes und gesundes Leben“ möglich machen, welches den Menschen vor „Verschmutzung“ und „falschen Einflüssen“ von außen bewahren würde. Zu Megres Ideologie gehört auch offener Antisemitismus. Seinem Weltbild zufolge werde die Welt von jüdischen „Oberpriestern“ beherrscht. Durch diese „heimliche Weltführung“ würden die Juden „programmiert“, um wie „biologische Roboter“ zu funktionieren, so Megre.¹⁴³ Daneben übernimmt

138 Oliver Noffke: Dutzende Reichsbürger müssen Waffenerlaubnis abgeben. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/12/reichsbuerger-waffenschein-entwaffnung-berlin-brandenburg.html> (Zugriff am 11.07.2019).

139 Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung: „Reichsbürger“. Ein Handbuch. https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Reichsbuerger%20Ein%20Handbuch.pdf (Zugriff am 11.07.2019).

140 Peter Podjavorsek: Völkische Siedler im ländlichen Raum. Der Bio-Nazi von nebenan. https://www.deutschlandfunkkultur.de/voelkische-siedler-im-laendlichen-raum-der-bio-nazi-von-976.de.html?dram:article_id=379541 (Zugriff am 11.07.2019).

141 Kira Ayyadi: Der Traum der arischen Öko-Gemeinschaft. Die esoterische Anastasia- Bewegung. <https://www.belltower.news/die-esoterische-anastasia-bewegung-der-traum-der-arischen-oeko-gemeinschaft-81037/> (Zugriff am 15.07.2019).

142 Vladimir Martinovich: Die Anastasia-Bewegung. Eine utopische Gemeinschaft in Russland. http://www.religio.de/dialog/114/bd31_s08.pdf (Zugriff am 15.07.2019).

143 Fachstelle für Sektenfragen: Einordnung der Anastasia-Bewegung im rechtseoterischen Spektrum. Einfluss der Bewegung auf Bildungsangebote, mögliche Folgen bezüglich Gesundheitsverhalten und Konsequenzen hinsichtlich Erziehungskonzepten. http://www.infosekta.ch/media/pdf/Anastasia-Bewegung_10112016__.pdf (Zugriff am 15.07.2019).

Megre auch Topoi aus dem antijudaistischen Antisemitismus¹⁴⁴ und weist Jüdinnen_Juden die Schuld für die Schoa zu.¹⁴⁵

Die Anastasia-Bewegung ist auch in Brandenburg aktiv.¹⁴⁶ Auf einer Website, die der Bewegung nahe steht, heißt es: „Es gibt gerade im Osten Deutschlands immer mehr Dörfer die dabei sind, regelrecht zu verwaissen. Darin liegt eine große Chance für die Anastasia-Bewegung. Ziel der Gruppe ist es, diese Dörfer zu finden und zu schauen, inwieweit sie für die Anastasia -Bewegung genutzt werden können.“¹⁴⁷ Die Bewegung baute sogenannte Familienlandsitze u.a. in Steinreich (Landkreis Dahme-Spreewald) und Lychen (Landkreis Uckermark) auf. Die größte Siedlung in Brandenburg, der „Familienlandsitz Landolfswiese“ oder „Goldenes Grabow“, existiert seit Frühjahr 2014. Er wird von Iris und Markus Krause organisiert. Markus Krause ist in Grabow aufgewachsen, seine Kontakte in rechtsextreme und antisemitische Kreise sind vielfältig dokumentiert.¹⁴⁸ Laut einer Recherche des ARD-Magazins „Kontraste“ verbreitete Krause antisemitische Verschwörungsmuthe. Unter anderem sagte er: „Die wollen Chaos. Die, das sind die Zionisten. Die jüdischen Eliten kooperieren mit den Eliten aus unseren Völkern, ich nenne sie schwarze Eliten.“¹⁴⁹

Besonders problematisch ist, dass es der Anastasia-Bewegung gelungen ist, gesellschaftliche Akzeptanz zu finden. In regionalen und überregionalen Zeitungen wurde immer wieder positiv über die Bewegung und ihre Projekte berichtet. So hieß es in einem Artikel in der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom April 2016: „Die idealistische Initiative arbeitet an einer neuen ökologisch- und familienorientierten Gemeinschaftsform und daran, dass die Dörfer im Bewusstsein wieder den hohen Stellenwert bekommen, den sie eigentlich haben.“¹⁵⁰ An der Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde verfasste eine Studentin 2012 eine unkritische bis verharmlosende Bachelorarbeit über die Anastasia-Bewegung unter dem Titel „Familienlandsitz-Siedlungen als Nachhaltigkeitskonzept – eine Betrachtung der Bereiche Landwirtschaft und Stoffkreisläufe“. Nach Recherchen des ARD-Magazins „Kontraste“ distanzierte sich der betreuende Professor 2019 von der Arbeit.¹⁵¹ In Dresden wurde ein weiterer Ableger der Bewegung 2018 beim Projekt „Zukunftsstadt Dresden“ zur Förderung durch die Stadt vorgeschlagen und beworben.¹⁵²

144 Kira Ayyadi: Der Traum der arischen Öko-Gemeinschaft. Die esoterische Anastasia- Bewegung.

<https://www.belltower.news/die-esoterische-anastasia-bewegung-der-traum-der-arischen-oeko-gemeinschaft-81037/> (Zugriff am 15.07.2019).

145 Ebd.

146 Amadeo Antonio Stiftung: Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum.

https://www.laendlicher-raum.info/w/files/laendlicherraum/materialien/voelkische_siedler.pdf (Zugriff am 15.07.2019).

147 Garten Weden. Das Wedische Magazin: Siedlungsgründertreffen am 22. und 23. September 2013 in Triesch

<http://blog.gartenweden.de/2013/11/14/siedlungsgruendertreffen-am-22-und-23-september-2013-in-triesch/> (Zugriff am 15.07.2019).

148 Anna Rosga: Anastasia-Bewegung – ein (un-)politisches Siedlungskonzept? Qualitative Forschung zu den Hintergründen und gesellschaftspolitischen Einstellungen innerhalb der Anastasia-Bewegung.

https://www.nf-farn.de/system/files/documents/rosga_anastasia-bewegung.pdf (Zugriff am 15.07.2019).

149 Kontraste - Die Reporter: Bio, braun und barfuß - Rechte Siedler in Brandenburg.

<https://www.rbb-online.de/doku/k-l/kontraste---die-reporter/bio--braun-und-barfuss.html> (Zugriff am 15.07.2019).

150 Claudia Bihler: Projekt für Generationen: Goldenes Grabow.

<https://www.maz-online.de/Lokales/Ostprignitz-Ruppin/Projekt-fuer-Generationen-Goldenes-Grabow> (Zugriff am 15.07.2019).

151 Benjamin Nölting: Erklärung zur Bachelorarbeit über Familienlandsitze 2012

<https://www.hnee.de/de/Fachbereiche/Landschaftsnutzung-und-Naturschutz/Team/Professuren/Prof.-Dr.-Benjamin-Noelting/betreute-Abschlussarbeiten/Prof.-Dr.-Noelting-Betreute-Abschlussarbeiten-Erstgutachten-E7153.htm> (Zugriff am 15.07.2019).

152 Zukunftsstadt Dresden: Projekte 2019. <https://www.zukunftsstadt-dresden.de/projekte-2018/> (Zugriff am 15.07.2019).

Durch ihr scheinbar harmloses Auftreten nach außen gelingt es der Anastasia-Bewegung, alternative Nischen in der Gesellschaft zu besetzen und dadurch ihre menschenfeindliche Ideologie weiter zu verbreiten. Mitglieder der Anastasia-Bewegung fokussieren sich in ihrer Außendarstellung insbesondere auf Themen wie Familie und Naturschutz. Dabei arbeiten sie in diesen Bereichen auch mit lokalen Akteur_innen zusammen. Ihre antisemitische Ideologie verschleiern sie dabei aus taktischen Gründen, weshalb es ihnen gelingt, in die Gesellschaft hineinzuwirken.

7. Quellen

7.1.

Einzelpublikationen

Steffen Hagemann / Roby Natanson:
Deutsche und Israelis heute. Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart.
Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2015

Kati Lang:
Vorurteilkriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten im Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte
Baden-Baden: Nomos 2014.

Christoph Ruf:
Kurvenrebellin. Die Ultras – Einblicke in eine widersprüchliche Szene.
Göttingen: Verlag Die Werkstatt 2018.

Monika Schwarz-Friesel / Jehuda Reinharz:
Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert.
Berlin, Boston: de Gruyter 2013.

Jörg Strübing:
Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung.
Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften 2004.

7.2.

Artikel

Werner Bergmann / Wilhelm Heitmeyer:
Antisemitismus: Verliert die Vorurteilsrepression ihre Wirkung?
In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3.
Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004, S. 224–238.

Gideon Botsch:
Was ist Rechtsextremismus?
Definitionen, Problemdimensionen und Einstellungsformen.
In: Julius H. Schoeps / Gideon Botsch / Christoph Kopke / Lars Rensman (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention.
Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg 2007, S. 31–46.

Dorina Feldmann / Christoph Kopke / Gebhard Schultz:
Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Brandenburg (1990-2008).
Zur Problematik der statistischen Erfassung politisch motivierter Kriminalität.
In: Wolfgang Frindte / Daniel Geschke / Nicole Haußecker / Franziska Schmidtke (Hrsg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen.
Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 341-258.

Roland Imhoff / Rainer Banse:
Ongoing victim suffering increases prejudice: The case of secondary anti-Semitism.
In: Psychological Science 20 (12) (2009), S. 1443–1447.

Jan Raabe:
Rechtsrock in Deutschland. Funktion, Entwicklung, Zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems.
In: Gideon Botsch / Jan Raabe / Christoph Schulze (Hrsg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs.
Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2019, S. 19–44.

Jan Rathje:
„Reichsbürger“ – Verschwörungsideologie mit deutscher Spezifik.
Wissen schafft Demokratie.
In: Wissen schafft Demokratie, Band 1 (2017). S. 238–249.

Gabriele Rosenthal / Ulrike Loch:
Das Narrative Interview.
In: Doris Schaeffer / Gabriele Müller-Mundt (Hrsg.): Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung.
Verlag Huber, Bern u.a. 2002. S. 221–232.

Laura Schenderlein:
Feindbild Jude. Antisemitismus im Rechtsrock.
In: Gideon Botsch / Jan Raabe / Christoph Schulze (Hrsg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs.
Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2019, S. 249–270.

Christoph Schulze:
Cottbus oder der rechte „Bürgerkrieg“.
In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3 (2018), S. 13–16.

Christoph Schulze:
Rechtsrock in Brandenburg. Bands – Konzerte – Netzwerke – Ereignisse.
In: Gideon Botsch / Jan Raabe / Christoph Schulze (Hrsg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs.
Berlin: be.bra wissenschaft verlag 2019, S. 45–142.

Benjamin Steinitz:
„Wahrnehmungen und Erfahrungen Berliner Jüdinnen_Juden – Eine Befragung“.
In: VDK e.V. / RIAS Berlin (Hrsg.): „Wir stehen alleine da.“ #EveryDayAntisemitism sichtbar machen und Solidarität stärken. Neue Wege der Erfassung antisemitischer Vorfälle – Unterstützungsangebote für die Betroffenen.
Berlin: 2015, S. 16–30.

Michael Whine:
Can the European Agencies Combat Antisemitism Effectively?
In: Israel Journal of Foreign Affairs. 11:3 (2018), S. 371–281.

Michael Whine:
Grußwort.
In: VDK e.V. / RIAS Berlin (Hrsg.): „Wir stehen alleine da.“ #EveryDayAntisemitism sichtbar machen und Solidarität stärken. Neue Wege der Erfassung antisemitischer Vorfälle – Unterstützungsangebote für die Betroffenen. Berlin: 2015. S. 2–3.

7.3. Parlamentarische Drucksachen

Ausschussdrucksache des Deutschen Bundestags 18(4)347 vom 18.6.2015:

Antwort des BMI auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Volker Beck (Bündnis 90 / Die Grünen).

<http://www.volkerbeck.de/wp-content/uploads/2015/06/184347-BMI-Stellungnahme-zu-TOP-17-der-46-Sitzung-des-Innenausschusses-am-6-Mai-2015.pdf> (Zugriff am 11.7.2018).

Drucksache des Deutschen Bundestags 16/14122 vom 7.10.2009:

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/16/141/1614122.pdf> (Zugriff am 11.7.2018).

Drucksache des Deutschen Bundestags 18/11152 vom 14.2.2017:

Antwort des BMI auf die Schriftliche Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/111/1811152.pdf> (Zugriff am 11.7.2018).

Drucksache des Deutschen Bundestags 18/11970 vom 7.4.2017:

Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus (UEA). <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf> (Zugriff am 11.7.2018).

Drucksache des Landtag Brandenburg 6/5483 vom 28.11.2016:

Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2210 der Abgeordneten Björn Lakenmacher und Danny Eichelbaum Fraktion der CDU Landtagsdrucksache 6/5320.

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_5400/5483.pdf (Zugriff am 11.7.2019).

7.4. Internetressourcen

Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Wahlcheck:

Antisemitismus.

<https://www.aktionsbuenndis-brandenburg.de/wahlcheck-antisemitismus/> (Zugriff am 1.7.2019)

Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit:

Reichsbürger.

<https://www.aktionsbuenndis-brandenburg.de/reichsbuerger> (Zugriff am 12.7.2019).

Amadeu Antonio Stiftung:

Chronik antisemitischer Vorfälle.

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/die-stiftung-aktiv/themen/gegen-as/antisemitismus-heute/chronik-antisemitischer-vorfaelle-1/> (Zugriff am 10.4.2019).

Amadeu Antonio Stiftung:

Was ist Rechtsextremismus und Rechtspopulismus?

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextremismus-rechtspopulismus/was-ist-rechtsextremismus/> (Zugriff am 23.7.2019).

Amadeu Antonio Stiftung:

Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum.

https://www.laendlicher-raum.info/w/files/laendlicheraum/materialien/voelkische_siedler.pdf (Zugriff am 15.7.2019).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg:

Metropolregion Berlin-Brandenburg. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/regionales/rbs/metropolregion.asp?Kat=4201> (Zugriff am 22.7.2019).

Kira Ayyadi:

Der Traum der arischen Öko-Gemeinschaft. Die esoterische Anastasia-Bewegung.

<https://www.belltower.news/die-esoterische-anastasia-bewegung-der-traum-der-arischen-oeko-gemeinschaft-81037/> (Zugriff am 15.7.2019).

Kira Ayyadi:

Hotspot rassistischer Gewalt.

<https://www.belltower.news/cottbus-hotspot-rassistischer-gewalt-44976/> (Zugriff am 10.7.2019).

Adrian Bartocha /

Sebastian Schiller / Jan Wiese:

Rechtsextreme Hooligans kontrollieren Cottbuser Fanszene.

<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/01/rechtsextreme-fangruppe-ultras-energie-cottbus-inferno.html> (Zugriff am 12.7.2019).

Belltower News:

Neue Rechte.

<https://www.belltower.news/lexikon/?letter=N> (Zugriff am 1.7.2019).

Claudia Bihler:

Projekt für Generationen: Goldenes Grabow.

<https://www.maz-online.de/Lokales/Ostprignitz-Ruppin/Projekt-fuer-Generationen-Goldenes-Grabow> (Zugriff am 15.7.2019).

Brandenburg Aktuell:

Antisemitische Rufe im Brandenburger Landespokal.

<https://www.rbb24.de/sport/beitrag/2018/11/fussball-landespokal-brandenburg-ludwigsfelde-luckenwalde-antisemitismus.html> (Zugriff am 10.7.2019).

Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung:

„Reichsbürger“. Ein Handbuch.

https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Reichsbuerger%20Ein%20Handbuch.pdf (Zugriff am 11.7.2019).

Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung:

Reichsbürger, Die.

<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/reichsb%C3%BCrger-die> (Zugriff am 11.7.2019).

Bundesministerium des Inneren, Bau und Heimat:

Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2018. Bundesweite Fallzahlen.

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/pmk-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Zugriff am 31.7.2019).

Bundesregierung:

Regierungspressekonferenz vom 20. September.

<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/09/2017-09-20-regpk.html> (Zugriff am 28.8.2018).

Der Dritte Weg:

Juden wollen in Cottbus

Deutsche vertreiben.

<https://der-dritte-weg.info/2018/11/juden-wollen-in-cottbus-deutsche-aus-ihren-haeusern-vertreiben/> (Zugriff am 5.8.2019).

Der Westen:

Antisemitischer Angriff in Bonn.

<https://www.dw.com/de/antisemitischer-%C3%BCbergriff-in-bonn/a-44646757-0> (Zugriff am 18.7.2019).

Die Welt:

Brandstifter müssen doch in Gefängnis.
<https://www.welt.de/print-welt/article662703/Brandstifter-muessen-doch-ins-Gefangnis.html>
 (Zugriff am 26.6.2019).

Einer der damaligen Brandstifter, Thomas Haberland, tritt auch noch heute für die NPD in Brandenburg an. Vgl. Aktionsbündnis Brandenburg: Wahlcheck: Antisemitismus. <https://www.aktionsbuenndis-brandenburg.de/wahlcheck-antisemitismus/> (Zugriff am 26.6.2019).

Robin Dullinge:

Antisemitische Hetze beim

Brandenburg Derby.

https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2016/11/22/brandenburg-derby-antisemitismus-hetze_22733
 (Zugriff am 10.7.2019).

Emil Julius Gumbel Forschungsstelle für Rechtsextremismus und Antisemitismus:

Die Sprache der Asylkritik.,

https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJGF_Mitteilungen_2018_02.pdf (Zugriff: 1.7.2019).

European Union Agency for Fundamental Rights (FRA):

Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-factsheet-jewish-people-experiences-discrimination-and-hate-crime-eu_de.pdf (Zugriff am 26.9.2017).

Fachstelle für Sektenfragen:

Einordnung der Anastasia-Bewegung im rechtsesoterischen Spektrum. Einfluss der Bewegung auf Bildungsangebote, mögliche Folgen bezüglich Gesundheitsverhalten und Konsequenzen hinsichtlich Erziehungskonzepten.

http://www.infosekta.ch/media/pdf/Anastasia-Bewegung_10112016_.pdf (Zugriff am 15.7.2019).

Alexander Fröhlich:

Reichsbürger immer gewaltbereiter.

<https://www.pnn.de/brandenburg/reichsbuerger-in-brandenburg-reichsbuerger-immer-gewaltbereiter/21417194.html> (Zugriff am 12.7.2019).

Alexander Fröhlich:

Tolerante Studenten in der Stadt der Toleranz.

<https://www.pnn.de/potsdam/tolerante-studenten-in-der-stadt-der-toleranz/21543776.html> (Zugriff am 12.7.2019).

Joschka Fröschner / Jacob Wernecke:

„Was interessiert mich denn Cottbus?“

Dynamiken rechter Formierungen in Südbrandenburg: der Verein Zukunft Heimat.

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Zukunft-Heimat.pdf
 (Zugriff am 17.7.2019).

Garten Weden. Das**Wedische Magazin:**

Siedlungsgründertreffen am 22. und 23. September 2013 in Triesch

<http://blog.gartenweden.de/2013/11/14/siedlungsgruendertreffen-am-22-und-23-september-2013-in-triesch/> (Zugriff am 15.7.2019).

Rene Garzke:

Nach Razzia in Cottbus

„Die härtesten Schläger“.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-razzia-in-cottbus-die-haertesten-schlaeger/24211014.html>
 (Zugriff am 10.7.2019).

Rene Garzke:

Reichsbürger zu lange belächelt.

https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/05/14/reichsbuerger-zu-lang-belaechelt_26237 (Zugriff am 11.7.2019).

Gedenkstätte Deutscher Widerstand:

Martin Gerson.

https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/martin-gerson/?no_cache=1 (Zugriff am 5.8.2019).

Groß Gaglow Cottbus:

Protestaktion unserer Bürger gegen die Herausgabe ihrer Grundstücke an die Jewish Claims Conference.

<https://www.gross-gaglow-cottbus.de/ortsleben/ortbeirat/a-protestaktion-unserer-buerger-gegen-die-herausgabe-ihrer-grundstuecke-an-die-jewish-claims-conference.html> (Zugriff am 5.8.2019).

Julia Haak:

Entschädigung für NS-Opfer: Rentner in Cottbus sollen Land und Häuser verlieren.

<https://www.berliner-zeitung.de/berlin/brandenburg/entschaedigung-fuer-ns-opfer-rentner-in-cottbus-sollen-land-und-haeuser-verlieren-31906760> (Zugriff am 5.8.2019).

HaGalil:

Am Beispiel der Region Berlin und Brandenburg: Chronologie antisemitischer Vorfälle seit dem Jahr 1992.

<http://www.hagalil.com/antisemitismus/chronologie/1990-1999/antisemitismus-1992.htm> (Zugriff am 26.6.2019).

International Holocaust**Remembrance Alliance:**

Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust.

<https://www.holocaustremembrance.com/de/node/122> (Zugriff am 1.8.2019).

Frank Jansen / Alexander Fröhlich:

Was der Verfassungsschutz über die AfD in Brandenburg weiß.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bfv-gutachten-was-der-verfassungsschutz-ueber-die-afd-in-brandenburg-weiss/23892676.html>
 (Zugriff am 10.7.2019).

Jewish Claims Conference:

Künftige Entwicklung der Einkommenssituation.

<https://www.claimscon.de/unsere-taetigkeit/nachfolgeorganisation/kuenftige-entwicklung.html>
 (Zugriff am 12.8.2019).

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus:

Ausschreitungen und antisemitische Parolen bei Fußballspiel in Potsdam-Babelsberg

<https://jfda.de/blog/2017/05/03/ausschreitungen-und-antisemitische-parolen-bei-fussballspiel-sv-babelsberg-03-fc-energie-cottbus/>
 (Zugriff am 10.7.2019).

Thomas Klatt:

Der Nahost-Konflikt auf dem Kirchentag.

Parteinahme statt ernsthafter Dialog.

https://www.deutschlandfunkkultur.de/parteinahme-statt-ernsthafter-dialog-der-nahost-konflikt.1079.de.html?dram:article_id=387777
 (Zugriff am 31.7.2019).

Kontraste - Die Reporter:

Bio, braun und barfuß –

Rechte Siedler in Brandenburg.

<https://www.rbb-online.de/doku/k-l/kontraste--die-reporter/bio--braun-und-barfuss.html> (Zugriff am 15.7.2019).

Kontraste – Die Reporter:

Wie gefährlich sind Reichsbürger?

https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/terrorismus/wie-gefaehrlich-sind-die-reichsbuerger.html (Zugriff am 11.7.2019).

Beate Küpper / Andreas Zick: Grup-

penbezogene Mischgefeindlichkeit.

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit> (Zugriff am 17.7.2019).

Landeskriminalamt Niedersachsen.

Kriminologische Forschung und Statistik.

Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. Bericht zu Kernbefunden der Studie.

<https://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie--befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html> (Zugriff am 15.5.2018).

Stefan Lauer:

Antisemitischer Angriff

auf offener Straße.

<https://www.belltower.news/berlin-antisemitischer-angriff-auf-offener-strasse-47538/> (Zugriff am 18.7.2019).

Stefan Lauer:

Keine Berührungsgänge zu Rechts-extremen und Antisemitismus.

<https://www.belltower.news/zukunft-heimat-in-cottbus-keine-beruehrungsaengste-zu-rechtsextremen-und-antisemitismus-48106/> (Zugriff am 10.7.2019).

Märkische Oderzeitung:

Kalashnikow bei mutmaßlichem

„Reichsbürger“ gefunden.

<https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/1724347> (Zugriff am 12.7.2019).

Märkische Oderzeitung:

Laken mit rechtem Inhalt aufgehängt.

<https://www.moz.de/landkreise/ostprignitz-ruppin/neuruppin/neuruppin-artikel/dg/0/1/1664774/>
 (Zugriff am 23.7.2019).

Vladimir Martinovich:

Die Anastasia-Bewegung. Eine

utopische Gemeinschaft in Russland.

http://www.religio.de/dialog/114/bd31_s08.pdf
 (Zugriff am 15.7.2019).

Thorsten Metzger:

Generalstaatsanwalt äußert Verdacht gegen Verfassungsschutz.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/brandanschlag-auf-juedische-trauerhalle-2001-generalstaatsanwalt-aeussert-verdacht-gegen-verfassungsschutz/14863780.htm> (Zugriff am 26.6.2019).

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK):

Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2018.
https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Broschur_MIK_Verfassungsschutz_2018_Pressefassung_web.pdf S. 99 f. (27.6.2019).

Rita Müller-Hilmer:

Brandenburg-Monitor. Studie im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Brandenburg,
https://www.brandenburg.de/media/bb1.a.3780.de/bb_monitor.pdf (Zugriff: 26.6.2019).

Neues Deutschland:

Potsdam bekennt Farbe gegen Nazis
<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1082745.potsdam-bekannt-farbe-gegen-neonazis.html>
 (Zugriff am 23.7.2019).

Benjamin Nölting:

Erklärung zur Bachelorarbeit über Familienlandsitze 2012
<https://www.hnee.de/de/Fachbereiche/Landschaftsnutzung-und-Naturschutz/Team/Professuren/Prof.-Dr.-Benjamin-Noelting/betreute-Abschlussarbeiten/Prof.-Dr.-Noelting-Betreute-Abschlussarbeiten-Erstgutachten-E7153.htm>
 (Zugriff am 15.7.2019).

Oliver Noffke:

Dutzende Reichsbürger müssen Waffenerlaubnis abgeben.
<https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/12/reichsbuerger-waffenschein-entwaffnung-berlin-brandenburg.html> (Zugriff am 11.7.2019).

Nordkurier:

Reichsbürger mit Granate und Waffen im Auto erwischt.
<https://www.nordkurier.de/brandenburg/reichsbuerger-mit-granate-und-waffen-im-auto-erwischt-1634023912.html> (Zugriff am 12.7.2019).

Opferperspektive e.V.:

Marinus Schöberl.
<https://www.todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de/victims-marinus-schoeberl.php> (Zugriff am 26.6.2019).

Peter Podjavorsek:

Völkische Siedler im ländlichen Raum. Der Bio-Nazi von nebenan.
https://www.deutschlandfunkkultur.de/voelkische-siedler-im-laendlichen-raum-der-bio-nazi-von-976.de.html?dram:article_id=379541 (Zugriff am 11.7.2019).

Polizei Brandenburg:

Übergeordnete Dienststellen der Polizei Brandenburg. <https://polizei.brandenburg.de/liste/uebergeordnete-dienststellen-der-polizei/60738> (Zugriff am 22.7.2019).

Presseservice Rathenow:

Extrem rechtes „Bürgerbündnis“ marschiert wieder.
<https://presseservicern.wordpress.com/2017/07/30/rathenow-extrem-rechtes-buergerbuenndnis-marschierte-wieder/> (Zugriff am 23.7.2019).

Presseservice Rathenow:

Montagskundgebung des extrem rechten Bürgerbündnisses.
<https://presseservicern.wordpress.com/2018/10/09/rathenow-montagskundgebung-des-extrem-rechten-buergerbuenndnisses/> (Zugriff am 23.7.2019).

Presseservice Rathenow:

Neonaziaufmarsch zum 18. März.
<https://infortio.de/neonaziaufmarsch-zum-18-maerz/> (Zugriff am 10.7.2019).

Presseservice Rathenow:

Rathenow – Dresden-Gedenken des extrem rechten Bürgerbündnisses.
https://www.flickr.com/photos/presseservice_rathenow/albums/72157665713952838 (Zugriff am 23.7.2019).

Presseservice Rathenow:

Rathenow: Haverbeck-Solidarität und Chemtrails.
<https://presseservicern.wordpress.com/2018/05/07/rathenow-haverbeck-solidaritaet-und-chemtrails/> (Zugriff am 23.7.2019).

Presseservice Rathenow:

Solidaritätsplakat für Holocaustleugnerin entfernt.
<https://presseservicern.wordpress.com/2018/06/21/nauen-solidaritaetsplakat-fuer-holocaustleugnerin-entfernt/> (Zugriff am 10.7.2019).

Presseservice Rathenow:

Vereinsvorsitzender Bürgerbündnis solidarisierte sich mit Holocaustleugnenden und bezeichnete Stadtverordnete als „Volksverräter“.
<https://presseservicern.wordpress.com/2018/07/02/rathenow-vereinsvorsitzender-buergerbuenndnis-solidarisiert-sich-mit-holocaustleugnenden-und-bezeichnet-stadtverordnete-als-volksverraeter/> (Zugriff am 23.7.2019).

Recherche- und Informationsstelle

Antisemitismus – Bundesweite Koordination:

Über den RIAS Bundesverband – Arbeitsweisen: Arbeitsdefinition Antisemitismus.
<https://www.report-antisemitism.de/rias-bund/> (Zugriff am 23.7.2019).

Recherche- und Informationsstelle

Antisemitismus – Bundesweite Koordination:

Rund um den 9. November: Antisemitische Vorfälle in Berlin und bundesweit.
<https://www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin/posts/2204962059825470/> (Zugriff am 1.7.2019).

Recherche Netzwerk Berlin:

Cottbus: Extrem rechter Aufmarsch des Vereins „Zukunft Heimat“.
<https://www.flickr.com/photos/recherche-netzwerk-berlin/albums/72157698103048094> (Zugriff am 23.7.2019).

Anna Rosga:

Anastasia-Bewegung – ein (un-)politisches Siedlungskonzept? Qualitative Forschung zu den Hintergründen und gesellschaftspolitischen Einstellungen innerhalb der Anastasia-Bewegung.
https://www.nf-farn.de/system/files/documents/rosga_anastasia-bewegung.pdf (Zugriff am 15.7.2019).

Daniel Schauff:

Unrecht, um Unrecht zu beseitigen?
https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/unrecht-um-unrecht-zu-beseitigen_aid-22398103 (Zugriff am 5.8.2019).

Christoph Schulze:

Die Bürgerwut im Kreistag?
https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJG_Mitteilungen_2019_01.pdf (Zugriff am 10.7.2019).

Christoph Schulze:

Konsolidierung eines Milieus.
https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJG_Mitteilungen_2018_01.pdf (Zugriff am 10.7.2019), S. 2.

Spiegel Online:

Unbekannter schlägt Israeli mit Gürtel.
<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/berlin-unbekannter-schlaegt-israeli-mit-guertel-a-1203484.html> (Zugriff am 18.7.2019).

Staatskanzlei des Landes

Brandenburg:

Schlichtung für Groß Gaglower Familien kann beginnen.
<https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.636891.de>

Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

https://ergebnisse.zensus2011.de/#StaticContent:12,BEG_4_2_6,m,table (Zugriff am 26.11.2017).

Benjamin Steinitz / Daniel Poensgen:

Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus
<https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Berliner-Zustaeude-2017.pdf> (Zugriff am 17.7.2019).

T-Online:

Jüdische Einwanderer bedroht.
https://web.archive.org/web/20110127131546/http://nachrichten.t-online.de/juedischer-einwanderer-bedroht/id_44117692/index (Zugriff am 11.7.2019).

Simone Wendler:

Nazi-Banner im Energie-Fanblock hat juristisches Nachspiel.
https://www.lr-online.de/nachrichten/nazi-banner-im-energie-fanblock-hat-juristisches-nachspiel_aid-4328509 (Zugriff am 10.7.2019).

Zentralrat der Juden in Deutschland:

Landesverbände.
<http://www.zentralratjuden.de/de/topic/58.landesverb%3CA4nde.html> (Zugriff am 28.9.2017).

Andreas Zick / Beate Küpper /

William Berghan:

Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19.
https://colorful-germany.de/wp-content/uploads/2019/04/rassismus_0224.pdf (Zugriff am 17.7.2019).

Andreas Zick / Andreas Hövermann /

Silke Jensen / Julia Bernstein:

Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus.
https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf (Zugriff am 9.6.2018).

8. Abkürzungsverzeichnis

AAS	Amadeu Antonio Stiftung
BB	Brandenburg
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
CST	Community Security Trust
FRA	European Union Agency for Fundamental Rights
IIBSA	Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung
JCC	Jewish Claims Conference
KPMD	Kriminalpolizeilicher Meldedienst
LKA	Landeskriminalamt
MBT	Mobiles Beratungsteam
MdB	Mitglied des Bundestags
MMZ	Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
PMK	Statistik für politisch motivierte Kriminalität
RIAS – BK	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus – bundesweite Koordination
RIAS Berlin	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin
StGB	Strafgesetzbuch
UEA	Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus des Bundestags
VDK e.V.	Verein für Demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V.
ZWST	Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland e.V.